



CANTON DU VALAIS
KANTON WALLIS

JAHRESBERICHT

2021

DES STAATSRATES

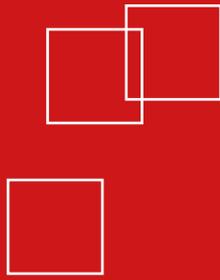


Im Vordergrund sieht man das Symbol des Kantons mit einem Stein vom berühmten Matterhorn, welches der Staatsrat traditionellerweise seinen Gästen bei offiziellen Besuchen als Andenken übergibt.

© Nathalie Germanier

INHALTSVERZEICHNIS

Botschaft des Staatsratspräsidenten	03
Staatsrat 2021-2022	04
Regierungsprogramm	05
Schlüsselzahlen	06
Rechnung und Bilanz	07
Gesetzgebungsbilanz	10
Präsidium	12
Finanzen und Energie	20
Gesundheit, Soziales und Kultur	29
Volkswirtschaft und Bildung	37
Sicherheit, Institutionen und Sport	46
Mobilität, Raumentwicklung und Umwelt	56
Kaderpersonen der Kantonsverwaltung	66



Frédéric Favre
Staatsratspräsident

2021 – BILANZ NACH EINER LEGISLATURPERIODE VOLLER HERAUSFORDERUNGEN

Anlässlich der neuen Legislaturperiode, die 2021 initiiert wurde, hat der Staatsrat Bilanz zu seinem Regierungsprogramm gezogen, das er 2017 erarbeitet und Anfang 2018 der Öffentlichkeit präsentiert hat.

Unter dem Slogan «Das Potenzial des Wallis entwickeln, indem auf seine Stärken gesetzt wird» zeichnete die Regierung ihre Vision eines Wallis, das den gesellschaftlichen Wandel proaktiv angeht, auf Bildung setzt, seine Interessen verteidigt, innovativ ist und für seine hohe Lebensqualität einsteht. Mit dem Regierungsprogramm wollte er die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich die Menschen im Kanton entfalten und wohl fühlen können. Als zentrales Element bezeichnete der Staatsrat den Zusammenhalt zwischen den Regionen, Generationen und verschiedenen kulturellen und sozialen Bevölkerungsschichten, den er stärken wollte. Diese Vision konkretisierte der Staatsrat mit zehn Zielen, denen rund 70 prioritäre Massnahmen und Projekte zugeordnet wurden.

Nach vier Jahren Regierungsprogramm ist der Zeitpunkt gekommen, Bilanz zu ziehen. Und die erzielten Ergebnisse lassen sich sehen: Viele der prioritären Massnahmen und Projekte des Regierungsprogramms wurden mittlerweile umgesetzt, während andere, die auf längere Frist skizziert wurden, noch in vollem Gange sind. Von den zehn Zielen, die der Staatsrat absichtlich über den Rahmen einer Legislaturperiode hinaus formulierte, wurden bei allen wichtige Fortschritte erzielt.

Mit der Angebotsplanung für Personen mit Behinderung und sozial benachteiligten Menschen oder auch mit den umfangreichen Investitionen in die neue Spitalorganisation wurde im Hinblick auf den sozialen Zusammenhalt ein wichtiger Schritt in die gewünschte Richtung gemacht. Vergleichbare Fortschritte lassen sich bei der Antizipation des demografischen Wandels verzeichnen. So wurden eine Alterspolitik eingeführt, eine Langzeitpflegeplanung ausgearbeitet und Studien im Hinblick auf eine koordinierte Familienpolitik durchgeführt.

Im Bildungswesen befinden sich wichtige Infrastrukturen wie das neue Kollegium Sitten im Bau, während sich der Campus Energypolis zu einem Innovationspool entwickelt hat, dessen Potenzial noch lange nicht ausgeschöpft ist. Mittlerweile abgeschlossen ist die Neuorganisation der kantonalen Wirtschaftsförderung, ebenso wie die Optimierung der Kontrolle im öffentlichen Beschaffungswesen, dank der der Staat seine Vorbildfunktion als Auftraggeber umfassender wahrnehmen kann.

Noch in der Umsetzungsphase befinden sich verschiedene Projekte, die darauf abzielen die Handlungsfähigkeit der Institutionen zu verbessern, so beispielsweise die Arbeit des Verfassungsrates, die Reduktion der Anzahl Gemeinden dank Gemeindefusionen, aber auch das E-Government. Im Bereich Prävention und Sicherheit wurde die kantonale Risikoanalyse umfassend überarbeitet, während parallel dazu die Arbeiten an mehreren Grossprojekten weiter vorangetrieben wurden, darunter die 3. Rhonekorrektur oder die Umsetzung der Strafvollzugsstrategie.

Mit der Annahme des neuen kantonalen Richtplans wurde ein Meilenstein in der Raumplanung erreicht. Ebenso auf Kurs ist das kantonale Mobilitätskonzept 2040 zur Verbesserung der Mobilität.

Nachdem zusätzliche Ressourcen bereitgestellt wurden, ist es dem Kanton gelungen, sich auf interkantonaler und eidgenössischer Ebene besser zu positionieren. Erfreulicherweise präsentiert sich auch der Finanzhaushalt weiterhin im Gleichgewicht, dies dank neuer Finanzierungsmodelle für Investitionen wie dem Fonds FIGI, einer Aufstockung der Spezialfinanzierungsfonds oder der Strukturreform bei der staatlichen Pensionskasse.

Nach dieser Bilanz ist es nun Zeit für neue Massnahmen im Rahmen eines überarbeiteten und aktualisierten Regierungsprogramms, das Anfang 2022 vorgelegt werden soll. Obwohl das Ende der Coronakrise weiterhin nicht absehbar ist, fokussiert sich der Staatsrat auf die Zukunft und arbeitet mit Hochdruck an Lösungen, damit der Kanton Wallis sein Potenzial voll entfalten kann.



Foto : © Pascal Gertschen

STAATSRAT 2021-2022

Von links nach rechts

Franz Ruppen

Staatsrat, gewählt am 28.03.21

Christophe Darbellay

Staatsrat, gewählt am 19.03.17, wiedergewählt am 28.03.21

Frédéric Favre

Präsident des Staatsrats, gewählt am 19.03.17, wiedergewählt am 28.03.21

Philipp Spörri

Staatskanzler, Ernennung am 09.12.09

Roberto Schmidt

Vizepräsident des Staatsrats, gewählt am 19.03.17, wiedergewählt am 28.03.21

Mathias Reynard

Staatsrat, gewählt am 28.03.21

UMSETZUNGSGRAD DER PRIORITÄREN MASSNAHMEN UND PROJEKTE

Im Dezember 2017 hat der Staatsrat ein Regierungsprogramm ausgearbeitet. Dessen Ziel ist es, das Potenzial des Wallis zu entwickeln, indem auf seine Stärken gesetzt wird. Es wurden zehn Ziele sowie 68 vorrangige Massnahmen und Projekte zu seiner Erreichung festgelegt. Einige dieser Massnahmen wurden bereits realisiert, während sich andere noch in der Umsetzung befinden.

Die detaillierte Liste der verschiedenen Massnahmen und deren Fortschritt bis Ende 2021 kann durch Anklicken des Symbols des entsprechenden Ziels angezeigt werden.



SCHLÜSSELZAHLEN

RAUM UND BEVÖLKERUNG

Fläche des Kantons <i>in km²</i>	5'224.8
Oberwallis <i>in %</i>	50.2
Mittelwallis <i>in %</i>	23.9
Unterwallis <i>in %</i>	25.9
Anzahl Gemeinden <i>01.01.2022</i>	122
Wohnbevölkerung <i>31.12.2020</i>	348'503
Oberwallis <i>in %</i>	24.0
Mittelwallis <i>in %</i>	39.7
Unterwallis <i>in %</i>	36.3
Anzahl Einwohner <i>pro km²</i>	66.7
Zunahme der Wohnbevölkerung im Verlauf der letzten 10 Jahre <i>in %</i>	11.5
Ausländische Wohnbevölkerung <i>in %</i>	22.8
Aufteilung der Wohnbevölkerung nach Altersklassen <i>in %</i>	
0-19 Jahre	19.4
20-64 Jahre	60.5
> 64 Jahre	20.1
Private Haushalte	155'692
Anzahl Personen pro Haushalt	2.2

HAUPTSPRACHEN *

Französisch <i>in %</i>	67.0
Deutsch <i>in %</i>	25.0
Portugiesisch <i>in %</i>	8.5

ARBEIT UND ERWERB

Arbeitslosigkeit <i>in % (2020)</i>	3.7
Total der Beschäftigten (2019)	182'533
Sektor I	9'848
Sektor II	38'681
Sektor III	134'004
Total der Arbeitsstätten (2019)	29'906
Sektor I	2'862
Sektor II	4'488
Sektor III	22'556

ENERGIE (hydrologischem Jahr 2020-2021)

Elektrizität aus Wasserkraft, Jahresproduktion <i>in GWh</i>	10'337
Anteil der Walliser Elektrizitätsproduktion an der gesamtschweizerischen Produktion (provisorisch) <i>in %</i>	15
Anteil der Walliser Elektrizitätsproduktion aus Wasserkraft an der gesamtschweizerischen Produktion aus Wasserkraft <i>in %</i>	25.2

BIP (KANTON) 2020

BIP (KANTON) <i>in Mio. Franken</i>	19'717
BIP (KANTON) pro Einwohner <i>in Franken</i>	56'606
BIP (KANTON) Durchschnitt Westschweiz pro Einwohner	76'758

BAU- UND WOHNUNGSWESEN

Bauinvestitionen <i>in Mio. Franken (2019)</i>	2'683
Anzahl Wohnungen (2020)	263'445
Leerstehende Wohnungen (2021)	6'028

TOURISMUS 2021

Hotellerie und Kuranstalten (ohne Parahotellerie)	
Ankünfte	1'519'915
Logiermächte	3'504'091

Quellen : OFS, DEW, Institut Créa-UniL-BCVs, KASF / * Bis zu 3 Hauptsprachen berücksichtigt

RECHNUNG
UND BILANZ

in Millionen Franken

RECHNUNG
2020 BUDGET
2021 RECHNUNG
2021

AUFWAND

Total betrieblicher Aufwand	4'111.1	3'937.0	3'914.1
Transferaufwand	1'958.8	2'114.8	2'094.1
Personalaufwand	1'204.0	1'052.1	1'027.4
Sach- und übriger Betriebsaufwand	358.0	392.7	376.9
Durchlaufende Beiträge	201.1	200.2	203.4
Andere betriebliche Aufwände	389.3	177.1	212.4

ERTRAG

Total betrieblicher Ertrag	4'212.7	3'836.6	4'028.4
Transferertrag	1'814.7	1'757.8	1'787.5
Fiskalertrag	1'434.0	1'399.0	1'493.0
Entgelte	231.9	246.2	259.4
Durchlaufende Beiträge	201.1	200.2	203.4
Andere betriebliche Erträge	531.0	233.4	285.0

BETRIEBSERGEBNIS

	101.6	-100.4	114.3
Finanzaufwand	76.0	74.6	71.5
Finanzertrag	67.5	63.5	66.1

FINANZERGEBNIS

	-8.5	-11.0	-5.4
--	-------------	--------------	-------------

OPERATIVES ERGEBNIS

	93.1	-111.4	108.9
Ausserordentlicher Aufwand	131.2	99.3	145.0
Ausserordentlicher Ertrag	40.4	38.8	39.5

AUSSERORDENTLICHES ERGEBNIS

	-90.8	-60.5	-105.6
--	--------------	--------------	---------------

TOTAL DER ERFOLGSRECHNUNG

	2.3	-171.9	3.3
Investitionsausgaben	459.8	512.5	464.5
Investitionseinnahmen	239.4	296.7	236.9
Nettoinvestitionen	220.4	215.8	227.6
Abschreibungen und Wertberichtigungen	239.0	204.7	241.0

FINANZIERUNGSÜBERSCHUSS (+) / -FEHLBETRAG (-)

	20.8	-183.0	16.7
--	-------------	---------------	-------------

RECHNUNG UND BILANZ

in Millionen Franken

BILANZ

31.12.2020

31.12.2021

AKTIVEN

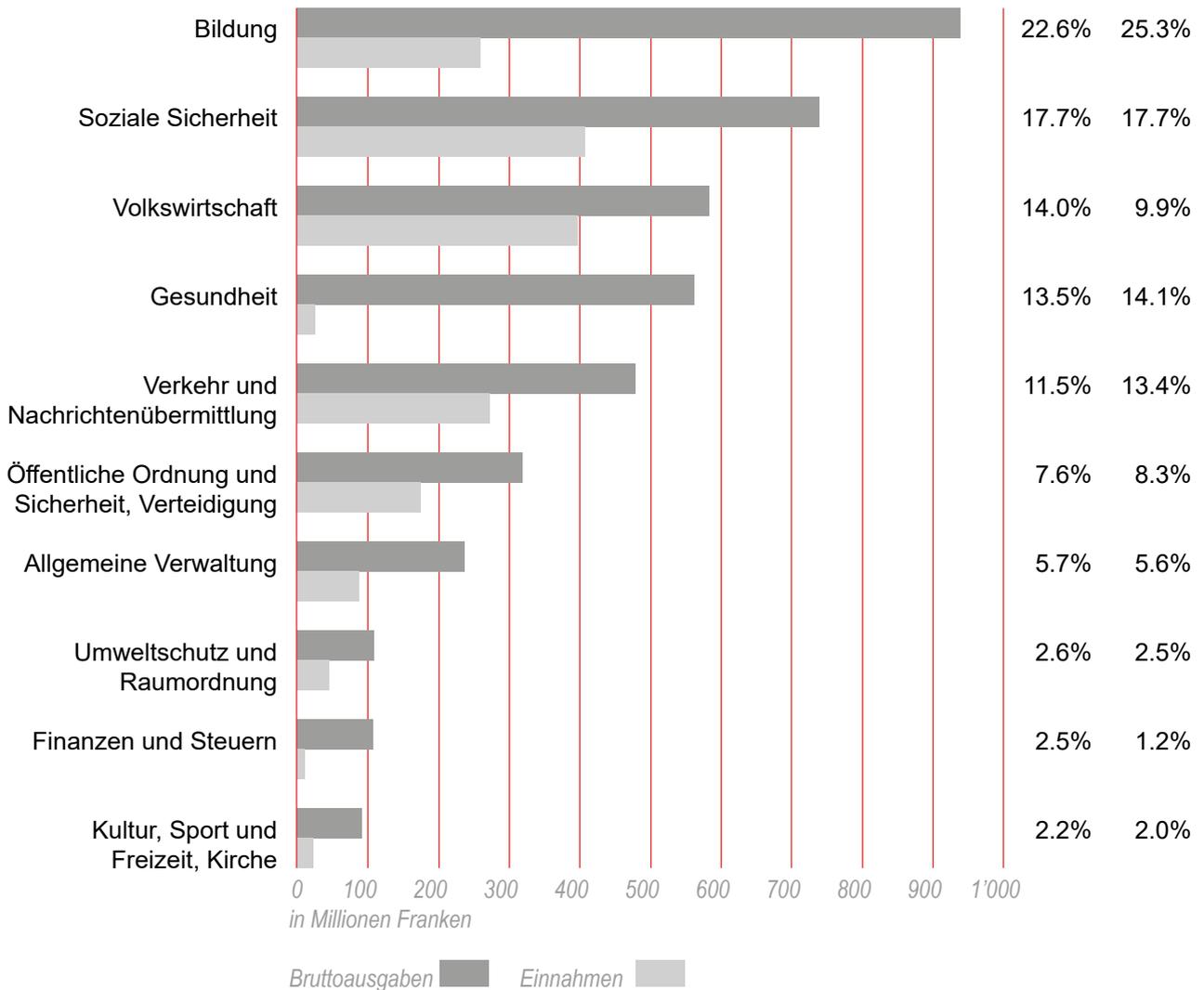
Finanzvermögen	2'437.2	2'676.3
Verwaltungsvermögen	1'914.5	1'901.0
Total der Aktiven	4'351.6	4'577.3

PASSIVEN

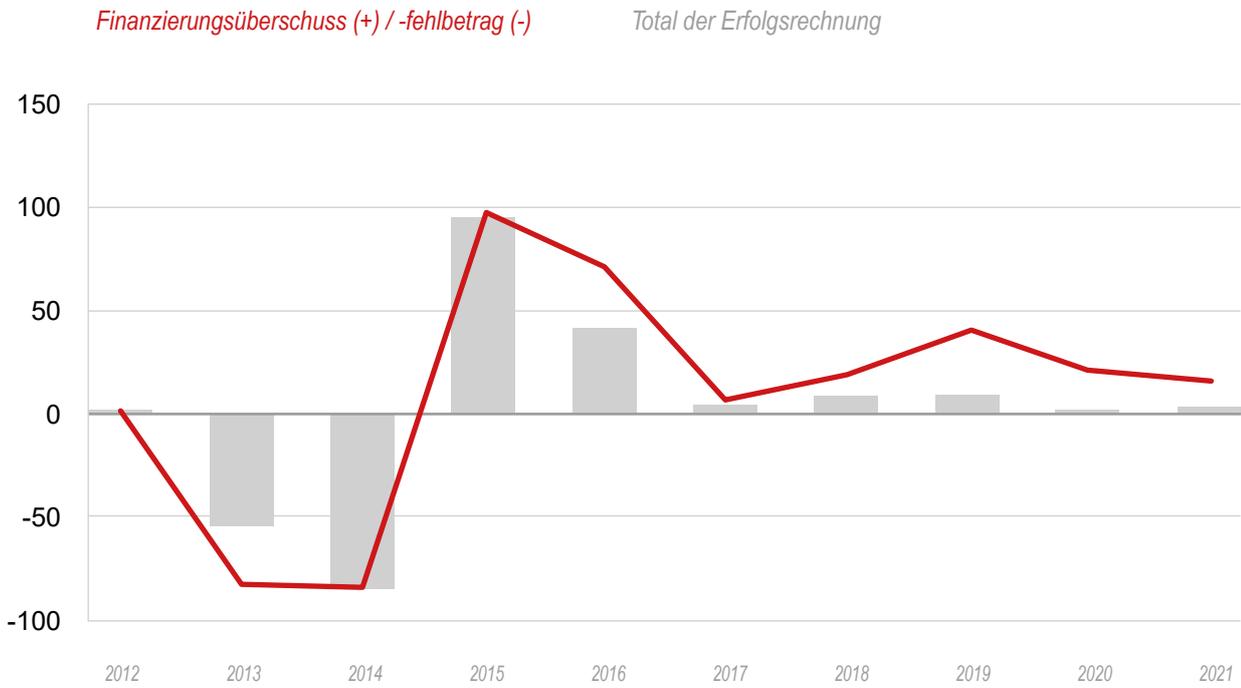
Fremdkapital	3'597.2	3'726.0
Eigenkapital	754.4	851.3
Total der Passiven	4'351.6	4'577.3

FUNKTIONALE GLIEDERUNG

RECHNUNGEN
2021 2012



ENTWICKLUNG RECHNUNGSERGEBNISSE



in Millionen Franken

(2012 - 2017: HRM1)
(ab 2018: HRM2)

Die vom Grossen Rat während des Jahres 2021 angenommenen Gesetzeserlasse sind nachfolgend aufgelistet und können auf der [Internetseite der Gesetzessammlung](#) des Kantons Wallis eingesehen werden. Die dazugehörigen Botschaften können auf der [Internetseite des Parlamentsdienstes](#) eingesehen werden.

Änderung vom 11. Februar 2021 des Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (AGELG; SGS/VS 831.3)

Publikation: Abl.10/2021 – [AGS 2021-015](#)

Inkrafttreten: 01.01.2021

Änderung vom 12. Februar 2021 des Gesetzes betreffend die Bezüge der Magistraten der vollziehenden Behörde (SGS/VS 172.12)

Publikation: Abl.10/2021 – [AGS 2021-083](#)

Inkrafttreten: 01.07.2020 – Abl. 25/2021 – [AGS 2021-082](#)

Gesetz über den Beitritt zur Änderung der interkantonalen Vereinbarung über das Spital Riviera-Chablais Waadt und Wallis vom 9. Februar 2021 (SGS/VS 813.2)

Publikation: Abl. 10/2021 – [AGS 2021-087](#) und [AGS 2021-088](#)

Inkrafttreten: 16.06.2021 – Abl. 25/2021 – [AGS 2021-086](#)

Änderung vom 8. Juni 2021 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch (EGStGB; SGS/VS 311.1)

Publikation: Abl. 26/2021 – [AGS 2021-102](#)

Inkrafttreten: 01.09.2021 – Abl. 29/2021 – [AGS 2021-101](#)

Gesetz vom 9. Februar zur Aufhebung des Gesetzes vom 28. September 1998 über den Beitritt zur Interkantonalen Universitätsvereinbarung vom 20. Februar 1997 (SGS/VS 414.3)

Publikation: Abl. 10/2021 – [AGS 2021-135](#)

Inkrafttreten: 01.01.2022 – Abl. 42/2021 – [AGS 2021-134](#)

Gesetz vom 9. Februar 2021 über den Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung über die Beiträge an die Ausbildungskosten von universitären Hochschulen (Interkantonale Universitätsvereinbarung, IUV; SGS/VS 414.31)

Publikation: Abl. 10/2021 – [AGS 2021-137](#) und [AGS 2021-138](#)

Inkrafttreten: 01.01.2022 – Abl. 42/2021 – [AGS 2021-136](#)

Änderung vom 10. Juni 2021 des Gesetzes über die Kantonspolizei (PolG; SGS/VS 550.1)

Publikation: Abl. 26/2021 – [AGS 2021-142](#)

Inkrafttreten: 01.10.2021 – Abl. 44/2021 – [AGS 2021-141](#)

Gesetz über das Inkasso und die Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen vom 11. Februar 2021 (GIBU; SGS/VS 850.3)

Publikation: Abl. 10/2021 – [AGS 2021-156](#)

Inkrafttreten: 01.01.2022 – Abl. 49/2021 – [AGS 2021-155](#)

Änderung vom 6. Mai 2021 des Gesetzes über die Rechte und die Inklusion von Menschen mit Behinderungen (GRIMB; SGS 850.6)

Publikation: Abl. 22/2021 – [AGS 2021-158](#)

Inkrafttreten: 01.01.2022 – Abl. 49/2021 – [AGS 2021-157](#)

Gesetz über den Beitritt zur Weiterbildungsfinanzierungsvereinbarung vom 9. September 2021 (WFV)

Publikation: Abl. 40/2021 – [Réf.-2021-017](#)

Änderung vom 9. September 2021 des Gesetzes über den Anwaltsberuf zur Vertretung von Parteien vor den Gerichtsbehörden (Gesetz über den Anwaltsberuf, AnwG; SGS/VS 177.1)

Publikation: Abl. 40/2021 – [Réf.-2021-016](#)

Änderung vom 11. Februar 2021 des Baugesetzes (BauG; SGS/VS 705.1)

Publikation: Abl. 10/2021 – [AGS 183-2021](#)

Inkrafttreten: 01.01.2022 – Abl. 52/2021 – [AGS 182-2021](#)

Änderung vom 19. November 2021 des Gesetzes über die Beherbergung, die Bewirtung und den Kleinhandel mit alkoholischen Getränken (GBB; SGS/VS 935.3)

Publikation: Abl. 51/2021 – [Réf.-2021-019](#)

Änderung vom 18. November 2021 des Gesetzes betreffend den Tarif der Kosten und Entschädigungen vor Gerichts- oder Verwaltungsbehörden (GTar; SGS/VS 173.8)

Publikation: Abl. 51/2021 – [Réf.-2021-020](#)

Änderung vom 16. Dezember 2021 des Gesetzes zur Standortbestimmung und Beteiligung der Standortgemeinden für die kantonalen Schulen der tertiären Stufe (SGS/VS 417.10)

Publikation: Abl. 3/2022 – [Réf.-2022-003](#)

Änderung vom 16. Dezember 2021 des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Berufsbildung (EGBBG; SGS/VS 412.1) und des Weiterbildungsgesetzes (WBG; SGS/VS 417.4)

Publikation: Abl. 3/2022 – [Réf.-2022-001](#)

Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Schutz vor Gefährdungen durch nichtionisierende Strahlung und Schall vom 16. Dezember 2021 (AGNISSG)

Publikation: Abl. 3/2022 – AGS 2022-001

Inkrafttreten: vom Staatsrat zu bestimmen

Änderung vom 16. Dezember 2021 des Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Familienzulagen (AGFamZG; SGS/VS 836.1 – Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Mehr Familienzulagen für Ihre Kinder»)

Publikation: Abl. 3/2022 – [Réf.-2022-002](#)

Dekret vom 18. November 2021 zur Änderung des Gesetzes über den Wald und die Naturgefahren (kGWNg)

Publikation: Abl. 51/2021 – [Réf.-2021-018](#)

PROTOKOLLARISCHE AKTIVITÄTEN UND ANLÄSSE

Arbeitssitzungen und Vereidigungen

Der Gesamtstaatsrat ist zu 55 Sitzungen zusammengetreten, um die ordentlichen Geschäfte zu behandeln. Zudem hat er Arbeitssitzungen mit der Stadt Sitten, dem Verband Walliser Gemeinden, der Walliser Presse, den Walliser Bundesparlamentariern, den Präfekten und Vizepräfekten, den Oberaufsichtskommissionen des Grossen Rates und dem Staatsrat des Kantons Freiburg abgehalten. Die Arbeitssitzung mit dem Kantonsgericht konnte aufgrund der Gesundheitssituation nicht stattfinden. Die Regierung hat 779 Neubürgerinnen und Neubürger vereidigt. Überdies hat sie fünf Notarinnen und Notare vereidigt sowie 23 Anwaltsdiplome und fünf Notariatspatente verliehen.

Traditionelle Anlässe

Angesichts der Gesundheitssituation hat der Staatsrat den Präsidien des Grossen Rates und des Kantonsgerichts sowie den Vertretern der Staatsanwaltschaft, des Bistums Sitten und der evangelisch-reformierten Kirche, dem Präsidialkollegium des Verfassungsrates sowie den Vertretern des Bezirks, der Stadt und der Bürgergemeinde Sitten seine Neujahrswünsche in Form einer Videobotschaft überbracht. Zudem hat er am Ausflug der Kirchenbehörden sowie am Präsidialausflug in Begleitung der ehemaligen Magistraten teilgenommen.

Der Präsident des Staatsrates hat den Preis 2021 der Stiftung «Divisionär F.-K. Rünzi» an Philippe Rebord verliehen. Der von Frédéric Favre präsierte Stiftungsrat hat den ehemaligen Armeechef für seine militärischen Verdienste ausgezeichnet. Philippe Rebord ist der erste Walliser, der an die Spitze der Schweizer Armee berufen wurde. Er war an der Gestaltung der Armee reform (WEA) und an der Umsetzung mehrerer Armeeprojekte, darunter das Rüstungsprogramm Air2030 zur Erneuerung der Mittel zum Schutz des Schweizer Luftraums massgeblich beteiligt. Er setzte sich auch für die Friedensförderung im Ausland ein und unter seiner Führung wurde die Zusammenarbeit zwischen Armee und Wirtschaft insbesondere durch die Anerkennung der militärischen Ausbildung durch mehrere Hochschulen gestärkt.

Aufgrund der Corona-Pandemie sah sich die Regierung im Jahr 2020 gezwungen, den Empfang zu Ehren der 410 Mitarbeitenden, die ihr 25-, 30-, 35-, 40- beziehungsweise 45-jähriges Dienstjubiläum beim Staat Wallis feierten, abzusagen. 2021 war es der Regierung hingegen möglich, zwei separate Empfänge zu Ehren der langjährigen Mitarbeitenden des Staates Wallis zu geben: einen Empfang für die 410 Jubilarinnen und Jubilare des Jahres 2020 und einen Empfang für die 404 Jubilarinnen und Jubilare des Jahres 2021.

Zehn Walliserinnen und Walliser haben ihren 100. Geburtstag gefeiert. Ein Mitglied des Staatsrates hatte jeweils das Vergnügen, den Jubilarinnen und Jubilaren ein Geschenk zu überreichen. Aufgrund der Gesundheitssituation war es den Regierungsmitgliedern leider nicht möglich, alle hundertjährigen Walliserinnen und Walliser, sprich 35, persönlich zu besuchen.

Besuche und Empfänge

Eine Delegation des Staatsrates empfing im April in Siders offiziell S. E. Frédéric Journès, französischer Botschafter in der Schweiz, im Oktober die Vertreter der Beneluxstaaten S. E. Willy De Buck, belgischer Botschafter in der Schweiz, S. E. Jean-Claude Meyer, luxemburgischer Botschafter in der Schweiz und S. E. Hedda Samson, niederländische Botschafterin in der Schweiz, sowie im November S. E. Andrea Bekić, kroatische Botschafterin in der Schweiz.

Aufgrund der Pandemiesituation musste der Staatsrat auf Besuche in anderen Kantonen verzichten und konnte auch keine Delegationen aus anderen Kantonen empfangen.

STAATSKANZLEI

Protokoll

Die Staatskanzlei hat sämtliche Sitzungen und Anlässe des Staatsrates koordiniert und organisiert.

Leistungen zugunsten der Verwaltung

Das Übersetzungsteam der Staatskanzlei und des Parlamentsdienstes, bestehend aus vier Übersetzerinnen und Übersetzern (2,3 VZE), hat rund 1200 Seiten übersetzt, in erster Linie für das Präsidium und den Grossen Rat. Das Übersetzungsteam verwendet eine leistungsfähige Übersetzungsdatenbank (SDL Trados Studio), die ein vernetztes Arbeiten mit sämtlichen Übersetzerinnen und Übersetzern der Kantonsverwaltung und somit eine Steigerung der Quantität und vor allem der Qualität der ausgeführten Übersetzungen ermöglichen. Zudem sorgte das Team für die Wartung und Speisung der Terminologiedatenbank (16'801 Begriffe) und der Übersetzungsdatenbank (1'798'907 Übersetzungseinheiten) und gewährleistete die Koordination zwischen den verschiedenen Übersetzerinnen und Übersetzern der Kantonsverwaltung sowie die Zusammenarbeit mit den Übersetzungsdiensten der anderen Kantone und der Sektion Terminologie der Bundeskanzlei.

Überdies hat die Staatskanzlei 3282 Beglaubigungen vorgenommen, über 3,3 Millionen Postsendungen verschickt, über die Telefonzentrale 20'100 Anrufe entgegengenommen und rund 5500 Regierungsentscheide unterzeichnet. Der Weibeldienst hat für die Staatsräte rund 60'000 Kilometer mit den Regierungsfahrzeugen zurückgelegt.

Juristische Unterstützung des Staatsrates und Gesetzgebung

Die Staatskanzlei unterstützt die Regierungsmitglieder in juristischen Belangen, indem sie unter anderem verschiedene Rechtsgutachten erstellt.

Überdies instruiert sie Beschwerden an den Staatsrat in den Bereichen Ausländerrecht, Baurecht, Strassenverkehrsrecht, Gesundheitsrecht, bäuerliches Bodenrecht, Disziplinarrecht und Bildungsrecht. Insgesamt wurden 434 Beschwerden eingereicht. Die acht Juristinnen der Staatskanzlei (6 VZE) haben 451 Beschwerden instruiert und dem Staatsrat unterbreitet.

Die Staatskanzlei instruiert auch die Disziplinarfälle des Staates und präsidiert die Konsultativkommission für durch Amtsträger gegenüber dem Staat verursachte Schäden, wodurch sie den Staatsrat bei der Beurteilung der diesbezüglichen Fälle unterstützt. Überdies präsidiert sie die Sicherheitskommission, an die sich die Staatsangestellten im Fall von Konflikten und Gewalt am Arbeitsplatz wenden können.

Ausserdem ist die Staatskanzlei für die technische und sprachliche Überprüfung neuer Erlasse verantwortlich. Sie gewährleistet die Veröffentlichung der kantonalen Gesetzgebung in beiden Amtssprachen im Amtsblatt sowie in der systematischen (SGS) und der amtlichen (AGS) Gesetzessammlung, die auf der [Gesetzgebungs-Website](#) zugänglich sind. In der AGS wurden insgesamt 188 Erlasse veröffentlicht. Zur Erinnerung: Seit dem 1. August 2018 ist der Kanton Wallis zum Vorrang der elektronischen Version der Erlasse übergegangen. Somit ist die elektronische respektive die im Amtsblatt veröffentlichte Version rechtsgültig. Zudem werden die im Amtsblatt veröffentlichten Erlasse seit 2019 in elektronischer Form archiviert.

Die Staatskanzlei berät die Dienststellen der Kantonsverwaltung bei Fragen betreffend die Information der Öffentlichkeit und den Zugang zu amtlichen Dokumenten hinsichtlich des im Gesetz über die Information der Öffentlichkeit, den Datenschutz und die Archivierung (GIDA) verankerten Öffentlichkeitsprinzips.

Sie gewährleistet schliesslich die Koordination zwischen der Kantonsverwaltung und dem Parlamentsdienst, beispielsweise im Rahmen der Legislaturplanung.

Unterstützung der Regierungstätigkeit

Infolge des Legislaturwechsels unterstützte die Staatskanzlei den Staatsrat bei der Aktualisierung seines Regierungsprogramms.

Als erstes wurde eine Bilanz der im Regierungsprogramm 2018 enthaltenen prioritären Massnahmen und Projekte erstellt. Anschliessend hat die Regierung die neuen Herausforderungen und Aufgaben analysiert, denen sich der Kanton in den kommenden Jahren stellen muss.

Weiterverfolgung der parlamentarischen Vorstösse

Im Jahr 2021 wurden insgesamt 230 parlamentarische Vorstösse eingereicht und angenommen, darunter 33 Motionen und 197 Postulate. Von diesen Vorstössen wurden 38 (8 Motionen und 30 Postulate) bereits umgesetzt.

Ende 2021 warteten 99 Vorstösse (18 Motionen und 81 Postulate) auf ihre Entwicklung, 75 Vorstösse (8 Motionen und 67 Postulate) auf ihre Behandlung und 294 Vorstösse (37 Motionen und 257 Postulate) auf ihre Umsetzung.

EIDGENÖSSISCHE UND INTERKANTONALE ANGELEGENHEITEN

Die Staatskanzlei unterstützt die Regierung bei ihren Tätigkeiten auf eidgenössischer und interkantonaler Ebene. Diese Unterstützung fügt sich in den Rahmen der Begleitung des Staatsrates in Sachen Regierungsführung ein. Sie umfasst insbesondere folgende Aufgaben:

- Erkennung und Koordination der eidgenössischen und interkantonalen Herausforderungen
- Begleitung der Regierungskonferenzen (KdK, WRK, RKGK)
- Beziehungen zu den Walliser Bundesparlamentariern
- Mitarbeit bei der Entwicklung grenzüberschreitender Beziehungen.

Die Tätigkeiten der Staatskanzlei auf Ebene der Bundesangelegenheiten und der Aussenbeziehungen sind weitgehend bereichsübergreifender Natur. Sie ergänzen die zahlreichen Aktivitäten der Departemente und Dienststellen in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen. Verschiedene von der Staatskanzlei unterstützte Prozesse begünstigen den Informationsaustausch zwischen den Mitgliedern des Staatsrates. Sie erlauben es der Regierung, wichtige eidgenössische und interkantonale Herausforderungen zu thematisieren. Bei einigen prioritären Bundesprojekten unterstützt die Staatskanzlei das für deren Umsetzung zuständige Departement direkt. Für das Jahr 2021 sind insbesondere folgende Projekte zu nennen:

- Revision verschiedener Gesetzesgrundlagen im Bereich der Energiepolitik und Verlängerung der Wasserzinse;
- Luftverkehr (Abgabe Allgemeine Luftfahrt im Rahmen der Revision des CO₂-Gesetzes) und Flughafen Sitten (Kosten für die Flugsicherheit, öffentliches Beschaffungswesen)
- verschiedene landwirtschaftspolitische Elemente (Unterstützung für einheimische Rassen, das Pflanzenkapital, den Weinbau und weitere)
- Sanierung des ehemaligen Munitionslagers Mitholz und deren Auswirkungen auf die Verkehrsverbindungen zwischen Bern und dem Wallis
- Suche nach und Unterstützung von Lösungen in Sachen Erdbebenversicherung.

Interkantonale Konferenzen

Die Regierungstätigkeit im Bereich der Bundesangelegenheiten äussert sich insbesondere im Engagement der Regierungsmitglieder in den verschiedenen Regierungs-, Fach- und Regionalkonferenzen. Die Mitglieder des Walliser Staatsrates sind hier besonders aktiv und haben in mehreren Vorständen Einsitz. Die Bewältigung der Covid-19-Krise hat deutlich gemacht, wie wichtig interkantonale Koordination und Zusammenarbeit sind. Die interkantonalen Regierungs- und Fachkonferenzen sind für die Konkretisierung dieser Zusammenarbeit geradezu prädestiniert.

Regierungskonferenzen

Die 26 Kantone sind in der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) vertreten. Die KdK ist ein privilegierter Ansprechpartner des Bundes für Föderalismusfragen sowie in der Aussen- und Europapolitik. In enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachkonferenzen legt sie ihr Augenmerk auch auf die für die Kantone grundlegenden Bundesdossiers. Im Zuge der Pandemie hat die KdK nicht nur die interkantonale Zusammenarbeit gestärkt, sondern auch alles darangesetzt, die Positionen der Kantone gegenüber dem Bund zu konsolidieren. Roberto Schmidt vertritt den Kanton Wallis in der KdK. Die Staatskanzlei gewährleistet auf kantonaler Ebene die administrative Begleitung der KdK.

Im Rahmen der Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGK) können spezifischere Themen diskutiert und verschiedene Aktionen mit den Kantonen, die ähnliche Interessen haben, koordiniert werden. Zu den behandelten Themen gehören insbesondere die Förderung der Wasserkraft, der Tourismus im weitesten Sinne (einschliesslich Raumplanung und Zweitwohnungen) oder auch die Regulierung von Grossraubtieren. Roberto Schmidt vertritt das Wallis innerhalb der RKGK. Er hat diese Konferenz in den Jahren 2020 und 2021 präsiert und wurde für eine weitere Amtszeit nominiert (2022–2023). Der Kanton nutzt diese Präsidentschaft, um den Zusammenhalt zwischen den Gebirgskantonen weiter zu stärken und seine Interessen im Verbund mit den anderen Gebirgskantonen noch besser zu vertreten. Die Staatskanzlei hat ihrerseits die administrative Begleitung der Konferenz verstärkt und trägt aktiv zum reibungslosen Ablauf des Walliser Präsidiums und der Arbeiten der Konferenz bei.

In der Westschweizer Regierungskonferenz (WRK) sind die Regierungen der Westschweizer Kantone und des Kantons Bern vertreten. Sie ermöglicht es den Mitgliedskantonen, die für diese Region wichtigen Themen zu behandeln und gewisse Aktionen auf nationaler Ebene zu koordinieren. Die administrative Begleitung der WRK wird von der Staatskanzlei gewährleistet. Das Wallis spielt auch eine aktive Rolle innerhalb des administrativen Netzwerks der WRK, in dem die Verantwortlichen für Bundesangelegenheiten der Mitgliedskantone zusammengeschlossen sind.

Nationale und regionale Fachkonferenzen

14 Fachkonferenzen sind für die Begleitung der verschiedenen Bereiche der öffentlichen Politik auf nationaler Ebene zuständig. Zudem sind zehn Fachkonferenzen auf regionaler Ebene (Westschweiz / lateinische Schweiz) aktiv. Für die Begleitung dieser Fachkonferenzen sind die jeweiligen Departemente zuständig. Bei Bedarf unterstützt die Staatskanzlei die Regierungsmitglieder punktuell in der Ausübung ihrer interkantonalen Mandate. Wie bereits erwähnt, trugen die nationalen und regionalen Fachkonferenzen während der Covid-19-Krise wesentlich zur interkantonalen Koordination bei. Zwischen den Westschweizer Kantonen war diese Koordination besonders intensiv, vor allem in den Bereichen Gesundheit (GDK / CLASS) und Wirtschaft (VDK / VDK-WS), aber auch in Sachen öffentliches Bildungswesen, Verkehr und Sicherheit.

Besondere Funktionen der Walliser Regierungsmitglieder in den interkantonalen Konferenzen

Regierungskonferenz der ebirgskantone (2020–2023)	Roberto Schmidt	Präsident
Schweizerische Konferenz der kantonalen Energiedirektorinnen und -direktoren (seit April 2018)	Roberto Schmidt	Vorstandsmitglied
Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (Januar 2017 bis April 2021 respektive ab Mai 2021)	Esther Waeber-Kalbermatten Mathias Reynard	Vorstandsmitglied
Schweizerische Hochschulkonferenz (seit Oktober 2018)	Christophe Darbellay	Mitglied des Hochschulrats
Konferenz für Wald, Wildtiere und Landschaft (November 2018 bis April 2021)	Christophe Darbellay	Vorstandsmitglied
Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs (Juni 2013 bis April 2021)	Jacques Melly	Vorstandsmitglied
Westschweizer Verkehrsdirektorenkonferenz (Juni 2013 bis April 2021)	Jacques Melly	Präsident
Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr (seit Mai 2021)	Frédéric Favre	Vorstandsmitglied
Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz (seit September 2018)	Frédéric Favre	Vorstandsmitglied

Christophe Darbellay wurde überdies zum Präsidenten der Konferenz der kantonalen Volkswirtschaftsdirektorinnen und Volkswirtschaftsdirektoren der Westschweiz für die Jahre 2022 und 2023 ernannt.

Arbeitstreffen

2021 fand das traditionelle jährliche Arbeitstreffen zwischen der Walliser und der Freiburger Regierung in Vercorin, der Heimatgemeinde des Freiburger Staatsrates Jean-Pierre Siggen, statt.

Interkantonale Vereinbarungen

Der Kanton Wallis schliesst regelmässig interkantonale Vereinbarungen ab. Aushandlung und Abschluss dieser Vereinbarungen erfolgen im Rahmen der Umsetzung der verschiedenen Politikbereiche, die in der Zuständigkeit der jeweiligen Departemente liegen. Dies meist unter der Ägide der Fachkonferenzen und im Anschluss an mehrjährige Beratungen.

2021 wurden mehrere interkantonale Vereinbarungen verabschiedet, respektive dem Grossen Rat zur Genehmigung unterbreitet. Dazu gehören insbesondere:

- die Ratifizierung der Totalrevision der Interkantonalen Universitätsvereinbarung, deren kantonales Beitrittsgesetz vom Grossen Rat in der Februarsession 2021 genehmigt wurde

- die Änderung der Interkantonalen Vereinbarung über das Spital Riviera-Chablais, die vom Grossen Rat in der Februarsession 2021 genehmigt wurde
- das Beitrittsgesetz zur Weiterbildungsfinanzierungsvereinbarung, das vom Grossen Rat in der Septembersession 2021 verabschiedet wurde.

Kontakte mit den Walliser Bundesparlamentariern

In der Regel treffen sich der Staatsrat und die Walliser Bundesparlamentarier vor jeder Session des Bundesparlaments. Im Rahmen dieser Sitzungen werden nicht nur die für den Kanton besonders wichtigen Angelegenheiten, sondern auch punktuelle Themen von besonderer Tragweite erörtert. 2021 waren diese Treffen erneut zumindest teilweise von der Covid-19-Krise geprägt. Dennoch konnten alle Treffen durchgeführt werden, zwei als Videokonferenzen und zwei als Präsenztreffen (in Sitten und Bern). Dabei wurden insbesondere folgende Themen erörtert:

- Gesetzgebung im Bereich der Covid-19-Pandemie
- individuelle Prämienverbilligung
- Schaffung einer Erdbebenversicherung mittels System der Eventualverpflichtung
- Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien
- Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung
- monistische Finanzierung der Gesundheitsleistungen
- Jagdgesetzgebung
- verschiedene Elemente der Landwirtschaftspolitik
- verschiedene Elemente der Verkehrspolitik.

GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT

Genferseerat

Dem 1987 gegründeten Genferseerat gehören die Departemente Ain und Haute-Savoie sowie die Kantone Genf, Waadt und Wallis an. Sein Ziel ist es, die grenzüberschreitenden Beziehungen zu stärken, gemeinsame Projekte anzustossen und den Zusammenhalt im Genferseegebiet zu fördern. Im Zentrum seines Handelns stehen vier Themenbereiche: Mobilität, Jugend und Kultur, Wirtschaft, Umwelt. Christophe Darbellay und Franz Ruppen vertreten den Kanton Wallis im Vorstand des Genferseerates.

Was die Mobilität anbelangt, begleitet der Genferseerat verschiedene Dossiers in den Bereichen Eisenbahn, Schifffahrt, Strassenverkehr, Langsamverkehr und öffentlicher Verkehr. Seine Mobilitätskommission hat die Aktualisierung der digitalen Version des Kohärenzschemas Verkehr vorangetrieben. Wie die Papierversion gibt auch die elektronische Version dieses Schemas einen Überblick über alle von den schweizerischen und französischen Gemeinwesen des Genferseegebiets getragenen Verkehrsprojekte und -studien. Mit diesem Instrument verpflichten sich die Partner des Genferseerates dazu, ihre Mobilitätsprojekte mithilfe einer dynamischeren und für alle zugänglichen Plattform auch weiterhin zu harmonisieren. Im Bereich der Verkehrsinfrastrukturen engagiert sich der Kanton weiterhin aktiv für die Vervollständigung des Eisenbahnnetzes rund um den Genfersee mittels Wiederinbetriebnahme der Eisenbahnlinie am Südufer zwischen St-Gingolph und Evian. Franz Ruppen wurde am 7. Oktober 2021 als Nachfolger von Jacques Melly zum Kommissionspräsidenten ernannt.

Im Bereich Jugend und Kultur fiel 2021 der Startschuss für das neue Projekt «Grenzüberschreitende Künstlerresidenzen», das fünf Kunstschaffenden oder Kollektiven die Möglichkeit bietet, ein Residenzprojekt zu realisieren. Um das Kunstschaffen in all seinen Facetten zu unterstützen, wurden fünf junge Kunstschaffende aus unterschiedlichen Bereichen wie Musik, Theater, Zirkus, Fotografie oder Video ausgewählt. Während die meisten unterstützten Kulturprojekte durchgeführt werden konnten, sind einige Veranstaltungen für Nachwuchssportlerinnen und Nachwuchssportler leider aufgrund der Gesundheitskrise abgesagt worden.

Im Wirtschaftsbereich hat der Genferseerat den Preis «Cohésion & Solidarité Lémanique» ins Leben gerufen, um den Zusammenhalt in dieser grenzüberschreitenden Region zu stärken und lokale Initiativen vor dem Hintergrund der Pandemie aufzuwerten. Auf Walliser Seite hat das Projekt «Perles du Léman» aus St-Gingolph einen der fünf Preise gewonnen. Überdies konnten verschiedene Initiativen, die von den in «Genferseeunionen» zusammengeschlossenen Dachverbänden lanciert wurden, erfolgreich umgesetzt werden: jährliche Tourismuskonferenz, Seminar zur Berufslehre in der Fleischbranche oder auch Studie zum Wassermanagement in der Landwirtschaft. Im Tourismusbereich treibt der Genferseerat die Umsetzung des Interreg-Projekts «Objectif Découverte Léman» voran, mit dem der Daten- und Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Tourismusakteuren erleichtert werden soll. Die zweite Projektphase (Experimentierphase) läuft seit Juli 2021.

Im Umweltbereich schliesslich setzt der Genferseerat die Zusammenarbeit im Kampf gegen die Tigermücke fort. Ziel dieser 2021 gestarteten Initiative ist die Bereitstellung gemeinsamer Kommunikationsinstrumente, die auf den bestehenden Instrumenten aufbauen und den Informationsaustausch ermöglichen.

INFORMATION

Im Einklang mit dem Informationskonzept sorgt die Informations- und Kommunikationseinheit der Staatskanzlei IVS für eine proaktive, integrierte und koordinierte Kommunikation.

Begleitung von Regierungsgeschäften

Gemäss den 2015 verabschiedeten Weisungen und Prozessen legt IVS ein besonderes Augenmerk auf die Kommunikation im Bereich der Regierungsgeschäfte. Dabei handelt es sich um departementsübergreifende Geschäfte, die das Image und den Ruf des Kantons tangieren oder deren Tragweite den Einbezug der Gesamregierung erfordert. Für das Jahr 2021 sind insbesondere die Kommunikation im Rahmen der Covid-19-Pandemie, aber auch die Kommunikation über die Umsetzung der Agenda 2030 der nachhaltigen Entwicklung und jene über das Dossier rund um die illegalen Bauten in der Gemeinde Val de Bagnes zu nennen.

Mehr als 330 Medienmitteilungen

IVS organisierte 41 Medienkonferenzen, verfasste und verbreitete 332 Medienmitteilungen und 35 Bulletins der wöchentlichen Staatsratssitzungen. Neben der Verbreitung von Inhalten im Auftrag von interkantonalen institutionellen Einrichtungen oder Walliser Einrichtungen von öffentlichem Interesse kümmerte sich IVS auch um die Bearbeitung von zahlreichen Medienanfragen, die Verwaltung, Verteilung und Archivierung von Fotos, die Bereitstellung eines täglichen Pressespiegels und thematischer Artikelsammlungen, die Information der Mitarbeitenden der Verwaltung über wichtige Entscheide und Projekte, verwaltungsinterne Massensendungen (Newsletter, Ausbildungsangebote und andere), die Konzeption und Herausgabe des Jahresberichts des Staatsrates, verschiedene grafische Arbeiten, die Verfassung der Informationsseiten des Amtsblatts sowie das Aufschalten von kantonalen Vernehmlassungen, Berichten oder sonstigen Inhalten im Auftrag der Dienststellen.

Webseite, Newsfeed und neue Formate

Angesichts der Bedeutung der elektronischen und sozialen Medien für die Informationsverbreitung und Meinungsbildung hat der Staat Wallis beschlossen, seine Informationsstrategie zu ergänzen und zu verstärken. Die [Startseite der Webseite](#) umfasst nun einen dynamischen Newsfeed, der eine Auswahl an unterschiedlichen Rubriken und Inhalten bietet, die auf anderen Plattformen geteilt werden können. Neben den prominent

platzierten Medienmitteilungen und -konferenzen finden sich dort auch neue, ergänzende Inhalte wie News, Filme, Animationen oder Infografiken in einer für die Verbreitung in den sozialen Medien geeigneten Form. Zudem kann dieser Newsfeed abonniert werden, wodurch die wichtigsten Informationen in Form eines Newsletters per E-Mail erhalten werden können.

Online-Mitarbeitermagazin «vis-à-vis»

Im Jahr 2021 wurden drei Ausgaben des Online-Mitarbeitermagazins «[vis-à-vis](#)» veröffentlicht. Dieses Magazin bietet den Kantonsangestellten Informationen, Interviews und Ratschläge zu mitarbeiterrelevanten Themen, Reportagen über die Tätigkeiten der verschiedenen Dienststellen, Porträts von Mitarbeitenden mit einem aussergewöhnlichen Werdegang oder Hobby, eine Führung durch eine Ortschaft im Kanton oder auch Auszüge aus dem Walliser Staatsarchiv.

Medienzentrum

Um die Arbeit der Medienschaffenden zu erleichtern, hat IVS anlässlich der Staats- und Grossratswahlen ein Medienzentrum eingerichtet. Am Standort Technopôle in Siders konnten den Medienschaffenden geeignete Arbeitsplätze geboten, Interviews mit den Kandidatinnen und Kandidaten erleichtert und gleichzeitig die geltenden Gesundheitsmassnahmen eingehalten werden.

Beratung und Unterstützung

IVS berät sowohl die Regierung als auch die Departemente und Dienststellen der Kantonsverwaltung in Kommunikationsfragen. In diesem Zusammenhang unterstützt IVS insbesondere den Staatsrat in seiner Informationspolitik und gewährleistet gemeinsam mit den Generalsekretären die Organisation und Koordination von Kommunikationsprojekten. IVS ist auch Teil des kantonalen Führungsorgans (KFO) und fungiert als dessen Informationseinheit.

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG: DER EINZIG RICHTIGE WEG

«Nachhaltige Entwicklung und Klimawandel sind die zwei Seiten derselben Medaille.»

Ban Ki-Moon

Als Alpenkanton bekommt das Wallis die Auswirkungen der Klimaerwärmung an vorderster Front zu spüren. Wie dramatisch diese Auswirkungen sind, sehen wir mit unseren eigenen Augen. Und auch wenn die Meinungen dazu auseinandergehen, lässt es sich nicht länger leugnen, dass die Klimaerwärmung das Ergebnis von jahrzehntelangen menschlichen Aktivitäten ist. Wir können die Schuld nicht den Generationen vor uns in die Schuhe schieben, die nicht das heutige Wissen und den nötigen Abstand hatten, um die enormen Auswirkungen der Treibhausgase auf den Planeten zu erkennen – die durch unsere Aktivitäten noch einmal vervielfacht wurden. Die Annehmlichkeiten, die der industrielle Fortschritt mit sich gebracht hat, haben ihren Preis.

Aber auch wenn die Gletscher zurückgehen, von Jahr zu Jahr weniger Schnee fällt und immer häufiger Hitzewellen auftreten, bin ich weiterhin überzeugt, dass wir das Ruder noch immer herumreissen können. 2021 hat der neu gewählte Staatsrat entschieden, in Sachen nachhaltiger Entwicklung aufs Tempo zu drücken: Seither hat das Wallis mit der neu geschaffenen Delegation des Staatsrates für Energie und Nachhaltigkeit den Grundstein für eine umweltfreundliche Politik gelegt und vergangenen Juni eine erste Treibhausgas-Bilanz für unseren Kanton präsentiert. Weiter wurde eine Chancen-Risiken-Analyse für einen Alpenkanton wie den unseren erstellt und es wurden prioritäre Massnahmen in Zusammenhang mit der nachhaltigen Entwicklung festgelegt, mit der Intention, zeitnah einen Klimaplan sowie ein Klima-Rahmengesetz zu erarbeiten.

Mit der Erneuerung des Projektauftrags im Rahmen der Agenda 2030 wird nach neuen Wegen gesucht, die es dem Kanton Wallis und seiner Bevölkerung ermöglichen, ein Gleichgewicht zwischen den nötigen menschlichen Aktivitäten und dem Umweltschutz zu finden. Parallel dazu hat der Staatsrat im Sommer 2021 die Vernehmlassung zum neuen kantonalen Energiegesetz durchgeführt.

Wir alle sind uns einig, was für ein einzigartiges Paradies das Wallis ist! Sorgen wir dafür, dass dieses Paradies auch den zukünftigen Generationen erhalten bleibt.



Foto: © Pascal Geretschen

Roberto Schmidt
Staatsrat

FINANZEN

Rechnung 2021

Im Laufe des Jahres wurden Nachtragskredite in Höhe von 322,2 Millionen beschlossen. Davon waren 293,3 Millionen für die Bewältigung der COVID-19-Pandemie bestimmt. Unter Berücksichtigung dieser Entscheidungen wurde im Budget 2021 mit einem großen Defizit gerechnet.

Dank der Ertragszunahme und der Budgetrestposten weist die Rechnung 2021 des Staates Wallis Überschüsse aus, auch wenn die mittel- und langfristigen Auswirkungen der seit über zwei Jahren andauernden Gesundheits- und Wirtschaftskrise noch immer ungewiss sind.

Die [Rechnung 2021](#) des Staates Wallis schliesst das Jahr mit einem Ertragsüberschuss von 3,3 Millionen und einem Finanzierungsüberschuss von 16,7 Millionen ab. Die Bruttoinvestitionen von 521,8 Millionen, einschliesslich der 57,3 Millionen, die mittels des Fonds FIGI für die Immobilien im Besitz des Staates investiert wurden, weisen ein Niveau auf, das in den letzten zehn Jahren noch nie erreicht wurde.

Budget 2022

Der Staatsrat hat sich für ein Budget der Kontinuität entschieden. Er will seine Unterstützung für die kantonale Wirtschaft durch eine ehrgeizige Investitionspolitik mit Rekordinvestitionen von brutto 643,2 Millionen Franken beibehalten. Das [Budget 2022](#) zielt auch auf die Unterstützung der Walliser Institutionen und der Bevölkerung ab und sieht eine Erhöhung der Beiträge an Gemeinwesen und Dritte auf 1,55 Milliarden Franken vor. Dank der verschiedenen Fonds, die in den letzten Jahren vorsorglich geäufnet wurden, sind die Investitionen und der Aufwand vollständig gedeckt.

STEUERN

Digitalisierung der Steuern

Obwohl die Kantonale Steuerverwaltung (KSV) bereits einen hohen Digitalisierungsgrad aufweist (elektronische Steuererklärung ohne Unterschrift, Arbeitgeberportal für Quellensteuerabrechnung), strebt sie mit den geplanten Online-Dienstleistungen (Fristverlängerungsanträge, Beschwerden, Erlassanträge, Auskunftsgesuche, Bestätigungen, Nachverfolgung der Dossiers und andere) eine weitere Steigerung an. Dieses Projekt wird sich über mehrere Jahre erstrecken und erlaubt es der KSV, einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung digitale Verwaltung und elektronisches Steuerwesen zu machen.

Zusammenarbeit mit den Ateliers St-Hubert und dem Atelier Manus zur Digitalisierung der Steuererklärungen

Im Zuge der Covid-19-Pandemie hat sich die Telearbeit in der Kantonsverwaltung allgemein durchgesetzt. Damit die Mitarbeitenden der KSV papierlos von zu Hause aus arbeiten können, mussten sämtliche Steuererklärungen und die dazugehörigen Belege elektronisch vorhanden sein. Dies ist nun dank der Zusammenarbeit mit den Ateliers St-Hubert in Sitten und dem Atelier Manus in Brig der Fall. Die beiden Institutionen, mit denen man bereits seit Jahren eng zusammenarbeitet, unterstützen Menschen mit Behinderung in ihrer beruflichen und sozialen Integration. 2021 wurden so rund 6 Millionen Seiten digital erfasst, was nicht nur die Produktivität der KSV merklich gesteigert, sondern auch deren Digitalisierung beschleunigt hat.

Aufwandbesteuerung

2021 stand die definitive Einführung der neuen Bestimmungen zur Aufwandbesteuerung an, nachdem die fünfjährige Übergangsfrist gemäss neuem Gesetz, das seit dem 1. Januar 2016 gilt, nun abgelaufen ist. Trotz der Verschärfungen hat sich die Zahl der aufwandbesteuerten Personen 2021 stabilisiert und liegt bei 950, gegenüber 1214 im Jahr 2013. Obwohl die Zahl der Aufwandbesteuerten also zurückgegangen ist, steigen die entsprechenden Steuereinnahmen stetig an und belaufen sich aktuell auf über 100 Millionen Franken. 2021 haben rund 60 neue Steuerpflichtige die Absicht bekundet, ihren Steuersitz ins Wallis zu verlegen, was der öffentlichen Hand zusätzliche Steuereinnahmen von über 10 Millionen Franken einbringen würde, ganz abgesehen vom indirekten ökonomischen Nutzen, den diese wohlhabenden Steuerzahlenden generieren.

PERSONAL

Personalpolitik

Als zentrale Dienststelle unterstützt die Dienststelle für Personalmanagement (DPM) den Staatsrat bei der Ausgestaltung und Umsetzung seiner Personalpolitik. Die DPM berät die Vorgesetzten in der Personalführung oder der Entwicklung ihrer Organisation und sorgt für eine einheitliche Anwendung der personalpolitischen Bestimmungen. Zudem managt sie die Zahlung von über 10'500 (Monats-)Löhnen, betreut rund 330 Stellenausschreibungen und 10'000 Bewerbungen, ist für die Organisation von 330 Weiterbildungsseminaren, die Ausbildung von 230 Lernenden und 240 Praktikanten verantwortlich und kümmert sich um den Gesundheitsschutz und die Arbeitssicherheit von rund 500 Mitarbeitenden.

Telearbeit

Auf den Entscheid des Staatsrates vom 2. Dezember 2020 hin, wurde am 1. April 2021 die ordentliche Telearbeit eingeführt. Gestützt wird diese durch eine Strategie mit acht Handlungsfeldern und 14 strategischen Zielen, durch neue Richtlinien und einen von der DPM entwickelten digitalisierten Verwaltungsprozess zur Bewilligung der Telearbeit. Aktuell leisten rund 25% der Mitarbeitenden der Kantonsverwaltung ordentliche Telearbeit. Durch ihre Einführung und weitere Massnahmen kann die Verwaltung in Zukunft jederzeit auf die sanitäre Lage reagieren und diese mobile Arbeitsform umgehend fürs gesamte Personal reaktivieren.

Covid-19

Auf Vorschlag der DPM hat der Staatsrat die zugunsten des Personals ergriffenen Präventionsmassnahmen weiter an die Entwicklung der Gesundheitskrise angepasst. Ein besonderer Fokus wurde dabei auf die interne Kommunikation gelegt: Neben der Veröffentlichung von gezielten und regelmässigen Informationen wurden auch die Intranetseiten fortlaufend aktualisiert. Darüber hinaus befasste sich die DPM mit diversen arbeitsrechtlichen Fragen und überarbeitete den allgemeinen Schutzplan mit den verschiedenen Präventionsmassnahmen.

Rechtstexte

Im Bestreben, die kantonalen Rechtsgrundlagen mit dem Bundesrecht zu harmonisieren, hat die DPM einige Passagen der Verordnung über die Besoldung der Angestellten des Staates Wallis revidiert. Die Änderungen beziehen sich hauptsächlich auf die Einführung des Vaterschaftsurlaubs im Zuge der Abstimmung vom 27. September 2020 und das Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung. Vor diesem Hintergrund wurden die kantonalen Bestimmungen zum Vaterschaftsurlaub angepasst und ein neuer Artikel zum Elternurlaub für die Betreuung eines schwer kranken oder verunfallten Kindes eingeführt.

Sexuelle Belästigung

Der Staat Wallis hat am 8. September 2021 die angepassten Richtlinien zum Umgang mit sexueller und psychologischer Belästigung verabschiedet. In diesem Zusammenhang hat die DPM mehrere Hilfsmittel für das Personal entwickelt, darunter eine Informationsbroschüre, eine Liste mit nützlichen Partnern und Webseiten, einen Gesprächsleitfaden, ein Präventionsmedium sowie einen Arbeitsprozess für den Umgang mit Situationen sexueller Belästigung und/oder Mobbing. Parallel dazu wurden mehrere Sensibilisierungskurse für Kadermitarbeitende durchgeführt.

Digitalisierung der Personalmanagement-Prozesse

Die DPM arbeitet weiter an der Digitalisierung ihrer HR-Prozesse, wovon sie sich Effizienzsteigerungen zugunsten der Dienststellen verspricht. So hat die DPM im Rahmen der E-Government-Politik für die Dienststellen ein «Employee Self Service»-Portal eingeführt, das die Zeiterfassung und andere HR-Dienstleistungen automatisiert und vereinfacht. Dieses Portal hat für die Dienststellen einen wichtigen Zeitgewinn zur Folge und setzt gleichzeitig Ressourcen für die Erledigung anderer wichtiger Aufgaben frei.

Rezertifizierung Label UND

Als Arbeitgeber legt der Staat Wallis bereits seit Jahren grossen Wert auf die Vereinbarkeit des Berufs- und Privatlebens seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. In diesem Zusammenhang hat die Kantonsverwaltung vor sieben Jahren die verschiedenen Angebote zugunsten ihres Personals einer fundierten Analyse unterzogen und wurde von der Fachstelle mit dem Prädikat «Familie UND Beruf» ausgezeichnet. Nachdem der Staat alle Kriterien weiterhin erfüllt, hat er 2021 seine zweite Rezertifizierung erhalten (erste Rezertifizierung im Jahr 2018).

INFORMATIK

Kantonale Informatikstrategie

Wie in den Vorjahren wird die Umsetzung der Informatikstrategie im Verwaltungsjahr 2021 in einem ausführlichen Bericht an den Grossen Rat präsentiert.

Tätigkeiten und Ergebnisse

Der Staatsrat hat im Dezember einer Optimierung der Organisationsstruktur der Kantonalen Dienststelle für Informatik (KDI) zugestimmt. Untenstehend sind einige der wichtigsten Tätigkeiten und Ergebnisse aufgeführt:

a) Sicherheitszelle

- Die Sicherheitszelle der KDI hat einen zusätzlichen Mitarbeiter erhalten und ist neu mit 2,8 internen VZE und einer externen Stelle dotiert.
- Das Security Operation Center (SOC) deckt fortan sämtliche Stellen der Kantonsverwaltung ab.
- In Zusammenarbeit mit der Feuerwehr der Stadt Sitten und der Dienststelle für zivile Sicherheit und Militär (DZSM) wurde im September erfolgreich eine Grossübung inklusive Evakuierung, Krisenmanagement und Notfallwiederherstellung durchgeführt.
- Zusätzlich ausgebaut wurde der Schutz der internen IT-Umgebungen.
- Verstärkt wurde auch die Zusammenarbeit mit den Instanzen auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene sowie mit den Cybersecurity-Verbänden.

- Die Richtlinie zur Nutzung von IT-Systemen wurde überarbeitet, um namentlich der Mobilität und der Internet- und Cloud-Nutzung Rechnung zu tragen.

b) Entwicklung

- Die Lösung eBill, mit der die Bürgerinnen und Bürger ihre Rechnungen direkt elektronisch auf ihr E-Banking erhalten, wurde aufgeschaltet. Damit lassen sich Rechnungen mit wenigen Klicks überprüfen und begleichen.
- Um den Zugang zu den Online-Leistungen zu vereinfachen, wurde ein neues Authentifizierungsmittel zu den bestehenden Lösungen hinzugefügt: die SwissID, welche in der Schweiz bereits von 1,9 Millionen Usern genutzt wird.
- Das Mitarbeiterportal wurde erweitert und bietet neu die Möglichkeit, Lohnabrechnungen und -ausweise herunterzuladen. Dadurch soll das Vorgehen vereinfacht und die Papierversion aufgehoben werden.
- Der digitale Austausch von Betreibungsbegehren erfolgt neu über das Projekt eSchKG2, nachdem dieses Projekt ins Software-Paket für die Rechnungsführung integriert wurde.
- Mit der Aufschaltung der Plattform «LP+» verringert sich der administrative Aufwand für Unternehmen, die sich auf den ständigen Listen eintragen lassen möchten.
- Es wurde ein Tool zur Verwaltung der vom Kantonalen Amt für Feuerwesen gewährten Beiträge entwickelt und zur Verfügung gestellt, mit dem in Zukunft Subventionsanträge abgewickelt und die Jahresabschlüsse automatisiert werden können.
- Die aktuellen Instrumente der Kantonalen Arbeitslosenkasse (ALK) zur Verwaltung der Dossiers des kantonalen Beschäftigungsfonds im Hinblick auf die Finanzierung der ergänzenden kantonalen Massnahmen zur beruflichen Wiedereingliederung, die auf der ASAL-Plattform des Bundes zusammengefasst waren, wurden aufgelöst. Für die ALK wurde eine in ein Rechnungsführungstools integrierte Managementapplikation entwickelt und zur Verfügung gestellt.

c) Projekte

- Es wurde eine Ausschreibung für die elektronische Unterschrift durchgeführt, mit eConstruction als Pilotprojekt.
- Die Architektur der RDB-NP (Referenzdatenbank Natürliche Personen) wurde erneuert und bietet nun deutliche Verbesserungen in Bezug auf Leistung und Qualität.
- Die Entwicklung der RDB-GW (Gebäude und Wohnungen) hat begonnen, wobei im September eine erste Version geliefert wurde; voraussichtlich sollte das Projekt Mitte 2022 abgeschlossen sein.
- Es wurden verschiedene dringende BI-Entwicklungen programmiert, so beispielsweise für die Dienststelle für Wirtschaft, Tourismus und Innovation (DWTI) und für die Dienststelle für Gesundheitswesen (DGW) in Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie (Impfung, Fakturierung, Hilfgelder und andere).
- Die Verwaltung des Militärpflichtersatzes wurde auf eine neue interkantonale Lösung migriert.
- Die Online-Zahlungsmöglichkeiten wurden verbessert; neu kann per Kreditkarte oder TWINT bezahlt werden.
- Für einige Projekte der Verwaltung wurden neue kollaborative Umgebungen wie SharePoint eingerichtet.
- Eingeführt wurde auch die neue Plattform eMob, auf der Subventionen für Elektromobilität beantragt werden können.

d) Infrastrukturen

- Die UC-Plattform (Unified Communications, Telefonie und Videokonferenz) wurde zuverlässiger gemacht und auf die Unternehmenslösung Webex umgestellt, die von einer Mehrheit der Kantone genutzt wird.
- Die für die Contact Tracing Einheit und für die Implementierung der Covid-Applikationen dringend benötigten Infrastrukturen wurden bereitgestellt.
- Die technische Migration sämtlicher SAP-Systeme auf die neue S/4-Version wurde abgeschlossen.
- In Betrieb genommen wurde auch eine Erweiterung des Infrastruktur-Monitorings.
- Das Projekt zur Automatisierung der Infrastrukturkonfiguration wurde initiiert.
- An den bestehenden Rechenzentren wurden Erneuerungs- und Absicherungsarbeiten unternommen und es wurden detaillierte Technikkonzepte für das neue Datacenter in Noës erarbeitet.
- Der Staatsrat hat dem Grundsatz der Einrichtung eines ausserkantonalen Datacenters für den Fall einer Katastrophe grösseren Ausmasses im Kanton zugestimmt.
- Ebenfalls begonnen haben die Arbeiten zur Migration der Lösung zur automatisierten Batchverarbeitung.
- Die neuen Rechnungsarten mit QR-Code wurden eingeführt.

E-GOVERNMENT

2019 hat der Staatsrat im Hinblick auf die digitale Verwaltung folgendes Ziel formuliert: «Der Kanon steuert den Ausbau des E-Government für den gesamten öffentlichen Dienst.» Im Verlaufe des Jahres 2020 wurde deshalb eine Bestandsaufnahme der wichtigsten Projekte zur Digitalisierung öffentlicher Leistungen erstellt. Hierbei wurden mehrere Bedürfnisse deutlich, wie beispielsweise elektronische Identität und Authentifizierungsmechanismen, elektronische Signatur und Benutzerkonto.

Am 3. Mai 2021 hat der Staatrat den Beschluss zur Schaffung einer Dienststelle für die digitale Verwaltung gefasst und seither folgende Aktivitäten lanciert:

- Einrichtung der provisorischen interinstitutionellen Steuerungs- und technischen Strukturen und Erteilung eines Mandats an diese Strukturen, die Ausarbeitung einer kantonalen Strategie für die digitale Verwaltung und eines Gesetzesvorentwurfs zu begleiten; diese Strukturen werden mittelfristig aufgelöst und durch die im Gesetz vorgesehenen permanenten Strukturen ersetzt;
- Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die sich mit elektronischen Identifizierungsmitteln befasst;
- Planung der Ausarbeitung der kantonalen Strategie für die digitale Verwaltung und des Gesetzesvorentwurfs und zeitgleicher Beginn der Arbeiten in beiden Bereichen.

ENERGIE

Heimfall der Wasserkraftanlage Ernen-Mörel und Vademecum

Der Kanton und die Konzessionsgemeinden Ernen, Binn und Grengiols haben beschlossen, das ihnen laut Gesetz zustehende Heimfallrecht für die Kraftwerkanlage Ernen-Mörel im September 2023 auszuüben. Dazu haben die öffentlichen Gemeinwesen mit der aktuellen Konzessionärin Rhonewerke AG (Rhowag) eine Vereinbarung über die im Zeitpunkt des Heimfalls geschuldete «billige Entschädigung» unterzeichnet.

Der Heimfall der Kraftwerksanlagen Ernen-Mörel ist der erste Heimfall, der nach der kantonalen Strategie «Wasserkraft» durchgeführt wird. Im Fall des KW Ernen-Mörel verbleibt die Wertschöpfungskette zu 100 Prozent in den Händen der Walliser Gemeinwesen (87% Forces motrices valaisannes (FMV) und 13% Gemeinden). Das Vorgehen entspricht dem im April 2021 präsentierten Vademecum «Heimfall der Konzessionen», welches gemeinsam vom DFE und dem Verband der konzedierenden Gemeinden des Wallis zur Unterstützung der betroffenen Gemeinden erarbeitet wurde.

Gebäudeprogramm

Das Departement hat im Herbst 2021 einige Anpassungen bei den Beitragskriterien und Beitragssätzen vorgenommen, insbesondere in Zusammenhang mit den Holzheizungen.

Die Höhe der 2021 insgesamt ausgezahlten Beträge beträgt 19.8 Millionen Franken. Zieht man den durch die CO₂-Abgabe finanzierten Bundesbeitrag in der Höhe von 15.2 Millionen Franken ab, beläuft sich der kantonale Nettobeitrag für 2021 noch auf 4.6 Millionen Franken. Die gegenüber Dritten neu eingegangenen Verpflichtungen stiegen 2021 auf 33.8 Millionen Franken.

Höchstspannungsleitung – HöS

Seit 2018 verhandelt der Staat Wallis mit der Swissgrid AG über die Versetzung von vier Masten der Höchstspannungsleitung Chamoson-Chippis in Grône und einem Masten in Chalais. Aufgrund des derzeitigen Projektstands wird die Versetzung der Masten laut Swissgrid AG erst nach der Inbetriebnahme der vom Bundesgericht bestätigten ursprünglichen Streckenführung in Angriff genommen. In Zusammenarbeit mit den Gemeinden wird der Staat Wallis die Studie zur Versetzung der Masten abschliessen.

Was die Höchstspannungsleitung Mörel-Ulrichen betrifft, hat das Eidgenössische Starkstrominspektorat (ESTI) nun die Neuführung dieser Linie auf einer 2,3 Kilometer langen Strecke auf Höhe von Grengiols bewilligt. Damit werden nur vier anstelle von fünf Strommasten gebaut. Diese kommen ausserdem in grösserer Entfernung zum Dorf Grengiols zum Stehen und werden besser in die Landschaft und das Gelände integriert.

Vernehmlassung des neuen kantonalen Energiegesetzes

Das geltende Energiegesetz stammt aus dem Jahr 2004, weswegen nun ein neues Gesetz in die Vernehmlassung geschickt wurde. Gemäss Entwurf sollen so die Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE 2014) umgesetzt werden, die bereits in mehreren Kantonen in Kraft sind. Das Gesetz beruht auf der breiten Zustimmung des Volkes zum eidgenössischen Energiegesetz sowie auf der kantonalen Energiestrategie 2060 «Gemeinsam zu 100% erneuerbarer und einheimischer Versorgung», die beide Energieeffizienz und erneuerbare Energien fördern möchten.

Renaturierung der Gewässer

Im Rahmen der Renaturierung von Gewässern muss der Kanton bei 21 Bauwerken die Auswirkungen von Schwall und Sunk, bei 45 Wasserhindernissen die freie Fischwanderung und bei 36 Anlagen die Belastungsbilanz prüfen. Damit der Anspruch auf die Bundesentschädigungen erhalten bleibt, muss vor Ablauf der gesetzlichen Frist Ende 2030 mit der Umsetzung der Massnahmen begonnen werden. Aktuell hat das Departement bereits 53 der nötigen 102 Beschlüsse in Kraft gesetzt.

IMMOBILIEN UND BAULICHES ERBE

Kompetenzzentrum FIGI

Das Kompetenzzentrum FIGI, das für den Fonds zur Finanzierung der Investitionen und der Geschäftsführung staatlicher Immobilien zuständig ist, hat die Digitalisierung der Gebäudepläne der wichtigsten Gebäude abgeschlossen, das Inventar des Gebäudeparks aktualisiert und sämtliche Geschäftsprozesse dokumentiert. Weiter wurde mit der Einrichtung des strategischen Instruments begonnen, welches das Energiemanagement von Gebäuden vereinfacht.

Finanzen & Controlling

Innerhalb der Dienststelle für Immobilien und Bauliches Erbe (DIB) wurde die neue Sektion «Finanzen & Controlling» geschaffen. Diese ist dafür verantwortlich, zusammen mit den jeweiligen Dienststellen die verschiedenen FIGI-Vereinbarungen zu erarbeiten. Diese Vereinbarungen wurden vom Staatsrat am 22. Dezember 2021 genehmigt und bestätigen die definitive Umsetzung des Fonds FIGI per 1. Januar 2022.

Baustellen und Projekte

Der Grosse Rat hat folgende fünf Baukredite gewährt: Bau des Kollegiums Cours Roger Bonvin in Sitten, Erwerb des Kollegiums St-Maurice, Bau des Eterpys-Zentrums in Conthey, Erweiterung der Berufsfachschule in Visp und Bau einer Schiessanlage auf dem Waffenplatz Sitten.

Drei weitere Kredite hat der Staatsrat selbst genehmigt. Dazu gehören der Umbau des Dachgeschosses der Handelsmittelschule in Brig, die Beteiligung des Staates am Musik-Campus in Sitten sowie der Kauf eines Lagers für die Dienststelle für Mobilität in Evolène.

Bereits in Angriff genommen wurden der Umbau von La Castalie in Monthey, der Bau der neuen Einsatzzentrale in Siders, die Erweiterung des Gefängnisses «Les Iles» in Sitten sowie die Erweiterung der Berufsfachschule in Visp.

Im Gange sind auch die Studien für ein Verwaltungsgebäude in Visp sowie ein Fernwärmekraftwerk in Kombination mit einer Turnhalle in Brig.

Der Bau des neuen Zentrums für die Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt in Sitten, die Sanierung der Höheren Fachschule (HF) für Pflege in Monthey und die Erweiterung des Justizgebäudes wurden abgeschlossen.

Immobilienverwaltung und Unterhalt

Als Antwort auf die Bedürfnisse der Kantonsverwaltung und im Rahmen der Kontinuität ihrer Leistungen setzt die Sektion Immobilienverwaltung und Unterhalt ihre Renovations- und Sanierungspolitik des staatlichen Gebäudeparks fort und will so den Energieverbrauch verbessern und den Erhalt der Gebäude sichern. Parallel dazu hat die Sektion die Integration einer Software für die Gebäudeverwaltung sowie die geplante Einbindung der Fachleute Betriebsunterhalt und des Reinigungspersonals in die Dienststelle vorangetrieben.

Bauliches Erbe

Die Sektion Bauliches Erbe konnte vergangenes Jahr folgende Projekte abschliessen: Im Kirchenschiff der Basilika von Valeria ist die zweite Etappe der Innenrestauration in Angriff genommen worden. Weiter wurden 23 neue Projekte zur Restaurierung von Baudenkmalern subventioniert und 1719 Vormeinungen verfasst. 2021 wurden im Bauinventar des Kantons Wallis (IBA) 2539 neue Objektblätter erfasst, womit auf der Plattform nun 23'526 Objektblätter verfügbar sind. Vier Gemeinden haben ihr Inventar homologieren lassen. In der Reihe «Die Kunstdenkmäler des Kantons Wallis» erschien das Werk über die Stadt Siders und Chippis. Eine finanzielle Unterstützung erhielt der Kunstführer «Kirche Saint-Nicolas in Hérémente» und der Film «A la rencontre des lieux sacrés en Valais». 1060 Besucherinnen und Besucher nahmen am Europäischen Tag des Denkmals teil.

AGENDA 2030

Bilanz zu den Treibhausgasemissionen und Ausarbeitung des Klimaplans

Mit der Ausarbeitung eines Klima-Rahmengesetzes und eines Klimaplans geht die Umsetzung der Agenda 2030 unter der Leitung der Delegation des Staatsrates für Energie und Nachhaltigkeit weiter. Im Juni hat der Kanton Wallis seine Treibhausgas-Bilanz präsentiert. Daraus lässt sich erkennen, dass das Emissionsniveau im Wallis im nationalen Durchschnitt liegt und, wie in anderen Kantonen auch, deutlich reduziert werden muss. In einem nächsten Schritt werden nun die mit dem Klimawandel verbundenen Risiken und Chancen identifiziert und Massnahmenpläne zur Reduktion der Treibhausgase sowie zur Anpassung an den Klimawandel ausgearbeitet.

Programm für die nachhaltige Entwicklung 2022

Der Staat hat sein Jahresprogramm für die nachhaltige Entwicklung 2022 mit den prioritären Massnahmen der Regierung für das kommende Jahr im Rahmen der Umsetzung der Agenda 2030 angepasst. Im Fokus stehen dabei die Governance, die Ausarbeitung des Klimaplans und die Erneuerung der Ausschreibung von Projekten, die es den Dienststellen ermöglicht, Unterstützung bei der Umsetzung innovativer Aktionen zu erhalten.

Realisierung von innovativen Aktionen

Dank der Unterstützung der Agenda 2030 wurden 2021 mehrere Projekte initiiert, darunter die Realisierung einer Plattform, welche lokale Produzenten mit Kollektivküchen zusammenbringt oder auch die Lancierung von sechs Velobuslinien, auf denen die Kinder in Begleitung von Erwachsenen sicher mit dem Fahrrad zur Schule fahren können.



DIE PANDEMIE BEWÄLTIGEN UND GLEICHZEITIG DIE ANDEREN DOSSIERS VORANBRINGEN

Nach acht Monaten Tätigkeit im Staatsrat ist es mit diesem Jahresbericht bereits Zeit eine erste Bilanz zu ziehen. Seit dem 1. Mai 2021 galt es, in einen neuen Anzug zu schlüpfen, sich an die eingespielten Abläufe im Kanton zu gewöhnen, die neuen Kolleginnen und Kollegen sowie die Teams, die im Dienste der Walliser Bevölkerung arbeiten, kennen zu lernen.

Die Bewältigung der Pandemie nahm 2021 einen Grossteil meiner Zeit und Energie in Anspruch, ebenso wie die der Dienststellen, die dem Departement für Gesundheit, Soziales und Kultur (DGSK) angegliedert sind. Es wurden verschiedene Massnahmen eingeleitet, um die Auswirkungen dieser Krise zu begrenzen:

- die Stärkung der Kinder- und Jugendpsychiatrie
- die Aufstockung des Familienfonds
- die Erhöhung der Zuschüsse an die Krankenversicherungsprämien
- die Abgabe eines Kultur-GA an alle jungen Erwachsenen, die 2021 ihren 18. Geburtstag feierten, um an der Wiederbelebung des Kultursektors mitzuwirken und den Zugang zu diesem zu verbessern.

Inmitten der Pandemie war es nicht einfach, andere Dossiers voranzutreiben und Themen auf die politische Agenda zu setzen, die nicht direkt Covid-19 betrafen. So konnten Projekte im Kampf gegen illegale Arbeit und unlauteren Wettbewerb oder dank des überarbeiteten Gesetzes, die Rechte und die Inklusion von Menschen mit Behinderungen (LDIPH) konkretisiert werden. Zudem sind Studien zu häuslicher Gewalt und zu den Auswirkungen von Pestiziden auf die öffentliche Gesundheit vorgesehen.

Für 2022 sind die Herausforderungen zahlreich und die Ziele ehrgeizig. Da diese Fortschritte gemeinsam erzielt wurden, möchte ich die Gelegenheit nutzen, den zuständigen Teams für ihre Unterstützung und ihr Wissen sowie meinen Staatsratskollegen für die Unterstützung zu danken!

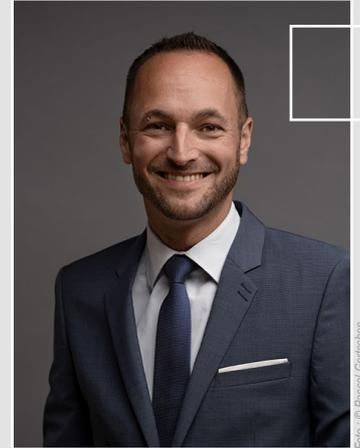


Foto: © Pascal Gerstchen

17.1.21

Mathias Reynard
Staatsrat

GESUNDHEITSWESEN

Covid-19-Pandemie

Die Dienststelle für Gesundheitswesen war erneut stark in den Kampf gegen die Pandemie eingebunden. Die Anpassung der Impfkapazitäten stellte das ganze Jahr über eine grosse Herausforderung dar. Darüber hinaus war die Koordination mit den Gesundheitsdienstleistern (Spitäler, Kliniken, APH, Ärzte, Apotheken) intensiv, ebenso wie die Schritte zur Erhaltung der Kapazitäten, die für das Contact Tracing, die Informationshotline, das Testen und die Ausstellung von Covid-Zertifikaten sowie für die Testkapazitäten erforderlich sind.

Unterstützung von Familien und Haushalten in bescheidenen Verhältnissen

Trotz der angekündigten Senkung der Krankenkassenprämien wurde beschlossen, die Höchstgrenzen für die individuellen Prämienverbilligungen zu erhöhen und eine Stufe einzufügen, um im Jahr 2022 rund 84'000 Personen zu unterstützen, also gleich viele wie im Jahr 2021. Zudem wurden die Beträge, die aus dem kantonalen Familienfonds ausbezahlt werden, erhöht.

Stärkung der ambulanten Notfallpsychiatrie für Jugendliche

Die Covid-19-Pandemie und die damit einhergehenden Einschränkungen haben sich stark auf die psychische Gesundheit der Bevölkerung ausgewirkt, ganz besonders auf Jugendliche und junge Erwachsene. Das DGSK hat das Spital Wallis aufgefordert, die psychiatrische Unterstützung für Jugendliche und junge Erwachsene auszubauen. Hierzu wurde ab Mitte August ein Pilotprojekt gestartet, das der Altersgruppe der 14- bis 24-Jährigen helfen sollte, diese schwierige Zeit zu überstehen.

Zukunft des Standorts Malévoz

Am 1. September 2021 hat der Staatsrat die Zusammensetzung der Kommission beschlossen, die Empfehlungen für die Zukunft des Spitalstandorts Malévoz abgeben soll. Sie setzt sich aus Vertretern des DGSK, des Spitals Wallis und der Gemeinde Monthey zusammen und wird sich auf eine Expertengruppe stützen.

Umsetzung des Gesundheitsgesetzes

Infolge des Inkrafttretens des neuen Gesundheitsgesetzes am 1. Januar 2021 wurden mehrere Verordnungen ausgearbeitet. Darunter legt die Verordnung über die Beaufsichtigung der Gesundheitsberufe die Regeln für die Arbeitsweise der beratenden Aufsichtskommission der Gesundheitsberufe (BAKGB) und der Beschwerdestelle fest.

Weitere Beispiele sind die revidierte Verordnung über das Passivrauchen, die revidierte Verordnung über die Betriebsbewilligungen für Gesundheitsinstitutionen sowie die revidierte Verordnung über die vom Staat delegierten Tätigkeiten im Gesundheitswesen.

Im Rahmen der Verordnung über die Regulierung der medizinisch-technischen Grossgeräte erstellte der Staatsrat ein Inventar der medizinisch-technischen Grossgeräte des Kantons und prüfte im Anschluss an die Stellungnahme der Evaluationskommission zwei Anträge auf Installation neuer Geräte.

Planung der helikoptergestützten Rettung

Der Bericht zur Bedarfsermittlung wurde am 20. August 2021 in die Vernehmlassung geschickt. 22 Partner haben auf die Konsultation geantwortet, darunter fünf Helikoptergesellschaften. Der Schlussbericht wird dem Staatsrat im ersten Quartal 2022 zur Genehmigung vorgelegt. Anschliessend erfolgt eine öffentliche Ausschreibung.

Bereitstellung von Praktikums- und Ausbildungsplätzen

Das Gesetz über die Bereitstellung von Praktikums- und Lehrstellen für nicht-universitäre Gesundheitsberufe ist am 1. April 2021 in Kraft getreten. Die kantonale Evaluationskommission wurde eingesetzt und hat die Ausbildungsziele für den Studienbeginn 2022-2023 festgelegt.

Ärztliche Weiterbildung

Der Walliser Grossrat hat am 9. September 2021 die interkantonale Vereinbarung über die Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung ratifiziert. Diese soll eine zwischen den Kantonen gerechte Finanzierung sicherstellen. Parallel dazu begann Ende 2021 die operative Phase des Projekts « Réformer », das 2014 mit dem Ziel initiiert wurde, ein Instrument zur Regulierung der ärztlichen Weiterbildung in der Westschweiz zu schaffen.

Spital Wallis

Das Spital Wallis konnte Test- und Impfkapazitäten zur Verfügung stellen und gleichzeitig seinen Auftrag der stationären und ambulanten Versorgung erfüllen. Der Grundstein für die Fussgängerbrücke, die in Sitten den künftigen Pôle Santé mit dem Parkplatz Les Echutes verbindet, wurde gelegt. Am 22. Dezember 2021 wies das Bundesgericht die Beschwerde bezüglich des Gesuchs um aufschiebende Wirkung für den Standort Brig ab. Der Umbau und die Erweiterung des Spitalzentrums Oberwallis werden somit 2022 beginnen.

Spital Riviera-Chablais Waadt-Wallis

Die interkantonale Vereinbarung über das Spital Riviera-Chablais wurde im Anschluss an die Empfehlungen der verschiedenen Audits angepasst und am 10. Februar 2021 vom Grossen Rat verabschiedet. Der Walliser Staatsrat ernannte Sofia de Meyer zum Mitglied des Anstaltsrats, die damit zu Chantal Bochud Tornay und Stéphane Coppey als Vertreter des Staates Wallis stiess. Christian Moeckli wurde zum neuen Generaldirektor ernannt. Das HRC hat einen Plan zur Wiederherstellung des Gleichgewichts (CARE-Programm) mit drei Schwerpunkten erstellt, um die Organisation zu optimieren und bis 2026 ein finanzielles Gleichgewicht zu erreichen. Die ersten Ergebnisse sind ermutigend und entsprechen den Erwartungen.

Langzeitpflege

Im Laufe des Jahres wurden 81 neue Langzeitbetten zur Verfügung gestellt: elf im APH Christ-Roi in Lens, 24 im APH Tertianum les Marronniers in Martinach und 46 im APH Tertianum la Venise in Monthey. Die Arbeiten an der neuen Planung für die Langzeitpflege, die 2021 verabschiedet werden sollten, wurden aufgrund der Pandemie aufgeschoben und sollen so bald wie möglich wiederaufgenommen werden.

VERBRAUCHERSCHUTZ UND VETERINÄRWESEN

Radioaktivität in Lebensmitteln

Unsere Umwelt beeinflusst die Qualität der Lebensmittel, deshalb hat die Dienststelle für Verbraucherschutz und Veterinärwesen (DVSV) 2021 einen Schwerpunkt betreffend Radioaktivität in Lebensmitteln gesetzt. Alle diesbezüglich erhobenen Proben entsprachen den gesetzlichen Vorgaben.

Inspektion der Schulkantinen, Kinderkrippen und Kindertagesstätten

Das Lebensmittelinspektorat hat letztes Jahr vermehrt Schulkantinen, Kinderkrippen und Kindertagesstätten untersucht. Hier ist es zu hohen Beanstandungsquoten gekommen. In den meisten Fällen handelte es sich nicht um grosse Mängel im Hygienebereich aber dennoch um Punkte wie fehlende Temperaturkontrollen und Rückverfolgbarkeit, fehlendes Material zur hygienischen Händereinigung oder abgelaufene Mindesthaltbarkeitsdaten.

Onlinehandel

Der Onlinehandel wird immer wichtiger. Dies hat zu Anpassungen in der nationalen Lebensmittelgesetzgebung geführt und dementsprechend zu einem erheblichen Mehraufwand für die DVSV.

Tiergesundheit und Tierschutz

Nach einem Rückgang aufgrund der pandemischen Lage im Jahr 2020 stieg die Zahl der Meldungen im Bereich Tierschutz 2021 wieder an. Das kantonale Veterinäramt setzte sich weiterhin für das Wohlbefinden und die Gesundheit der Tiere ein, insbesondere durch die Umsetzung des eidgenössischen Programms zur Kontrolle der Geflügelhaltungen.

Im Bereich der Tiergesundheit begannen die Anstrengungen zur Bekämpfung der Bovinen Virusdiarrhoe (BVD) erste Früchte zu tragen. Gleichzeitig wurde den Schafhaltern, die bereit waren, die Moderhinke zu bekämpfen, Unterstützung in Form eines kantonalen Sanierungsprogramms angeboten, um die Situation vor der ab 2024 vorgesehenen obligatorischen Bekämpfung auf nationaler Ebene zu verbessern. Schliesslich lag der Schwerpunkt auch auf der Vorbereitung von Konzepten, um Krisensituationen wie ein grosses Seuchenereignis oder einen regionalen Mangel an praktizierenden Tierärzten besser bewältigen zu können.

SOZIALWESEN

Rechte von Menschen mit Behinderungen

Die Teilrevision des Gesetzes über die Rechte und die Inklusion von Menschen mit Behinderungen (GRIMB) ist vom Grossen Rat einstimmig genehmigt worden und tritt am 1. Januar 2022 in Kraft. Mit der Erteilung eines obligatorischen Charakters für die Inklusion kann gemäss Gesetz bei Ungleichbehandlungen aufgrund von Behinderungen der Rechtsweg beschritten werden. Das Wallis wird so zu einem der ersten Kantone nach Basel-Stadt, der den Menschen mit Behinderungen einklagbare Rechte gewährt.

Interkantonale Plattform meinplatz.ch

Die Leistungen der spezialisierten Institutionen im Wallis sind seit diesem Sommer auf der digitalen interkantonalen Plattform www.meinplatz.ch veröffentlicht. Dieses Instrument bezweckt die Förderung der Wahlfreiheit.

Ausbau und Modernisierung von La Castalie

Die mit 77 Millionen Franken veranschlagten Arbeiten für den Ausbau und die Modernisierung von La Castalie in Monthey haben begonnen und sollten im Herbst 2025 abgeschlossen werden. Die neuen Räumlichkeiten werden 25 Wohnplätze, 11 Plätze für Kurzaufenthalte und 35 Beschäftigungsplätze zusätzlich anbieten. Diese neuen Plätze garantieren ein Angebot, das mit dem kantonalen Bedarf und insbesondere mit den Bedürfnissen von Kindern und Erwachsenen mit kognitiven Beeinträchtigungen oder Mehrfachbehinderungen sowie ihren Familien übereinstimmt. Der Kanton Wallis finanziert als Eigentümer der Gebäude dieses Projekt.

Projekt « Die Gewächshäuser »

Das Projekt « Die Gewächshäuser » sieht die Entwicklung des Gartenbaugeländes am Standort Malévoz in Monthey vor. Dies soll unter anderem durch die Errichtung eines Permakultur-Gartens und einer Marmeladenverarbeitung geschehen. Die Dienststellen für Sozialwesen und Kultur arbeiten zusammen mit der Dienststelle für Immobilien und Bauliches Erbe, dem Spital Wallis und dem Verein Quartier Culturel an diesem Projekt. Die Anwesenheit von Arbeitsagogen ermöglicht das Anbieten von Plätzen für die berufliche Wiedereingliederung. Die seit über zehn Jahren mit diesem Standort verbundene kulturelle und psychiatrische Ausrichtung wird so mit einer sozialen Dimension ergänzt.

Betreuung der Asylsuchenden

Die vom Bund für die Integrationsagenda Schweiz (IAS) festgelegten Ziele gewähren den Kantonen eine Frist von sieben Jahren, um die bestmögliche sozialberufliche Eingliederung von Asylsuchenden zu erreichen. Um dies gewährleisten zu können, hat das Amt für Asylwesen (AfAW) für jeden Begünstigten ein Case Management aufgebaut.

Die Anzahl an Migranten ist leicht gestiegen und zudem sind die psychischen Gesundheitsprobleme immer ausgeprägter, was beim Betreuungspersonal zu einer starken Arbeitsbelastung führt.

Das AfAW setzt die Suche nach einer Kollektivunterkunft im Oberwallis, welche ebenfalls Familien aufnehmen kann, fort. Dieser neue Standort sollte es ermöglichen auch im deutschsprachigen Kantonsteil, den Anforderungen der IAS für den schnellen Erwerb von Sprachkenntnissen gerecht zu werden. Gleichzeitig bereitet sich das AfAW wie vom Bund gefordert, auf einen grösseren Migrationsstrom vor.

Spezialisierte Beratungen bezüglich häuslicher Gewalt

2021 ist ein der Opferhilfeberatung gewidmetes Pilotprojekt für gewaltbetroffene Kinder gestartet worden. Für den französischsprachigen Kantonsteil ist ein Opferhelfemitarbeiter angestellt worden, um auf die spezifischen Bedürfnisse der Kinder reagieren zu können. Das für das Oberwallis an den Verein Unterschlupf übertragene Mandat ist ebenfalls angepasst worden. Ausserdem ist in Siders eine Abteilung für Gewaltmedizin geschaffen worden. Sie bietet zweisprachige Fachberatungen an, die für die Begünstigten einen Raum zum Zuhören und eine klinische Untersuchung sowie eine Weiterverweisung innerhalb des Walliser Netzwerkes zur Unterstützung von Opfern (Opferhilfe-Beratungsstelle, Notaufnahmeeinrichtungen, Polizei, sozialmedizinische Zentren und andere) gewährleisten.

Gesetz über die Eingliederung und die Sozialhilfe

Das neue Gesetz über die Eingliederung und die Sozialhilfe ist am 1. Juli 2021 in Kraft getreten. Das Gesetz ermöglicht die Anpassung des Systems an die unlängst durchgeführte Regionalisierung in fünf sozialmedizinische Zentren und stellt damit eine zeitgemässe Betreuung der Leistungsempfänger sicher.

Kantonale Seniorenpolitik

Die neue kantonale Seniorenkoordination hat sich mit der Anstellung von zwei Mitarbeiterinnen bei der Dienststelle für Sozialwesen konkretisiert. Ein Konzept Generationen 60+ ist in Vorbereitung.

Gesetz über das Inkasso und die Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen

Die neue Gesetzgebung für das Inkasso und die Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen wird ab dem 1. Januar 2022 ermöglichen, die Massnahmen auf die besonders gefährdeten Personen zu konzentrieren, indem höhere Vorschüsse gewährt und die Eintreibung von nichtbezahlten Alimenten bei den Schuldnern erleichtert werden.

Wohnhilfe

Der Verein Immo-Solidaire hilft seit 2012 Menschen in prekären Lebenssituationen bei der Suche nach Wohnungen, indem er für Mietverträge bürgt. Bereits vom Kanton und von einigen Gemeinden beauftragt, wird er sein Leistungsangebot künftig auf das gesamte Kantonsgebiet ausweiten.

Bericht über die soziale Situation im Wallis

Das DGSK hat das Büro Bass mit der Verfassung eines Berichtes über die Armut im Wallis beauftragt. Dies ist eine Premiere für den Kanton. Er gibt einen Überblick über die soziale Lage im Kanton in Form von statistischen Daten und einer Bilanz zur Sozialpolitik.

GLEICHSTELLUNG UND FAMILIE

Prävention von häuslicher Gewalt

Die Prävention von häuslicher Gewalt bei Jugendlichen ist von grösster Bedeutung. Dies ist das Ziel der zweisprachigen pädagogischen Ausstellung «[Stärker als Gewalt](#)», die spezifisch für Jugendliche und junge Erwachsene in der Ausbildung konzipiert wurde. Die Ausstellung wurde 2021 in Brig, Siders und Monthey gezeigt (Martinach und Sitten folgen 2022). Sie wurde von zahlreichen Schulklassen der Sekundarstufe II besucht. Die Schülerinnen und Schüler wurden von Fachpersonen, die mit häuslicher Gewalt zu tun haben, durch die Ausstellung geführt (Polizei, Opferhilfeberatungsstelle, SIPE-Zentren, Amt für Kinderschutz, spezialisierte Vereine).

Um die Statistiken zu häuslicher Gewalt im Wallis zu verbessern, hat das Kantonale Amt für Gleichstellung und Familie (KAGF) das Walliser Gesundheitsobservatorium (WGO) damit beauftragt, ein künftiges Register zu erstellen und das Monitoring der Opfer und Täter zu verbessern.

Umfrage zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie

In Zusammenarbeit mit Pro Familia wollte das KAGF die Massnahmen der Walliser Unternehmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie erfassen. Nach den Studien von 2009 und 2014 wird für 2022 eine neue Bestandsaufnahme der Rahmenbedingungen zur Unterstützung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die in den Unternehmen des Kantons existieren, erwartet.

Frauen und Politik

Um das 50-Jahr-Jubiläum des Frauenstimmrechts zu feiern, hat das KAGF zusammen mit dem Staatsarchiv Wallis und der Mediathek Wallis-Sitten die Ausstellung «[Der Weg zur Bürgerin](#)» organisiert. Im Zeughaus von Sitten wurden die verschiedenen Etappen bis zum Erlangen des Frauenstimmrechts im Wallis aufgezeigt und die Pionierinnen vorgestellt, die sich dafür eingesetzt hatten, dass die Frauen zur Urne gehen können. Parallel dazu wurden unter dem Titel «[Endlich Staatsbürgerinnen!](#)» mit der Mediathek 13 monatliche Treffen organisiert, um den Aufstieg der Frauen zu Bürgerinnen in Erinnerung zu rufen, aber auch um die Frauen zu Wort kommen zu lassen, die sich politisch engagieren.

Bei den kantonalen Wahlen vom März hat die Zahl der weiblichen Abgeordneten von 25 auf 45 zugenommen, was einen Prozentsatz von 34.6 % Frauen im Parlament ausmacht (gegenüber 19.2 % in der vorangehenden Legislaturperiode).

ARBEITNEHMERSCHUTZ UND ARBEITSVERHÄLTNISSE

Kontrollen der Einhaltung der Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie

Die Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Arbeitsverhältnisse (DAA) hat sich stark an der Unterstützung und Überprüfung der Einhaltung der Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie in den Unternehmen beteiligt (Schutzpläne).

Neue Instrumente zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und unlauterem Wettbewerb

Die DAA hat ebenfalls zwei neue Tools implementiert, die ihre Massnahmen zur Bekämpfung von Schwarzarbeit und unlauterem Wettbewerb verstärken. Diese Massnahmen zielen darauf ab, den Schutz der Arbeitnehmer zu verbessern, die Kontrolle der Sozial- und Arbeitsbedingungen zu verstärken und die Gleichbehandlung zwischen den Unternehmen zu gewährleisten.

BKMS ist ein Tool, das es der Öffentlichkeit ermöglicht, auf anonymer Basis alle relevanten Informationen über mutmasslichen Betrug bei Sozialversicherungen und Steuern, im Ausländerrecht oder bei der Nichteinhaltung von Gesamtarbeitsverträgen zu melden und an die zuständigen Behörden weiterzuleiten.

In den ständigen Listen werden die Unternehmen aufgeführt die berechtigt sind, erleichtert am öffentlichen Beschaffungswesen teilzunehmen. Mit der Online-Schaltung der Webseite «LP+» wurde der Verwaltungsaufwand für Unternehmen, die darin aufgeführt werden möchten, verringert. Eine Vollmacht berechtigt nunmehr die DAA, die notwendigen Kontrollen durchzuführen.

BETREIBUNGS- UND KONKURSWESEN

Reorganisation

Die Dienststelle für Betreibungs- und Konkurswesen ist mit ihrer Reorganisation vorangeschritten: Umzug in neue Räumlichkeiten, Fusionen von einzelnen Betreibungsämtern, Trennung des Konkursbereichs, Fusion der Informatiksysteme, Ernennung und Versetzung von Mitarbeitern in die Konkursämter, Verwaltung der finanziellen Aspekte aufgrund der Änderungen in der Buchhaltung und bei den Finanzpartnern. Die Reorganisation wird ohne zusätzliches Personal durchgeführt.

Der erste Teil «Oberwallis» ist seit dem 1. Juni 2021 abgeschlossen. Die zweite, das Unterwallis betreffende Etappe, wurde in der zweiten Hälfte des Jahres durchgeführt und ist per 1. Januar 2022 in Kraft getreten. Die dritte Etappe, für das Mittelwallis, ist für Mai 2022 vorgesehen. Die beiden geplanten Standortwechsel sind abgeschlossen: Am 6. September 2021 für das Oberwallis und am 18. Oktober 2021 für die Schliessung des Amtes St-Maurice. Die Fusion der Informatiksysteme wird nach Verfügbarkeit der Lieferanten durchgeführt.

Informatikprojekte

Die Einführung des elektronischen Dokumentenverwaltungssystems im Betreibungsbereich ist für 2022 geplant. Die Digitalisierung einiger Betreibungsdokumente vereinfacht die Umsetzung der Telearbeit und verringert den Archivierungsaufwand. Weitere Schritte in Richtung Digitalisierung werden folgen.

Aufgrund der Pandemie ist die Lage angespannt und Konflikte mit Schuldner häufen sich. In Zusammenarbeit mit der kantonalen Dienststelle für Informatik wird derzeit ein Alarmsystem für die Mitarbeiter getestet.

KULTUR

Bewahren

Durch ihre Abteilung für Kulturerbe hat die Dienststelle für Kultur die Anträge um Aufnahme in die Liste des immateriellen Kulturerbes der Unesco für zwei Schweizer Traditionen mitgetragen: Die Alpsaison und traditionelle Bewässerung (Projektleitung durch Österreich).

Das Staatsarchiv hat nahezu 80 neue Eingänge verzeichnet, namentlich die Archive der «Tour de Romandie».

Durch den grossen Einsatz der Mediathek Wallis wurden alle Daten (Bibliographien und Benutzer) auf ein neues, effizienteres Open-Source-Verwaltungsprogramm migriert. Dieses wird vom RERO betreut, dem Schweizer Kompetenzzentrum für Bibliotheken.

Fördern

Das von Wirtschaft und Kultur gemeinsam finanzierte neue Unterstützungsprogramm «Film Location Valais» wurde lanciert. Es soll das Wallis als Filmdrehort attraktiv machen, dadurch zusätzliche wirtschaftliche Auswirkungen generieren und zur Professionalisierung des Filmbereichs im Wallis beitragen.

Um die Künstler angesichts der Pandemie bestmöglich zu unterstützen, wurden spezifische Unterstützungsmassnahmen geschaffen. Neben den 2020 lancierten Forschungsstipendien wurden Fördermassnahmen für Nachwuchskünstler eingerichtet, die in jüngster Zeit ihr Diplom erlangt haben.

Um für Jugendliche einen Anreiz zu schaffen, das Kulturangebot im Wallis und den umliegenden Regionen zu entdecken, hat der Kanton den 3'300 jungen Menschen, die im Jahr 2021 ihre Volljährigkeit erlangt haben, das Kultur-GA geschenkt.

Ehren

Der Kultur- und Wirtschaftspreis, der von den gleichnamigen Departementen finanziert wird, wurde dem Palp-Festivals verliehen. Die Kulturpreise des Kantons Wallis wurden am 5. November im Theater Les Halles in Siders überreicht. Mit dem Kulturpreis 2021 des Kantons Wallis wurde der Philosoph Alexandre Jollien ausgezeichnet, der Spezialpreis ging an Werner Bellwald, Historiker, Ethnologe und Ausstellungsmacher. Mit den Förderpreisen wurden die Schauspielerin und Regisseurin Jennifer Skolovski, die Fotografin Aline Fournier und der Regisseur Tristan Aymon bedacht.

Aufwerten und Begegnungen fördern

Trotz Covid konnten mehrere Ausstellungen des Staatsarchivs, der Mediathek Wallis und der Museen stattfinden. Namentlich : Ritz. Heute; Singzikaden, geheimnisvolle Sänger; Die Erdbeben von 1946; Patois-LAND und Der Weg zur Bürgerin (Frauenstimmrecht). Am 4. und 5. September wurden mehrere Stelen von Sitten im Pénitencier gezeigt, bevor sie dann im Landesmuseum im Rahmen der Ausstellung «Menschen, in Stein gemeisselt» präsentiert wurden. Schliesslich hat die Kantonale Archäologie die App «Ice Watcher» lanciert, die darauf abzielt, die von der Eisschmelze hinterlassenen Überreste zu melden.

Kultur und Covid

Seit März 2020 ist die Dienststelle für Kultur mit der Verwaltung der Gelder beauftragt, die von Bund und Kanton zur Entschädigung der Kulturunternehmen und -akteure vergeben werden. Seit 2021 werden zudem die Freischaffenden entschädigt und Transformationsprojekte finanziert, das heisst Vorhaben, die eine Umstrukturierung von Kulturunternehmen unterstützen oder darauf abzielen, neue Publikumssegmente zu gewinnen.

Ausserdem hat der Kanton Wallis weitere spezifische Massnahmen getroffen: Finanzierung der restlichen 20 %, sodass Kulturorganisationen und -akteure eine 100-prozentige Covid-Kultur-Entschädigung erhalten, Pauschalhilfe für Künstler mit einem monatlichen Einkommen unter 2'300 Franken, Unterstützung von Chor- und Orchesterleitern, Gesangs- und Musikvereinen sowie Organisten.

Auch die kantonalen Institutionen haben während der Pandemie verschiedene spezifische Projekte ins Leben gerufen, beispielsweise waren junge Künstler im Kunstmuseum zu Gast: Marc Aymon und Jérémie Kisling verbrachten in der Ausstellung «Destination Sammlung» der Kantonsmuseen zwei Schreibaufenthalte, die Mediathek Wallis bietet «click and collect»-Dienstleistungen an und ausserdem wurden zahlreiche Online-Veranstaltungen (Filme, Podcasts) geboten.

Erwähnenswert ist ausserdem, dass das Geschichtsmuseum während der Pandemie höhere Besucherzahlen erzielte hat als in den Jahren davor, ein erfreuliches Zeichen in Erwartung des kulturellen Wiederaufschwungs und einer Normalisierung der Gesundheitslage.



EIN JAHR GEZEICHNET VON DER PANDEMIE UND DEREN FOLGEN

2021 stand ein weiteres Mal die Bewältigung der Covid-19-Pandemie zuoberst auf unserer Sorgenliste, sei dies im Bereich der Wirtschaft oder der Bildung. Alternierend zwischen Krisen- und Beruhigungsphasen setzte das Departement für Volkswirtschaft und Bildung (DVB) alles daran, seine Arbeit so normal wie möglich fortzusetzen.

Dank dem Engagement der Lehrpersonen und Direktionen aller Schulstufen sowie den betroffenen Dienststellen verlief das Schuljahr 2020/2021 wieder ruhiger, obwohl es von Massnahmen wie der Maskenpflicht ab der Orientierungsschule oder durch Quarantänen und Isolationen von Schülerinnen und Schülern, Lernenden oder Lehrpersonen gezeichnet war. Ob im Präsenzunterricht für die obligatorische Schule und die allgemein- und berufsbildende Sekundarstufe II oder teilweise im Fernunterricht für die Tertiärstufe, die pädagogische Beziehung konnte aufrechterhalten und das Wissen in einem gesicherten Rahmen übermittelt werden.

Die Walliser Wirtschaft wurde durch die verordneten Schliessungen stark in Mitleidenschaft gezogen. Zahlreiche Unternehmen wurden hart getroffen und standen ohne Einnahmen da. Es war unerlässlich, rasche und gezielte Massnahmen zu ergreifen, um sie zu unterstützen und ihnen dabei zu helfen, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Seit Anbeginn der Krise wurden rund 210 Millionen Franken kantonale Hilfsgelder an Walliser Unternehmen ausgeschüttet.

Ungünstige Wetterbedingungen, Krankheiten, die magerste Weinernte seit Menschengedenken, Angriffe von Grossraubtieren: 2021 blieb der Walliser Landwirtschaft nichts erspart. Um diese Schwierigkeiten zu bewältigen, konnten die Produzenten auf das Engagement des DVB zählen, das Hilfsmassnahmen zur Verfügung stellte.

Das Wallis ist noch im Schrittempo der Pandemie gefangen und trotzdem müssen wir bereits an morgen denken. Nicht nur, um aus der Krise herauszukommen, sondern auch um eine Zukunft mit einer innovativen und qualitativ hochwertigen Wirtschaft, Landwirtschaft und Walliser Schule ins Auge fassen zu können. Ein Wallis gestärkt durch die Erfahrungen während dieser Krise.



Foto: © Pascal Geretschen

Christophe Darbellay
Staatsrat

WIRTSCHAFT, TOURISMUS UND INNOVATION

Unterstützung der Unternehmen

Die gesundheitliche Lage wirkte sich weiterhin auf mehrere Wirtschaftsbereiche aus. So folgte ein Massnahmenpaket zur Unterstützung der Unternehmen auf das andere. Betriebe, die 2020 auf Verordnung schliessen mussten, konnten bis zu ihrer vollständigen Wiedereröffnung Anfang Juni 2021 Entschädigungen erhalten. Infolge der Total- oder Teilschliessungen zwischen dem 18. Januar und 28. Februar 2021 unterstützte der Kanton die direkt betroffenen Geschäfte. Die als Härtefall eingestufteten Unternehmen aus der Event-, Reise- und Freizeitbranche erhielten zusätzliche Hilfgelder, die durch das Bürgschafts- und Finanzzentrum (CCF AG) bearbeitet wurden. Schliesslich wurde eine finanzielle Unterstützung an Unternehmen verteilt, die einen Umsatzverlust von mindestens 30 % verzeichneten. Durch diese verschiedenen Massnahmen bezahlte der Staat Wallis rund 210 Millionen Franken an die Walliser Wirtschaft aus.

Wirtschaftsförderung Wallis

Die Walliser Wirtschaftsförderung präsentiert sich mit dem neuen Namen «Wirtschaftsförderung Wallis» in neuem Kleid. Mit der neuen Identität gehen auch eine neue [Internetseite](#) und eine neue Kommunikationsstrategie einher.

Neue Regionalpolitik

Das kantonale Programm zur Umsetzung der Neuen Regionalpolitik 2020–2023 hat sich 2021 wie geplant weiterentwickelt. Auch wurden Tourismusprojekte in den Bereichen Innovation, Kooperation zwischen Akteuren, Digitalisierung der Wirtschaft und Errichtung von Bergbahn-Infrastrukturen unterstützt. Fast 4,5 Millionen Franken für A-fonds-perdu-Hilfen und 10,3 Millionen Franken für Darlehen wurden hierfür eingesetzt.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

2021 unterstützte der Kanton 35 grenzüberschreitende Projekte im Rahmen der europäischen Programme Interreg Frankreich-Schweiz, Italien-Schweiz, Alpenraum und Alcotra. In diesem Jahr wurde ebenfalls das dreissigjährige Jubiläum der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Espace Mont-Blanc (Frankreich, Schweiz, Italien) gefeiert.

Digitale Initiativen (Digitourism)

Das Programm [Digitourism](#), das die Digitalisierung der Walliser Tourismusunternehmen fördern soll, läuft seit knapp einem Jahr und ist bereits ein Erfolg. Mehrere hundert Unternehmer wurden sensibilisiert, während rund 70 bereits gezielte finanzielle Unterstützung erhalten haben.

Innovation und Campus Energypolis

Die Ansiedlung der Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne (EPFL) im Wallis übersteigt alle anfänglichen Erwartungen, denn statt der geplanten 150 Forschenden belegen nun fast 220 die Räumlichkeiten der EPFL Valais Wallis auf dem Campus Energypolis. Mehr als zwei Drittel leben im Wallis. Ihre Forschungsarbeiten werden in der ganzen Welt gelesen und zitiert. So positionieren sie die EPFL und das Wallis in den vordersten Rängen der weltweiten Ranglisten.

Die Hochschule für Ingenieurwissenschaften und die Zentralen Dienste der HES-SO Valais-Wallis sind zum Campus Energypolis gestossen und haben sich in den Gebäuden an der Rue de l'industrie 19, 21 und 23 in Sitten niedergelassen.

Das Walliser Parlament hat einer Bürgerschaft in Höhe von 13'765'000 Franken zugunsten der HES-SO Valais-Wallis für den Bau der Räumlichkeiten für die Spark Sport & Performance AG im Gesundheitszentrum am Standort des Spitals Wallis in Sitten zugestimmt.

Der Bau der neuen Gebäude von BioArk in Visp und Monthey ist abgeschlossen. Die Räumlichkeiten werden fast ausschliesslich von Start-ups und Unternehmen eingenommen, die im Bereich der Biotechnologie aktiv sind.

Öffentliches Beschaffungswesen

Die gesetzgeberischen Arbeiten zu den kantonalen Rechtsvorschriften für den Beitritt zur neuen interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen wurden 2021 fortgesetzt. Zu Beginn des Jahres wurde der Gesetzesvorentwurf in die Vernehmlassung geschickt. Gleichzeitig hat der Rechtsdienst für Wirtschaftsangelegenheiten (RDWA) einen ersten Entwurf der Verordnung ausgearbeitet und hierfür die zuständige ausserparlamentarische Kommission miteinbezogen. Das parlamentarische Verfahren könnte 2022 im Laufe des Jahres eingeleitet werden.

2021 führte der RDWA Verfahrenskontrollen in Zusammenhang mit dem öffentlichen Beschaffungswesen bei den Gemeinden, einer kantonalen Dienststelle und anderen öffentlichen Auftraggebern durch.

Der RDWA hat zudem eine [Vergabestatistik 2020](#) der Kantonsverwaltung erstellt. Wie jene der Vorjahre kann sie auf der [Internetseite](#) des Kantons Wallis eingesehen werden.

Bäuerliches Bodenrecht

2021 behandelte der RDWA 2261 Dossiers in Anwendung der Gesetzgebung über das bäuerliche Bodenrecht.

LANDWIRTSCHAFT

Ein schwarzes Jahr für die Landwirtschaft, die mehr Unterstützung denn je benötigt

Frost, Dauerregen, Krankheiten, Schädlinge, Hagel, Grossraubtiere: 2021 wurde die landwirtschaftliche Produktion in all ihren Tätigkeitsbereichen nicht verschont. Im April waren vor allem die Aprikosen-Kulturen stark vom Frost betroffen. Schätzungsweise gingen mehr als 70 % einer normalen Ernte verloren. Im Juli verursachten wiederholte Regenfälle eine noch nie dagewesene Entwicklung des Falschen Mehltaus, was die magerste Weinernte seit 1966 mit nur 22,7 Millionen Kilogramm eingekellerten Trauben zur Folge hatte. Während der Sömmerung töteten Wolfsangriffe 336 Nutztiere und erhöhten dadurch den Druck auf die Züchterinnen und Züchter. Das Departement für Volkswirtschaft und Bildung durch seine Dienststelle für Landwirtschaft (DLW) verpflichtete sich gegenüber allen Landwirten, damit diese mehr Unterstützung denn je erhielten. Der Schweizerische Fonds für Hilfe bei nicht versicherbaren Elementarschäden bewilligte eine ausserordentliche Beteiligung in Höhe von fast einer Million Franken für die als Härtefälle eingestuften Aprikosenproduzenten. Ergänzt wurde diese Hilfe mit einer Unterstützung des kantonalen Fonds für Hilfe für Betroffene von nicht versicherbaren, durch Naturgewalten hervorgerufenen Schäden. Der Grosse Rat verabschiedete ein Ergänzungsbudget von einer Million Franken für die Umsetzung neuer Massnahmen im Rahmen des Herdenschutzes. Und schliesslich nahm er ein dringliches Postulat an, das die Verdoppelung der Direktzahlungen an die Winzer in Höhe von 14 Millionen Franken verlangte.

Kantonale Strategie für die Absatzförderung von Agrarerzeugnissen

Der Staat Wallis hat eine kantonale Strategie für die Absatzförderung von Agrarerzeugnissen für die Legislaturperiode 2021-2024 verabschiedet. In diesem Rahmen wurde im September der digitale Marktplatz für die Gemeinschaftsgastronomie, RegioFoodVS, offiziell lanciert. Diese Strategie, die in Zusammenarbeit mit den landwirtschaftlichen Branchenverbänden und Valais/Wallis Promotion umgesetzt wird, inspirierte auch die wenigen Anlässe, die trotz der sanitären Einschränkungen stattfinden konnten wie der «Espace d'Ici» an der «Foire du Valais» und die neue Walliser Präsenz am «Salon Goûts et Terroirs» in Bulle. Die Walliser Landwirtschaftsschule

hat zudem Workshops zu Regionalprodukten durchgeführt. Es handelt sich hierbei um eine Serie von Kursen für die breite Öffentlichkeit, die von Fachleuten aus unterschiedlichen Bereichen geleitet werden.

Neue Schutzmassnahmen für natürliche Ressourcen

Dem Boden, der Luft und dem Wasser wird immer mehr Aufmerksamkeit geschenkt. Seit Juni arbeitet die Dienststelle für Landwirtschaft im neuen Kompetenzzentrum Boden-Wallis eng mit der Dienststelle für Umwelt und der Dienststelle für Raumentwicklung zusammen. Das Hauptziel ist der Schutz von 7350 Hektaren Fruchtfolgeflächen, die das beste Kulturland des Kantons darstellen. Die DLW ist auch stark an der Umsetzung der beiden Aktionspläne Bio und der Reduzierung des Einsatzes von synthetischen Pflanzenschutzmitteln (PSM) beteiligt. In Zusammenarbeit mit der Walliser Obst- und Gemüsebranchenorganisation und mit der Unterstützung des Bundes lancierte sie das Projekt ArboPhytoRed 2021-2026, das den Einsatz von PSM im Anbau von Stein- und Kernobst um mindestens 30 % reduzieren will, ohne dabei Abstriche beim Ertrag oder der Qualität zu machen. Ein ähnliches Projekt wurde in Zusammenarbeit mit anderen Kantonen für den Weinbau lanciert.

INDUSTRIE, HANDEL UND ARBEIT

Entwicklung der Lage auf dem Arbeitsmarkt

Die durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen sank im Wallis auf 5756 (-902). Die kantonale Arbeitslosenquote verringerte sich um 0,5 Prozentpunkte auf 3,2 %. Die regionalen Arbeitslosenquoten betragen: 1,3 % (-0,7 Prozentpunkte) im Oberwallis, 3,7 % (-0,5 Prozentpunkte) im Mittelwallis und 4,0 % (-0,3 Prozentpunkte) im Unterwallis. Die schweizerische Arbeitslosenquote sank um 0,1 Prozentpunkt auf 3,0 %.

In den ersten beiden Monaten des Jahres 2021 waren die negativen Auswirkungen der Gesundheitskrise mit 30-40 % mehr Arbeitslosen als zum Jahresbeginn 2020 stark zu spüren. Seit März konnte jedoch im Vergleich zu 2020 ein Rückgang der Arbeitslosigkeit beobachtet werden. Dies ist vor allem auf die zahlreichen Abmeldungen von Arbeitslosen aus dem Baugewerbe zurückzuführen, da die Wetterbedingungen eine relativ frühe Wiederaufnahme der Arbeit zuließen. Darüber hinaus erlebte der Kanton ab Mai 2021 eine echte Erholung der Wirtschaft. Dies war vor allem im Tourismus spürbar, der von den Lockerungen und danach von der vollständigen Aufhebung der Gesundheitseinschränkungen zum Sommerbeginn profitierte. Die epidemiologische Lage verschlechterte sich im Herbst, aber dank dem politischen Willen, einen erneuten Lockdown zu vermeiden, konnte die Arbeitslosenquote weiter sinken.

Kurzarbeitsentschädigung (KAE)

Nachdem die Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit (DIHA) 2020 fast 16'000 Kurzarbeitsgesuche bearbeitet hatte, erhielt sie im Laufe des Jahres 2021 etwa 7000 Kurzarbeitsgesuche, das heisst 56 % weniger. Dieser Rückgang bestätigt die Erholung der Wirtschaft im Laufe des Jahres. Mehr als die Hälfte der Gesuche stammt aus dem Gastgewerbe und dem Handel. Auf die Industrie und das Baugewerbe entfallen 8 % beziehungsweise 6 % der Kurzarbeitsgesuche im 2021.

Covid-Angel

Das Departement für Volkswirtschaft und Bildung durch seine Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit und der Verband der Walliser Bergbahnen (WBB) gingen für die Wintersaison 2020-2021 eine Partnerschaft ein, um den reibungslosen Ablauf der Skisaison zu gewährleisten. Das Projekt «Covid-Angel» verfolgte das Ziel, die Einhaltung und Anwendung der Präventionskonzepte gegen Covid-19 zu erleichtern. So wurden 103 Stellensuchende mit der finanziellen Unterstützung durch den Staat Wallis von den Bergbahnen angestellt. Aufgrund des Erfolgs dieser Partnerschaft wurde das Projekt für die Wintersaison 2021-2022 verlängert.

STIPENDIEN UND AUSBILDUNGSDARLEHEN

Gesetzliche Änderungen

Das Wallis gehört zu den 21 Kantonen, die bereits der interkantonalen Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen beigetreten sind. Durch die Vereinbarung werden die entsprechenden kantonalen Gesetzgebungen in wichtigen Fragen harmonisiert. Namentlich wurden die Berechnungsgrundsätze überarbeitet. Infolgedessen wurden das kantonale Gesetz über Stipendien und Studiendarlehen überarbeitet und eine neue Verordnung verabschiedet. Diese Gesetzesänderungen sind am 1. Juli 2021 in Kraft getreten.

Zuweisung von Stipendien und Studiendarlehen

2021 trat die kantonale Kommission für Stipendien und Studiendarlehen 8 Mal zusammen, um Stipendien und Studiendarlehen zu vergeben sowie Beschwerden und Erlassgesuche für Darlehen zu bearbeiten und den Entwurf für die Gesetzesänderungen zu prüfen.

Anzahl bearbeitete Gesuche je nach Ausbildung	Gesuche	Angenommen	Abgelehnt
Total der im 2021 eingereichten Gesuche	4'506		
In Erwartung der Bearbeitung	957		
Total bearbeitete Anträge	3'549	2'381	1'168
Obligatorische Schulee	35	18	17
Schulen zur Vorbereitung auf die gymnasiale Maturität	544	358	186
Andere allgemeine Ausbildungen	440	339	101
Berufsfachschulen in Vollzeit	263	170	93
Berufslehren	612	405	207
Berufsmaturitäten	50	25	25
Höhere Berufsbildung	120	77	43
Fachhochschulen	570	384	186
Universitäten und ETH	816	586	230
Weiterbildung	29	19	10
Nicht anerkannte Ausbildung – Rückzug – ausstehend	70	0	70
Gezahlte Beträge			
Ausbildungsdarlehen 2021	2.41 41 Millionen Franken		
Stipendien 2021	17.98 41 Millionen Franken		
Ausbildungsdarlehen per Ende 2021			
Anzahl Debitoren	1'954		
Betrag	18.33 Millionen Franken		

UNTERRICHTSWESEN

Obligatorische Schule

Das Schuljahr 2020/21 war wegen den durch die Pandemie auferlegten Massnahmen für alle Beteiligten schwierig. Um der ständigen Folge von Isolationen und Quarantänen Rechnung zu tragen, wurden die Noten der Schülerschaft annualisiert. Die Fortbildung sowie die Einführung neuer Lehrmittel konnten dank dem Engagement der Lehrpersonen und Schuldirektionen wie geplant durchgeführt werden.

Für eine bessere Berücksichtigung der neuen Realität wurden in der Dienststelle für Unterrichtswesen zwei Mitarbeiterinnen angestellt, um einerseits auf die Herausforderungen in Zusammenhang mit dem Schulklima einzugehen und so für ein besseres Zusammenleben in der Schule zu sorgen, und andererseits die Arbeit der Walliser Vertreter zu unterstützen und die Stimme des Kantons im Westschweizer Bildungsraum zu stärken, dem Ort, an dem die Entscheidungen zur Konkretisierung der Westschweizer Schulvereinbarung getroffen werden.

Das Amt für Sonderschulwesen musste zahlreiche zusätzliche Gesuche bearbeiten. Um für jede Situation eine Lösung zu finden, wurden in den Einrichtungen vier Klassen eröffnet. In der Regelschule wurden die integrativen Massnahmen verstärkt. Zwei Internate wurden auch an den Wochenenden und in den Ferien organisiert, um auf dringende Situationen reagieren zu können.

Allgemeinbildende Sekundarstufe II

Die für den Schulbeginn 2023 geplante Reform der Handelsmittelschule erforderte die Organisation einer Spezialausbildung für die betroffenen Lehrpersonen sowie die Einrichtung einer Arbeitsgruppe für die Überwachung der Umsetzung.

Die Fachmittelschulen haben ihr Reglement und ihren Stundenplan angepasst, um den von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) erlassenen Anforderungen zu entsprechen.

Im Gegensatz zum Vorjahr und trotz der Covid-19-Pandemie konnten die Abschlussprüfungen in allen Bildungsgängen stattfinden. Die Erfolgsquoten lagen im Bereich der Vorjahre.

Im Dezember 2021 kaufte der Staat für zehn Millionen Franken das Hauptgebäude des Kollegiums St. Maurice, das bis anhin im Besitz der Abtei war.

Kompetenzzentrum ICT-VS

Im ersten Quartal wurden zahlreiche Arbeiten erledigt, um die Unterstützung der Schulen im Rahmen der Pandemie zu gewährleisten. Die Plattformen, die nunmehr den Schulen zur Verfügung stehen, ermöglichen die Bewältigung von Quarantänen mit einer pädagogischen und administrativen Fernbetreuung.

Das digitale Arbeitsumfeld (DAU) ist der Ausgangspunkt, von dem aus die Benutzer auf alle pädagogischen Dienste zugreifen können. Nach einem ersten Einsatzjahr wurde der Übergang zum neuen Schuljahr für die rund 60'000 Profile im Sommer vollzogen. Erste Schritte zur Konsolidierung wurden unternommen, insbesondere die Stärkung der Plattformen und die Verbesserung der Arbeitsabläufe. Die Entwicklung des DAU setzt sich mit der Einführung mehrerer pädagogischer Hilfsmittel wie jenen bezüglich der Berufswahlvorbereitung oder des Infopasses sowie administrativen Hilfsmittel wie dem Onlineportal für Weiterbildungsanträge fort.

Unter Berücksichtigung der Gesundheitsschutzmassnahmen konnten die Fortbildungskurse zum Themenbereich Medien und Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) erneut durchgeführt werden.

Büro für Sprach Austausch (BSA)

Die Pandemie hatte 2021 Auswirkungen auf das Austauschprogramm, vor allem auf den Klassen- und Einzelaustausch. Das BSA zeigte sich kreativ und bot einen virtuellen Austausch sowie Unterstützung der individuellen Mobilität an. Für die Primarschule wurde ein neues Programm zusammengestellt, das vor allem aus Partnerschaften zwischen Schulklassen aus den beiden Sprachregionen unseres Kantons besteht. Die Mobilität auf Sekundarstufe II hat sich dank der Anstellung einer neuen Mitarbeiterin und der Zusammenarbeit mit den Rektoratsräten stark weiterentwickelt. Fünf junge Menschen mit einer abgeschlossenen Lehre nehmen am Programm Erasmus+ von Movetia teil, durch welches sie ein drei- bis zwölfmonatiges Praktikum in Europa absolvieren können.

Sport und Gesundheit

Die Pilotphase der Schneesport-Aktion, mit der das Ausüben von Skifahren, Snowboarden und Langlaufen in den Walliser Schulen während der obligatorischen Schulzeit gefördert werden soll, wurde im Winter 2020/21 lanciert.

Dank der finanziellen Unterstützung durch die Agenda 2030 konnten bereits Projekte verbunden mit Velofahren und dem Langsamverkehr realisiert werden. So wurden VELOBUS-Linien geschaffen, der «Energie»-Anhänger

der HES-SO für die Unterwalliser Orientierungsschulen angepasst und durch das Projekt VELOVE Schülerinnen und Schülern der 5H-8H ein Velo-Training ermöglicht.

Zur Stärkung des kantonalen Dispositivs zur Bekämpfung von sexuellem Missbrauch von Minderjährigen profitierten die Walliser Schulen der obligatorischen Schulzeit und der Sekundarstufe II seit Schulbeginn 2021/22 von zusätzlichen Interventionen der SIPE-Zentren (Sexualität, Information, Prävention, Erziehung).

BERUFSBILDUNG

Lehrverträge

Für das Schuljahr 2021/22 hat die Dienststelle für Berufsbildung (DB) 3712 Lehrverträge homologiert. Im Vergleich zu den Vorjahren wurden mehr Lehrverträge abgeschlossen. Dies hat einen Zusammenhang mit dem Bevölkerungswachstum, ganz allgemein mit der Anzahl Jugendlicher in Ausbildung, aber auch mit der starken Einbindung der Walliser Unternehmen. 2021 wurden 2963 Berufsabschlüsse in der Grundbildung ausgestellt, das heisst etwas mehr als im Vorjahr mit 2674.

Massnahmen in Zusammenhang mit Covid-19

Die DB definierte gemäss den Weisungen des Departements Massnahmen in Zusammenhang mit Covid-19, um die Fortführung der Kurse und des qualitativ hochwertigen Unterrichts für die Lernenden zu garantieren. Alle Kurse fanden statt.

Qualifikationsverfahren 2021

Basierend auf den Empfehlungen der Taskforce des Bundes konnten alle Abschlussprüfungen organisiert und trotz Pandemie durchgeführt werden. Alle Walliser Kandidatinnen und Kandidaten konnten unter Einhaltung der vom Bund definierten Gesundheitsschutzmassnahmen an den verschiedenen praktischen und theoretischen Berufsexamen teilnehmen. Die Erfolgsquote beträgt 90,6 %.

Anlauf- und Fachstelle Berufsbildung

Nach der Anstellung von zwei Mitarbeiterinnen für die Anlauf- und Fachstelle Berufsbildung für die Unterwalliser Lernenden, wurde noch ein Mitarbeiter für die Oberwalliser Lernenden angestellt. Seine Aufgabe ist es, Jugendliche mit Schwierigkeiten im Rahmen der Lehre und/oder bei persönlichen Problemen zu unterstützen.

Inspektorat

Die Berufsbildung passt sich der Realität der Wirtschaft an. Zurzeit werden die Berufe des Handels, des Detailhandels und von «Swissmem/Swissmechanic» überarbeitet. Um die Qualität der Ausbildung der Lernenden zu gewährleisten, stellte die DB einen neuen Inspektor an. Dieser soll die Unternehmen unterstützen und die Bildungsqualität der Walliser Jugend sicherstellen.

TERTIÄRE BILDUNG

Gesetz zur Standortbestimmung und Beteiligung der Standortgemeinden für die kantonalen Schulen der tertiären Stufe

Anlässlich seiner Session im Dezember 2021 verabschiedete der Grosse Rat den vom Staatsrat vorgelegten Entwurf, der nach einer dreijährigen Übergangszeit die gesetzliche Pflicht der Standortgemeinden aufhebt, sich an den Betriebskosten der tertiären Bildungs- und Forschungseinrichtungen zu beteiligen.

Modalitäten in Zusammenhang mit Covid-19

Infolge der Entscheide der Bundesbehörden legte der Staatsrat Modalitäten für den Zugang zu Unterrichts- und Forschungstätigkeiten im Präsenzmodus an den Schulen der tertiären Stufe fest. Diese Aktivitäten wurden auf Personen mit einem Covid-19-Zertifikat beschränkt. Für Personen ohne Covid-19-Zertifikat wurde eine kostenlose Teilnahme an gezielten und repetitiven Tests organisiert.

HES-SO und HES-SO Valais-Wallis

Der Regierungsausschuss der HES-SO erneuerte mit dem Rektorat die Zielvereinbarung 2021-2024. Die festgelegten Prioritäten betreffen die Verankerung im regionalen Gefüge, die Integration der nachhaltigen Entwicklung und der Digitalisierung in Bildung und Forschung, die Flexibilisierung des Bildungsangebots und die Entfaltung von Open Science.

Der Regierungsausschuss hat auch die Einführung eines neuen Studiengangs an der HES-SO Valais-Wallis ab dem akademischen Schulbeginn 2022 genehmigt: Bachelor in Informatik- und Kommunikationssysteme.

Reorganisation der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung

Infolge der Analyse der Organisation der Berufs- und Studienberatung beschloss der Staatsrat, die Ämter des Ober- und Unterwallis zusammenzulegen und dieses neue Amt von der Dienststelle für Berufsbildung (DB) in die Dienststelle für Hochschulwesen (DH) zu verlegen.

Diese Reorganisation und die Übertragung der Koordinationsaufgaben von Weiterbildungsangeboten mit Unternehmen und Fachleuten aus dem Bildungsbereich erforderte eine Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Berufsbildung und des Weiterbildungsgesetzes, welche der Grosse Rat in seiner Dezembersession 2021 verabschiedete.

JUGEND

Förderung und Unterstützung

Auf Initiative des Jugenddelegierten entstand eine departementsübergreifende Arbeitsgruppe mit externen Partnern, um über die Einrichtung einer «Jugend»-Plattform bezüglich der Rechte und Pflichten von Kindern und Jugendlichen nachzudenken.

Zentrum für Entwicklung und Therapie des Kindes und Jugendlichen (ZET)

Zwischen 2020 und 2022 wurde bei den Eltern, deren Kind über die einheitliche Anlaufstelle für eine Koordinationssitzung angemeldet wurde, eine Zufriedenheitsbefragung durchgeführt.

Das ZET arbeitet zudem in einer Arbeitsgruppe mit, die von der Dienststelle für Unterrichtswesen und der Pädagogischen Hochschule geleitet wird und ein kantonales Konzept im Bereich der Prävention und Intervention zum Thema Mobbing ausarbeitet.

Amt für heilpädagogische Frühberatung (AHFB)

Dem AHFB wurde eine leichte Erhöhung der Personalressourcen gewährt, da diese für die Bearbeitung einer steigenden Anzahl Gesuche erforderlich waren. Für die Heilpädagoginnen und Heilpädagogen wurde eine spezifische Fortbildung zum Thema «Autismus-Spektrum-Störungen (ASD)» auf die Beine gestellt.

Amt für Kinderschutz (AKS)

In mehr als 80 % seiner Arbeit ist das AKS im Auftrag der KESB, der Bezirksgerichte und des Jugendgerichts tätig. Das Amt sah sich mit einem deutlichen Anstieg der Mandate konfrontiert, die dringend bearbeitet werden mussten, sowie mit komplexen Fällen in einem schwierigen sozialen Umfeld, das stark von der Justiz geprägt ist.

Um dem Vermittlungsbedarf von Kindern mit familiären Schwierigkeiten gerecht zu werden, nahm das AKS an einer Westschweizer Kampagne für die Anwerbung neuer Pflegefamilien teil.

Nach den guten Ergebnissen im Rahmen des Pilotprojekts über die Einvernehmlichkeit der Eltern (Cochem) in Martinach wurde beschlossen, das Konzept im Januar 2022 auf die Bezirke St-Maurice, Martinach und Entremont auszuweiten.

Bereich Kleinkindbetreuung und Einrichtungen

Infolge des Inkrafttretens des Bundesgesetzes über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) konnten die Löhne im Bereich der familienergänzenden Betreuung aufgewertet werden.

ZWISCHEN WELLEN UND FLAUTEN

Zu dem Zeitpunkt, da ich diese Zeilen schreibe, befinden wir uns in der fünften Pandemiewelle. Das Departement für Sicherheit, Institutionen und Sport (DSIS) ist immer noch an vorderster Front im Einsatz, insbesondere vertreten durch die Kantonspolizei, den Zivilschutz oder das Kantonale Führungsorgan. Dies zeigt sowohl, wie wichtig es ist, in seinen Anstrengungen nicht nachzulassen, als auch die Bedeutung der Sicherheitskomponente. In dieser dramatischen Zeit möchte ich die enorme Arbeit würdigen, die nicht nur die Angestellten des DSIS, sondern auch unsere Milizkräfte – Feuerwehrleute, Zivilschutzpflichtige und andere – geleistet haben. Das Jahr 2021 bewegte sich zwar zwischen gefährlichem und ruhigerem Fahrwasser, eines ist jedoch sicher: Es war in jeder Phase von Engagement geprägt. Unter solchen Umständen ist es wichtig, dass alle an einem Strang ziehen.

2021 wurde von der Pandemie geprägt, dennoch wurden zahlreiche Projekte durchgeführt. Beispielsweise wurde die Kantonalisierung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) in die Wege geleitet. Dieses Projekt soll Anfang 2023 abgeschlossen werden und die Verwaltung der Dossiers der betroffenen Personen professionalisieren.

Der Höhepunkt des Jahres 2021 ist für mich jedoch mit unseren Bergen verbunden: Wir konnten die Patrouille des Glaciers retten! Ich bin stolz darauf, zum Weiterbestehen dieser Institution mit ihrer internationalen Ausstrahlung beigetragen und es geschafft zu haben, das Wesentliche wieder in den Mittelpunkt zu rücken: die Patrouilleure und die Liebe zum Sport. Ich wünsche der Patrouille des Glaciers, dass sie noch lange fortbesteht, und danke all jenen, die sich für sie eingesetzt haben und dies auch weiterhin tun!

Auch möchte ich hervorheben, dass die Dezentralisierungspolitik des Staates in meinem Departement umgesetzt wurde. So hat das Ausweiszentrum Visp nun seinen Betrieb aufgenommen und dasjenige in Monthey wird demnächst eröffnet. Dank diesem Grundsatz der Bürgernähe kommen wir den Bürgerinnen und Bürger entgegen, denn ihre Zeit ist kostbar.

Zwischen den Wellen und Flauten hat dieses Jahr gezeigt, dass schwierige und beschwerliche Zeiten auch dazu führen, dass alle ihr Bestes geben. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich selbst übertroffen, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen: das Wohl der Walliser Bevölkerung. Ihnen gilt mein aufrichtiger und herzlicher Dank.



Foto: © Pascal Geretschen

Frédéric Favre
Staatsrat

JURISTISCHE ANGELEGENHEITEN DER SICHERHEIT UND DER JUSTIZ

Kantonalisierung der KESB

Nach der Annahme der Änderung des Einführungsgesetzes zum Zivilgesetzbuch über die Kantonalisierung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) durch den Grossen Rat in der Dezembersession 2020, mussten Schritte unternommen werden, um die kantonalen KESB einzurichten.

Im ersten Halbjahr 2021 konzentrierte sich die Arbeit einer vom Staatsrat ernannten Arbeitsgruppe auf die Bestimmung der Sitze der KESB und die Festlegung der Grundlagen. Im Herbst wurden ein Steuerungsausschuss und ein Projektausschuss ernannt und die Sitze der künftigen KESB durch die Annahme der Verordnung zur Festlegung der Sitze der KESB offiziell bestätigt.

Analyse der Justizbehörden

Nach der Annahme von zwei Postulaten in der Junisession 2019 beauftragte der Grosse Rat den Staatsrat, eine vertiefte Analyse der Organisation der Walliser Justizbehörden durchzuführen. Im Auftrag des Staatsrates hielt das Unternehmen Ecoplan in Bern die hauptsächlichen und nachrangigen Verbesserungsmassnahmen fest, die am 16. Dezember 2021 den Medien vorgestellt wurden. Der Rechtsdienst für Sicherheit und Justiz (RDSJ) leistete dem Unternehmen Ecoplan wichtige administrative Unterstützung und nahm als Mitglied an den Sitzungen des Steuerungsausschusses und des Projektausschusses teil, die das Projekt begleiteten.

Covid-19 und Grossveranstaltungen

Da das DSIS als zuständige Behörde für die Genehmigung von Veranstaltungen mit mehr als 1000 Personen bestimmt wurde, war der RDSJ für die Prüfung der von den Organisatoren eingereichten Gesuche zuständig. Er nahm auch an den Sitzungen «Grossveranstaltungen» der Task Force teil.

Anwalts- und Notariatsgesetz

In der Septembersession 2021 nahm der Grosse Rat die Änderungen des Gesetzes über den Anwaltsberuf zur Vertretung von Parteien vor den Gerichtsbehörden (AnwG) an. Diese Änderungen betrafen insbesondere die Einführung eines Stellvertretungssystems für einen Anwalt, der aufgrund von Tod oder Krankheit nicht praktizieren kann, die zeitlichen Bedingungen für die Absolvierung des Anwaltspraktikums sowie das Bestehen der Abschlussexamina und die Zusammensetzung der Prüfungskommission. Um eine Kohärenz zwischen der Ausbildung von Anwälten und Notaren zu gewährleisten, wurde auch das Notariatsgesetz geändert.

STRAF- UND MASSNAHMENVOLLZUG

Elektronische Überwachung im Rahmen von häuslicher Gewalt

Um Opfer von häuslicher Gewalt und Belästigung besser zu schützen, wurden jüngst das Zivil- und Strafrecht angepasst. So können Zivilgerichte neu eine elektronische Überwachung anordnen. Dabei geht es namentlich darum, die Umsetzung und Einhaltung von Kontakt- und Rayonverboten zu gewährleisten. Die Dienststelle für Straf- und Massnahmenvollzug (DSMV) wird dafür zuständig sein, die elektronischen Überwachungsmassnahmen durchzuführen. Konkret handelt es sich um eine passive Überwachung ohne sofortige Intervention. Sie wird durch ein GPS-System gewährleistet, das Daten aufzeichnet, die nachträglich analysiert werden. Das dazu verwendete Gerät kann zwar nicht verhindern, dass gegen ein Verbot verstossen wird, es dient jedoch der Prävention und als Beweismittel.

Betreuungskonzept

Die Strafanstalt Crêtelongue steht kurz davor, die Strategie zur Begleitung von inhaftierten Personen in Richtung Wiedereingliederung anzupassen. Die Betreuung knüpft an die in der Strafanstalt bestehende Praxis an, berücksichtigt jedoch nun neue empirische Erkenntnisse im Bereich des stufenweisen Vollzugs, der Anerkennung von Leistungen und der sukzessiven Vorbereitung auf eine straffreie Lebensführung. Dabei handelt es sich um einen weiteren Schritt in Richtung Rückfallprävention. Die DSMV hat entsprechende Vorkehrungen getroffen, um den Austausch zwischen den verschiedenen zentralen Akteuren bei der Umsetzung des Konzepts zu erleichtern. Die gewünschte Wirkung besteht letztlich in einer grösseren Effizienz bei der Zusammenarbeit zwischen der Strafanstalt, den externen Partnern und den Behörden.

Vision 2030

Die Strafvollzugsstrategie «Vision 2030» konkretisiert sich über die laufenden Projekte auf dem Gelände der Gefängnisse Sitten und Crêtelongue. In Crêtelongue neigen sich die Rohbauarbeiten am Zellentrakt und am Nebengebäude dem Ende zu. Die Überlegungen zum Bau und der Sanierung der Werkstätten wurden finalisiert und vom Staatsrat angenommen. Das Projekt wird demnächst dem Grossen Rat vorgelegt. Im Gefängnis Sitten wurden der Ausbau und die Verstärkung der äusseren Sicherheit abgeschlossen. Das Erweiterungsprojekt, durch das die Strafanstalt zwei neue Sektoren erhalten soll, wurde in Angriff genommen. Der Abschluss der Arbeiten ist für 2023 geplant.

ZIVILE SICHERHEIT UND MILITÄR

Kantonales Führungsorgan (KFO)

Das KFO wurde vorrangig für die Bewältigung der Covid-19-Krise eingesetzt. Parallel dazu ist das KFO mit seinen Planungsaufgaben vorangekommen, indem Prioritäten basierend auf der Risikoanalyse 2019 des Kantonalen Risikoobservatoriums (KRO) gesetzt wurden.

Kantonales Amt für Zivilschutz (ZS)

Das ZS hat weiterhin die Gesundheitseinrichtungen bei der Covid-19-Bewältigung unterstützt. Trotz der Einschränkungen gelang es dem ZS, neue Schutzdienstpflichtige auszubilden. Das ZS wurde auch zur Unterstützung der Gemeindebehörden bei den Erdbeben in Raron und Obergoms eingesetzt.

Kantonales Amt für Bevölkerungsschutz (KABS)

Das KABS hat den Koordinationsplan für Hochwasser und Überschwemmungen der Rhone aktualisiert. Die Erdbebenkommission wurde eingerichtet und die Bilanz der Präventions- und Vorbereitungsarbeiten bezüglich Erdbebenrisiko erstellt. Die Übung SIMPIONE 21 wurde mit der SBB durchgeführt.

Kantonales Amt für Feuerwesen (KAF)

Wie im Jahr 2020 musste das KAF aufgrund von Covid seine Ausbildungsaktivitäten für Feuerwehrleute und kommunale Sicherheitsbeauftragte anpassen. Die Gemeinden haben Subventionen von mehr als 4.2 Millionen Franken für Feuerwehrlöcher, Fahrzeuge, Material und Einsatzrüstung erhalten.

Im Bereich des Brandschutzes wurden mehr als 1050 Vormeinungen erteilt, was einen Anstieg der zu bearbeitenden Dossier von 17% bedeutet. Darüber hinaus wurden über 3900 zurückerhaltene Feuerpolizei-Rapporte der zehn konzessionierten Kaminfegerunternehmen des Kantons mit einer Verfügung oder einem Hinweis auf die Einhaltung der Vorschriften belegt. Das KAF hat sich sehr für den Bau der künftigen kantonalen Alarmzentrale sowie für die Inbetriebnahme des Programms eConstruction engagiert.

Kantonales Amt für Militärwesen (KAM)

Das Kreiskommando verwaltete die Angehörigen der Armee des Kantons im Rahmen der zweiten Mobilmachung der Armee im Assistenzdienst. Die im Jahr 2020 wegen der Pandemie gestrichenen Informationstage wurden nachgeholt.

Die mit dem Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) unterzeichneten Logistik- und Infrastrukturleistungsverträge wurden neu angepasst.

INNERE UND KOMMUNALE ANGELEGENHEITEN

Kantonale Wahlen

Am 7. und 28. März 2021 haben die Walliserinnen und Walliser ihre Vertreter im Grossrat und im Staatsrat gewählt. Mehrere Neuerungen haben diese Urnengänge gekennzeichnet, insbesondere die (dreiwöchige) Frist zwischen den beiden Wahlgängen der Staatsratswahl, das Datum der konstituierenden Session des Grossrates (siebter Montag nach der Gesamterneuerung) sowie die Erstellung getrennter Wahlzettel für die Abgeordneten und die Suppleanten. Die Organisation, das Validierungsverfahren der Wahlen sowie die Auszählung der Grossratswahlzettel waren zufriedenstellend. Dies ermöglichte es dem Kanton, die Ergebnisse innerhalb einer sehr vernünftigen Frist zu veröffentlichen und zur Kenntnis zu nehmen, dass keine Beschwerde gegen die Gültigkeit der Wahlen eingereicht worden war.

Sicherheit der brieflichen Stimmabgabe

Als Folge des Wahlbetrugs, welcher die kantonalen Wahlen vom März 2017 überschattete sowie aufgrund von mehreren Interventionen im Grossen Rat, beschloss der Staatsrat die Sicherheit der brieflichen Stimmabgabe zu verstärken. So wurde ab der eidgenössischen Volksabstimmung vom 13. Juni 2021 die Gültigkeit der Stimmabgabe einer zusätzlichen Bedingung unterstellt: Neben der Unterschrift muss nun eine persönliche selbstklebende Etikette aufgeklebt werden. Diese Neuerung erforderte eine Änderung der Verordnung über die briefliche Stimmabgabe, welche von der Bundeskanzlei am 13. April 2021 gewährleistet wurde. Um das Risiko eines signifikanten Anstiegs der ungültigen Stimmzettel zu minimieren, haben der Kanton und die Gemeinden über diese Änderung umfassend informiert. Gemäss der am 28. November 2021 erfassten Ergebnisse, scheint dies Wirkung zu zeigen. Eine ausführliche Bestandsaufnahme wird im Verlauf des Jahres 2022 erfolgen.

Gemeindefinanzen

2021 kann als Meilenstein qualifiziert werden. Einerseits ist der im 2021 herausgegebene Bericht über die Gemeindefinanzen 2019 der Letzte, welcher die finanzielle Situation der Gemeinden gemäss dem harmonisierten Rechnungslegungsmodell HRM1 darlegt. Dieser bestätigt die derzeit sehr gute Finanzlage der Walliser Gemeinden. Eine Situation, die ebenfalls durch die Ergebnisse der Finanzkennzahlen des Hochschulinstituts für öffentliche Verwaltung und der Konferenz der kantonalen Aufsichtsstellen über die Gemeindefinanzen bestätigt wird.

Andererseits hat die Einführung des HRM2 die Sektion der Gemeindefinanzen (SGF) stark beansprucht. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Information sowie der Schulung von mehr als 500 Personen (Gewählte, Verwaltungsbeamte und Revisionsstellen) gewidmet.

KANTONSPOLIZEI

Bekämpfung von Covid-19

Die Kantonspolizei hat sich während des Jahres 2021 stark für die Bekämpfung gegen die Covid-19-Pandemie eingesetzt. Sie musste zahlreiche Aktionen und Kontrollen durchführen, um die Einhaltung der sanitären Schutzmassnahmen zu gewährleisten.

Sicherheitspolitische Herausforderungen

In Bezug auf die Kriminalitätsbekämpfung ist das Wallis gemäss den entsprechenden Bundesstatistiken weiterhin ein sicherer Kanton. 2021 wurde ein besonderes Augenmerk auf die Bekämpfung der Cyberkriminalität, der Betäubungsmittelkriminalität und der grenzüberschreitenden Kriminalität gelegt. Im Bereich der strategischen Dossiers des Polizeikorps wurde der Personalbestand, nachdem der Grosse Rat dies einstimmig angenommen hatte, um 40 zusätzliche Stellen verstärkt. So kann die Kantonspolizei neue sicherheitspolitische Herausforderungen angehen.

Zusammenführung der Notrufzentralen

Gleichzeitig schreiten die Arbeiten zur Zusammenführung der Notrufzentralen 117, 118 und 144 sowie die Arbeiten am neuen Rechenzentrum des Staates Wallis dank der ausgezeichneten Zusammenarbeit der verschiedenen Partner rasch voran.

Dieses Projekt ist von grosser Bedeutung für die kantonale Sicherheit, weil es namentlich dazu beiträgt, die Interventionseinsätze bei Katastrophen grösseren Ausmasses noch effizienter zu koordinieren.

Projekt Schiessanlage

Hervorzuheben ist, dass der Grosse Rat dem Bau einer Schiessanlage im Juni 2021 einstimmig zugestimmt hat. So kann die Lärmbelästigung spürbar reduziert und gleichzeitig die Schiessausbildung für die Polizistinnen und Polizisten optimiert werden.

Neues Zentrum für die Asservatenverwaltung

Auf dem bestehenden Gelände von Agroscope in Châteauneuf-Conthey entsteht 2024 ein neues Zentrum für die Asservatenverwaltung. Mithilfe dieser Infrastruktur können alle auf dem Kantonsgebiet beschlagnahmten und eingezogenen Gegenstände zentral verwaltet werden.

BEVÖLKERUNG UND MIGRATION

Zivilstand und Einbürgerungen

Im Jahr 2021 wurde E-Government im Bereich des Zivilstandwesens eingeführt, da die Bürger nun die meisten Urkunden online bestellen können. Dieses neue Instrument verbessert den Dienst für Bürgerinnen und Bürger.

Im Jahr 2021 hat der Kanton Wallis 779 Personen eingebürgert, davon 732 Ausländer und 47 Schweizer. Im Laufe des Jahres 2022 werden die Dossiers den Gemeinden und der Subkommission des Grossen Rates über ein Webportal zur Verfügung gestellt, wodurch das Drucken und Versenden von Papierdokumenten entfallen wird.

Integration

Der Staatsrat beauftragte das DSIS, die Vereinbarung zwischen dem Bund und dem Kanton über die Umsetzung des kantonalen Integrationsprogramms für den Zeitraum 2022-2023 (KIP2bis) zu ratifizieren. Das KIP legt den kantonalen Rahmen für die Umsetzung der spezifischen Integrationsmassnahmen für Migrantinnen und Migranten aus dem Ausländer- und Asylbereich fest.

Aufenthalt und Niederlassung

Die Anschaffung eines Instruments zur elektronischen Dossierführung ist die besondere Neuheit des Jahres 2021. Der Beginn der Einführung dieses Systems wird 2022 erfolgen und eine Neugestaltung der Abläufe in den Beziehungen zu den Migranten, den Gemeinden und dem Kanton erfordern. Dies bringt eine Anpassung der Tätigkeiten und der Kultur innerhalb der Dienststelle mit sich.

Asyl und Ausreise

Die Gesundheitslage verlangsamte die Organisation der Ausreise stark, da viele Flüge annulliert wurden. Die Zahl der dem Wallis zugewiesenen Asylsuchenden blieb im Jahr 2021 im Vergleich zu 2020 stabil.

Registerharmonisierung und eUmzug

In der ersten Hälfte des Jahres 2021 wurde ein Pilotprojekt des eUmzug-Systems durchgeführt, das die drei Testgemeinden zufrieden stellte. Dem Staatsrat wird ein Bericht vorgelegt, um die durchgeführten Tests zu validieren und vorzuschlagen, die Einführung des Systems für die Walliser Gemeinden zu ermöglichen. Das Projekt wurde gemeinsam mit verschiedenen Dienststellen des Staates und dem Verband der Walliser Gemeinden durchgeführt.

Zentrum für Identitätsdokumente

Mit der Eröffnung des neuen Ausweiszentrums in Visp wurde das Angebot für ausländische Bürger und Einwohner, die sich im Oberwallis aufhalten, erweitert. Der Staatsrat hat beschlossen, das im Unterwallis geplante Zentrum in der zweiten Hälfte des Jahres 2022 in Monthey zu lokalisieren.

GEOMATIK

Amtliche Vermessung

Im Jahr 2021 wurden insgesamt 47 amtliche Vermessungslose von der Eidgenössischen Vermessungsdirektion (V+D) anerkannt. Die meisten dieser Lose betreffen die Gebäudeadressierungen der Gemeinden und einige betreffen Erneuerungen von amtlichen Vermessungen alter Ordnung.

Alpgebiete

19 Vermessungslose im Alpgebiet wurden im Jahr 2021 vergeben, 11 Lose sind seit 2020 in Arbeit. Wie im Leistungsvertrag mit der V+D vereinbart, wurde die amtliche Vermessung von zirka 180'000 Hektaren gestartet. Es verbleiben noch 35 Lose für die Vermessung von zirka 70'000 Hektaren, die noch zu vergeben sind.

Die Erneuerungslose von Anniviers, Charrat, Chippis, Collombey-Muraz, Collonges, Icogne, Liddes, Port-Valais, Sembrancher, Stalden, Turtmann-Unterems und Vionnaz wurden anerkannt und in die kantonale Datenbank der amtlichen Vermessung überführt.

Gebäude- und Wohnungsregister

Die Dienststelle für Geoinformation ist für die Koordination der Pflege des Eidgenössischen Gebäude- und Wohnungsregister zuständig. Die Arbeiten für den Abgleich der Gebäudedaten dieses Registers mit denjenigen der amtlichen Vermessung und für die Anreicherung mit zusätzlichen Informationen wurden weiterverfolgt.

Geomatik-Kompetenzzentrum (CC GEO)

Das CC GEO als Garant der Geodaten des kantonalen Geo-Informationssystems (<https://geo.vs.ch>) arbeitet mit zirka zwanzig kantonalen Dienststellen zusammen. Mehrere kartographische Anwendungen wurden im Bereich der sportlichen Infrastrukturen, eConstruction und Wolfsmonitoring entwickelt. Die Datenbeschaffung bezüglich Trinkwasserversorgung in Notlagen wurde mit der zuständigen Dienststelle und den Gemeinden koordiniert. Dieses Projekt wird in den nächsten Jahren weiterverfolgt.

Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen

Die Web-Anwendung des Katasters der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster) wurde weiterentwickelt. Die Erweiterung gemäss Programmvereinbarung 2020-2023 wurde analysiert und kann zu einer Ausschreibung im nächsten Jahr führen. Die Planungszonen, der Gewässerraum, die Waldreservate, die Planungszonen für Hochspannungsleitungen und Baulinien entlang Starkstromanlagen sind in diesem Kataster zu integrieren.

STRASSENVERKEHR UND SCHIFFFAHRT

Neue Niederlassung in Sitten

Im Juni 2019 bewilligte der Grosse Rat einen Verpflichtungskredit für den Bau eines neuen Zentrums für die Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt in Sitten. Die Arbeiten konnten planmässig durchgeführt werden, so dass das neue Gebäude am 1. Dezember 2021 in Betrieb genommen werden konnte. Sämtliche Prozesse im neuen Gebäude funktionierten einwandfrei und die ersten Rückmeldungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie von Kundinnen und Kunden sind durchwegs positiv.

Förderung von Elektrofahrzeugen

In seinem Regierungsprogramm hat sich der Staatsrat verpflichtet, die Mobilität unter anderem durch die Förderung der Nutzung von Elektro- oder Hybridfahrzeugen im öffentlichen und privaten Verkehr zu verbessern. Am 1. November 2019 wurde das Förderprogramm, das die Gewährung einer Kaufprämie für aufladbare Neufahrzeuge und eine Prämie für die Installation von Ladestationen vorsieht, gestartet und war ein voller Erfolg. In der Junisession 2021 wurde vom Grossen Rat ein Zusatzkredit von 3,5 Millionen Franken bewilligt. Um noch gezielter zur Entwicklung einer umweltfreundlicheren Mobilität beizutragen, beschloss der Staatsrat im Dezember 2021, ab dem 1. Januar 2022 keine Subventionen mehr für Plug-in-Hybridfahrzeuge zu gewähren.

Gebührensenkung

Im Dezember 2021 beschloss der Staatsrat, die Gebühren ab 2022 um 5 % zu senken. Diese Senkung betrifft insbesondere die technische Kontrolle von leichten Motorwagen und die Ausstellung von Lernfahrausweisen.

Zusätzliche Prüfungsplätze

2021 wurden weitere Massnahmen des Projekts « OPERA-3 » zur Revision der Führerausweisvorschriften umgesetzt. Dies führte zu einem massiven Anstieg der Nachfrage nach praktischen Fahrprüfungen für die Motorradkategorie A und der Nachfrage nach theoretischen Prüfungen für die Kategorie B. Dank der Öffnung zusätzlicher Prüfungskapazitäten konnte die Problematik zur Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden sowie der Fahrlehrerinnen und Fahrlehrer gelöst werden, mit der Folge, dass die Zahl der technischen Fahrzeugkontrollen zurückging.

Zunahme des Fahrzeugparks

Der Anstieg des Fahrzeugparks für 2021 beträgt 2,4% (über dem Schweizer Durchschnitt von 1,7%). Mit einem Anstieg von rund 8000 Fahrzeugen zwischen 2020 und 2021 beläuft sich der Fahrzeugpark des Kantons Ende September 2021 auf 344'280 Fahrzeuge.

GRUNDBUCHWESEN

Deutlicher Anstieg des Arbeitsvolumens

Im Jahr 2021 wurde in allen Dienststellenbereichen ein deutlicher Anstieg des Arbeitsvolumens um fast 10% verzeichnet, wie schon im Jahr 2020, welches bereits als aussergewöhnliches Jahr galt. Bei Dossiers im Zusammenhang mit dem Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (BewG) musste die Dienststelle für Grundbuchwesen (DGB) einen Anstieg von über 30% gegenüber dem Jahr 2020 bewältigen. Dass ein derart grosses zusätzliches Volumen von der Dienststelle bewältigt werden konnte, ist zum einen der Flexibilität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und zum anderen den laufenden technologischen Veränderungen zu verdanken.

Label Valais Excellence

Um den Mehrwert hervorzuheben, welcher durch die laufenden grossen Veränderungen entsteht, hat die DGB beschlossen, sein Qualitätsmanagementsystem (QMS) im Frühjahr 2021 der externen Prüfung durch Valais Excellence vorzulegen.

Die Zertifizierung erfolgte nach der Norm für Qualitätsmanagement (ISO 9001). Sie strebt unter anderem eine kontinuierliche Verbesserung, Prozessorientierung, Kundenorientierung und die Einbeziehung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an. Diese Zertifizierung erfüllt auch die Anforderungen der Norm für Umweltmanagement (ISO 14001).

Weiterführung des Programms GB 2020

Bezüglich des Programms RF 2020 wurde 2021 ein Bericht erstellt, anhand dessen die weitere Vorgehensweise festgelegt werden kann. Als Teil dieser Überlegungen wurde ein neuer Programmname festgelegt: Aus « RF 2020 / GB 2020 » wird « eRF Valais / eGB Wallis ». Ausserdem wurden erhebliche Fortschritte erzielt, um eine aktualisierte Planung für alle verbleibenden Projekte des Programms zu ermöglichen.

Parallel zu den Planungsfragen erfolgte die Umsetzung der Projekte. 2021 wurden mehrere Projekte abgeschlossen. Diese ermöglichten unter anderem die Automatisierung bestimmter digitaler Austausch mit der Dienststelle für Geoinformation sowie die Einrichtung von Massenexportmöglichkeiten für Daten aus dem System zur Verwaltung von Grundbuchdaten (Capitastra). Mit Hilfe dieses Projekts können die verschiedenen Partner eine Anfrage nach Grundstücksdaten für ein Gebiet über ein Online-Formular stellen, welches dann automatisch verarbeitet wird.

Zu guter Letzt wird das umfangreiche Projekt zur Migration von Papierdaten fortgesetzt. Somit sind nun 56 Gemeinden vollständig in das eidgenössische Grundbuch eingeführt und informatisiert worden. 24 der 122 Gemeinden wurden teilweise erfasst.

SPORT

Finanzielle Lage der kantonalen Sportverbände und der ihnen angeschlossenen Vereine

Das Kantonale Sportamt (KSA) hat eine Umfrage in Auftrag gegeben. Die 471 registrierten Antworten ermöglichten es, ein konkretes Bild der finanziellen Situation der Vereine und Verbände am 1. August 2021 zu erhalten. Es zeigt insbesondere, dass zehn Vereine/Verbände grosse finanzielle Probleme haben und dass drei Vereine sich in einer sehr dringlichen Situation befinden.

Das KSA hat sich mit den Verantwortlichen getroffen, und im Allgemeinen konnte in enger Zusammenarbeit mit dem Sport-Fonds und dem Bund über die verschiedenen Stabilisierungspakete eine Lösung gefunden werden.

Durchführung von Sportveranstaltungen trotz Covid-19

Die Konkretisierung von Sportveranstaltungen konnte langsam, aber immer noch unter strenger Gesundheitsüberwachung erfolgen.

Renovierung des kantonalen Sportzentrums in Ovronnaz

Die Renovierung der Turnhallen ist abgeschlossen. Diejenige im Zusammenhang mit der Unterkunft und den Sportplätzen ist geplant. Sie wird die vollständige Schliessung des Zentrums von Ende April 2022 bis Ende Mai 2023 zur Folge haben. Die Ausbildungskurse von Jugend und Sport (J+S) werden extramuros durchgeführt.

Walliser Sportverdienste

Die «Sportverdienste 2021» wurden nicht verliehen. Ein innovatives Konzept «Woche des Sports», welches die Sportverdienste integriert, wird vom 16. bis 21. Mai 2022 stattfinden.

J+S Wallis

Die Statistiken 2021 werden durch die Pandemie beeinflusst. Die Mehrheit der Ausbildungskurse konnte unter sehr strengen sanitären Bedingungen durchgeführt werden. Einige Kurse wurden in den Herbst verlegt. Die J+S-Entschädigungen für die Vereine haben sich im Vergleich zu 2020 nicht allzu sehr verändert.

So wurden 2021 gezählt: 257 aktive Experten, 786 Coaches, 7584 Leiter, 44'577 Kinder oder Jugendliche, 3969 J+S-Kurse und -Lager, 874 Angebote und 5'070'396 Franken, die das Bundesamt für Sport dem Walliser Sport ausbezahlt hat, einschliesslich des «Sonderbetrag Covid» (1'405'022 Franken).

JAGD, FISCHEREI UND WILDTIERE

Jagd

Das Ausführungsreglement sowie der Beschluss über die Ausübung der Jagd wurden komplett revidiert. Zudem mussten aufgrund eines Bundesgerichtsentscheids neue Regulierungsbestimmungen in den Schutzgebieten von nationaler Bedeutung eingeführt werden. Der Abschussplan beim Rothirsch wurde erfüllt: 1330 Rothirsche wurden während der Hochjagd erlegt (1890 im Jahr 2020), einzig in den Hirschregionen 1 (Aletsch-Goms), 3 (Nanz-Saas) und 17 (Entremont) waren zusätzliche Abschüsse durch Jäger notwendig (+92 entnommene Rothirsche). Die Reduktion des Hirschbestandes ist notwendig, um die Schutzfunktion der Wälder zu gewährleisten und das Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Wildtierarten zu erhalten. Zudem wurden 2502 Gämsen und 1640 Rehe erlegt, was den geplanten Zielen entspricht.

Wolfsmanagement

Im Jahr 2021 wurden 32 Wölfe formell identifiziert, darunter 23 neue Individuen (11 Weibchen und 12 Männchen). Vier Rudel mit Fortpflanzung konnten von der Dienststelle für Jagd, Fischerei und Wildtiere (DJFW) nachgewiesen werden. Die neuen [interaktiven Karten](#), welche auf der Homepage der DJFW zugänglich sind, informieren die Bevölkerung laufend über das aktuelle Wolfsmonitoring und die Rissituation bei Nutztieren. Während des Jahres wurden im Kanton 336 Nutztiere gerissen. Damit waren die Voraussetzungen für die Erteilung einer Einzelabschussbewilligung in der Region Goms und einer weiteren für die Regulierung des Rudels im Val d'Hérens erfüllt. Die Höhe der vergüteten Schäden beläuft sich auf rund 124'000 Franken. Mehr als 8100 Arbeitsstunden wurden für das Wolfsmanagement aufgewendet (5600 Stunden im Jahr 2020).

Fischerei

Die Anzahl der ausgestellten Jahresfischereipatente ist leicht gestiegen. Diejenige der Tages- und Zweitagespatente folgte einem gegenläufigen Trend, bleibt aber seit 2020 auf hohem Niveau. Im Laufe des Jahres wurden 97 Pachtverträge für das Fischereirecht in Gewässern des Kantons abgeschlossen. Bei fünf Gewässern ist das Vergabeverfahren noch im Gange.

EIN INTEGRIERTES UND KOORDINIERTES NATURGEFAHRENMANAGEMENT ALS ZIEL

Die neue Legislaturperiode wurde von der Reorganisation des Departements für Mobilität, Raumplanung und Umwelt (DMRU) gekennzeichnet. Im Hinblick auf die Förderung eines integrierten und koordinierten Naturgefahrmanagements wurde im August 2021 eine Dienststelle Naturgefahren (DNAGE) geschaffen, die am 1. Januar 2022 den Betrieb aufgenommen hat. Der DNAGE zugeordnet sind die Bewirtschaftung der Seitengewässer, der Hochwasserschutz der Rhone und das Management der übrigen Naturgefahren. Diese Reorganisation führte zur Auflösung der Dienststelle Hochwasserschutz Rhone (DHWSR) sowie zur Umwandlung der Dienststelle für Wald, Flussbau und Landschaft (DWFL) in die Dienststelle für Wald, Natur und Landschaft (DWNL). Dieser Vorgang findet auch in Abstimmung auf die Revision des Gesetzes über die Naturgefahren und den Wasserbau sowie des Gesetzes über den Wald statt, welche beide im November 2021 dem Grossen Rat in erster Lesung vorgelegt wurden.

Die 3. Rhonekorrektur bleibt eine Priorität der Regierung. 2021 legte der Staatsrat dem Grossen Rat zwei Verpflichtungskredite über je 130 Millionen Franken vor, die beide genehmigt wurden und jeweils der ersten Phase der Sicherungsarbeiten der prioritären Massnahmen (PM) Chablais und Sion-Vétroz dienen.

Das zweite Jahr in Folge wurde auf den Kantonsstrassen ein Rekordvolumen an Bauarbeiten geleistet. Mit einer Summe von 100 Millionen Franken spielte das Departement auch 2021 eine aktive Rolle in der Unterstützung der Walliser Wirtschaft.

Mit dem Umbau des Vispertaltunnels zur Südröhre des Autobahntunnels Visp, dem Gedeckten Einschnitt Raron und dem Tunnel Riedberg befinden sich drei bedeutende Bauwerke der Autobahn A9 im Oberwallis in der Realisierungsphase. Im März 2021 genehmigte das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) die Pläne des Ausführungsprojekts für das Teilstück durch den Pfywald. Fünf Beschwerden werden derzeit noch behandelt. Im Chablais wurden die Verhandlungen über die Wiederinbetriebnahme der Bahnlinie «Sud-Léman» wiederaufgenommen und schreiten voran.

An der Bekämpfung der Schadstoffe aus der industriellen Vergangenheit unseres Kantons wird weitergearbeitet. Ein besonderes Augenmerk galt der Bekämpfung von PFAS (per- und polyfluorierte Alkylverbindungen), wobei die Sanierung der Deponie Gamsenried eine Priorität bleibt.



Foto: © Pascal Gerstchen


Franz Ruppen
Staatsrat

KANTONALES MOBILITÄTSKONZEPT 2040

Im Jahr 2021 wurde die Umsetzung der vom Staatsrat 2018 beschlossenen kantonalen Mobilitätsstrategie 2040 (KMK 2040) fortgeführt. In Anbetracht der Planungszeiten und Verfahrensdauern waren die ersten Projektrealisierungen im vergangenen Jahr zu verzeichnen. So wurden zum Beispiel in Saint-Maurice oder Martinach Fussgängerbrücken errichtet, welche nicht nur den Langsamverkehr fördern sondern sich auch in ihre Umwelt einfügen. Gleichzeitig wurde ein grosser Einsatz für die Wiederinstandsetzung des Kantonsstrassennetzes geleistet, für die Anpassung der Netzgrösse in Zusammenarbeit mit den Gemeinden oder auch für die Entwicklung des Langsamverkehrs. Das Jahr war auch geprägt vom Bestreben, die Strategie für die Deklassierung von Strassen so zu überarbeiten, dass die Erreichbarkeit in den Berggebieten aufrechterhalten bleibt.

STRASSENBAU

Klimawandel

Eine Herausforderung unter vielen war auch 2021 der Zustand des Kantonsstrassennetzes in einer für Infrastrukturen anspruchsvollen alpinen Umwelt. Sich für den Klimawandel zu rüsten, bedeutet, tagtäglich massive, sowohl vorbeugende als auch behebende Massnahmen zu ergreifen. Um diese Herausforderung zu meistern, überarbeitet die Dienststelle ihre Unterhaltsstrategie von Grund auf, unter Berücksichtigung der Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung.

Erneuerung der Ortszentren

Die Neugestaltung von Ortsdurchfahrten betrifft die Lebensqualität der Einwohner des Kantons direkt. Diese fachübergreifenden, zusammen mit den kommunalen Behörden entwickelten Gestaltungsprojekte streben ein neues Gleichgewicht zwischen den Verkehrsarten im öffentlichen Raum an. Über 40 solcher Projekte befinden sich heute in unterschiedlichen Stadien der Entwicklung. Während die Ortsdurchfahrten von Vionnaz oder Naters bereits realisiert worden sind, werden weitere Erneuerungen noch folgen, so die Durchfahrt von Vétroz, wo die Bauarbeiten im Herbst 2022 beginnen werden. Schliesslich werden 2022 auch noch weitere Neugestaltungen öffentlich aufgelegt, etwa die Ortsdurchfahrten von Turtmann, Ried-Brig und Ardon sowie die Erneuerungen von Uvrier/St-Léonard, Champex, Troistorrents und Massongex.

Kantonsstrassen

Nach 2020 war 2021 ein weiteres Rekordjahr im Kantonsstrassenbau. Auf 350 Baustellen wurden Arbeiten für je 100'000 Franken oder mehr ausgeführt, mit einem Investitionsvolumen von über 100 Millionen Franken. Hier die Liste der grössten Baustellen:

Unterwallis:

- Weiterführung der Bauarbeiten am Tunnel Les Evouettes
- Weiterführung der Sanierung der Rhonebrücke Saillon – Saxon
- Fahrbahnrestrukturierung zwischen Fully und Martinach, Teilstück Branson – Louye
- Verstärkung der Stützmauer an der Strasse nach Sarreyer
- Sanierung der Chernat-Brücke zwischen Val-d'Illiez und Champéry

- Sanierung der TMR-Brücke in Vernayaz
- Sanierung des Viadukts von Riddes, in Zusammenarbeit mit dem ASTRA

Mittelwallis:

- Änderung der Geometrie des Doppelkreisels Platta in Sitten
- Fahrbahnkorrektur bei den beiden Kehren auf dem Abschnitt der Kantonsstrasse 43, die Chalais mit Vercorin verbindet
- Korrektur und schwere Instandsetzung der Fahrbahn auf dem Abschnitt der Kantonsstrasse 43, die Vercorin mit Pinsec verbindet

Oberwallis:

- Fortsetzung Bau der Umfahrungsstrasse von Stalden
- Realisierung «Los 1, Bitsch» der neuen Streckenführung der kantonalen Fahrradroute Nr. 1 von Bitsch nach Mörel-Filet
- Baubeginn der 4. und somit letzten Etappe (Mühlackerstrasse bis Spital) der Sanierung der Terbinerstrasse in Visp
- Start der ebenfalls letzten Etappe des Ausbaus der Strasse von St.Niklaus nach Grächen
- Beginn der Felssicherungsmaßnahmen Bildjkehr, Inden auf der Strasse von Leuk nach Leukerbad
- Beteiligung an der Instandstellung Tunnel Mittal in Zusammenarbeit mit dem ASTRA

Winterdienst

Um einen hochwertigen Winterdienst zu gewährleisten, führte die Sektion Unterhaltslogistik für Kantonsstrassen ein GPS-Überwachungssystem für alle Räumungs- und Streumaschinen ein. Mit dieser Lösung konnte der Einsatz der über 12'000 Tonnen Streusalz, die 2021 verbraucht wurden, optimiert werden.

ÖFFENTLICHER VERKEHR UND LANGSAMVERKEHR

Langsamverkehr

Zwischen Bitsch und der Kapelle Zen Hohen Flühen wurde ein neuer Abschnitt der kantonalen Fahrradroute, der nationalen Rhone-Route, in Betrieb genommen.

Öffentlicher Verkehr

2021 brachte durch den Fahrplanwechsel eine substantielle Verbesserung des Verkehrsangebots. Auf mehreren Buslinien im ganzen Kanton wurde die Erschliessung ausgebaut. Die vom Kanton und den Gemeinden durchgeführten Studien in den Regionen Leuk und Entremont wurden abgeschlossen, und die Verbesserungen sind mit dem Fahrplan 2021 beziehungsweise 2022 eingetreten. Die Dienststelle für Mobilität hat mit der Prüfung verschiedener Busnetze begonnen, deren Entwicklungspotential vielversprechend ist. Der öffentliche Verkehr wurde von der Pandemie nicht verschont, erhebliche Frequentierungseinbussen waren die Folge. Die von Bund, Kanton und Gemeinden zu vereinbarende finanzielle Unterstützung dürfte der Branche helfen, diese schwierige Zeit zu überstehen.

Bergbahnen und staatlich geführte Seilbahnen

Der Kanton arbeitet weiter an der Planung und Erneuerung von Seilbahnen als Verkehrsverbindungen vom Tal her, insbesondere nach Vercorin, Crans-Montana und Bellwald. Der Betrieb der vom Kanton geführten Seilbahnen und die Zusammenarbeit mit den Konzessionsgemeinden wurde fortgesetzt und ausgebaut. Schliesslich wurde zusammen mit dem Bund ein grosser Einsatz geleistet, um den touristischen Bergbahnen bei der Bewältigung der Folgen der Pandemie unter die Arme zu greifen.

Luftverkehr

Bei der Totalrevision des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr war vorgesehen, Bestimmungen über die Kantonalisierung des Flughafens Sitten in das Gesetz aufzunehmen. Doch nach den Reaktionen aus der Vernehmlassung beschloss der Staatsrat, das Thema wieder aus dem Gesetz zu nehmen und es auf dem Weg einer separaten Gesetzgebung zu behandeln.

Nachhaltigkeit

Die Dienststelle für Mobilität beteiligt sich aktiv an der Agenda 2030 des Kantons Wallis. Als bemerkenswerte Aktion entwickelte sie 2021 zusammen mit der Dienststelle für Strassenverkehr (DSUS) und der Dienststelle für Energie und Wasserkraft (DEWK) eine Sektoralpolitik zur Förderung der Elektromobilität. Beim Aufruf zur Eingabe beispielhafter Projekte wurden auch mehrere Entwürfe der Dienststelle für Mobilität vom Staatsrat berücksichtigt.

BAU DER AUTOBAHN A9 IM OBERWALLIS

Reorganisation

Seit dem 1. Januar 2021 ist die Dienststelle für Nationalstrassenbau (DNSB), vormals Amt für Nationalstrassenbau (ANSB), eine von acht Dienststellen innerhalb des Departementes für Mobilität, Raumentwicklung und Umwelt (DMRU).

Bauwerke in Realisierung

Mit dem Umbau des Vispertaltunnels zur Südröhre des Tunnels Visp, dem Gedeckten Einschnitt Raron und dem Tunnel Riedberg sind drei bedeutende Bauwerke der Autobahn A9 im Oberwallis in der Realisierungsphase.

Siders Ost – Leuk/Susten Ost

Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) hat die Plangenehmigung für das Ausführungsprojekt am 26. März 2021 erteilt. Insgesamt wurden fünf Beschwerden beim Bundesverwaltungsgericht eingereicht. Das Bundesverwaltungsgericht wird nach abgeschlossenem Schriftenwechsel ein Urteil fällen. Das Urteil kann angefochten und an das Bundesgericht weitergezogen werden.

Seitens des Staatsrates wurden die ersten Ingenieurmandate vergeben. Ein Baubeginn ist in zwei bis drei Jahren möglich. Die Ersatzmassnahme im Mündungsbereich der Raspille in Siders/Salgesch ist ausgeführt.

Leuk/Susten Ost – Visp West

Der Durchschlag der Südröhre des Tunnels Riedberg erfolgte am 17. März 2021. Die Arbeiten an der offenen Strecke zwischen Schnidrigu und Raron sind weit fortgeschritten. Beim Gedeckten Einschnitt Raron (GERA) sind die Betonarbeiten zu 50 % ausgeführt. Die Arbeiten auf dem Trasse zwischen der Unterführung St. German in Richtung Visp West haben im Oktober 2021 begonnen. Die Entsorgung von quecksilberbelastetem Boden seitens der DNSB ist im Bereich des Trassees abgeschlossen.

Visp West – Visp Ost

Die integralen Tests der Betriebs- und Sicherheitsausrüstungen (BSA) in der Nordröhre des Tunnels Visp sowie im Überwurfunnel sind mehrheitlich abgeschlossen und die Inbetriebnahme ist im Sommer 2022 geplant. Der Umbau des seit dem 7. Oktober 2019 gesperrten Vispaltunnels muss auf einer längeren Strecke als zunächst angenommen ausgeführt werden. Die Ausbrucharbeiten für das Verzweigungsbauwerk sind beendet. Auch die Belags- und Fertigstellungsarbeiten beim Vollanschluss Visp West sowie die Bauarbeiten an der Strassenabwasser-Behandlungsanlage (SABA) sind abgeschlossen.

GEBIETSEINHEIT III

Eine neue Dienststelle

2021 feierte die Dienststelle Gebietseinheit III (DGE III), deren Tätigkeit zuvor in der Dienststelle für Mobilität integriert war, das erste Jahr ihres Bestehens. Mit der Schaffung der Dienststelle sollen die Erwartungen des Bundesamts für Strassen (ASTRA), das den gesamten Leistungsumfang der DGE III finanziert, besser erfüllt werden.

Die Dienststelle ist innerhalb des Walliser Staatshaushaltes eine eigenständige, selbstfinanzierte Budgeteinheit. Zwischen der DGE III und dem ASTRA besteht ein Kunden-Lieferanten-Verhältnis, mit einem regelmässigen Prozess der Angebotsabgabe und -annahme sowie der Rechnungsstellung.

Die DGE III beschäftigt über 100 Mitarbeitende und nimmt, auf den Nationalstrassenbereich beschränkt, die folgenden Aufgaben wahr:

- Reinigungen
- Winterdienst
- Grünpflege
- Reparaturen am Bauwerk
- Unterhalt der Betriebs- und Sicherheitsausrüstungen
- Dienste (Kontrollen, Unfall- und Unwetterschäden)
- Kleiner baulicher Unterhalt

Die DGE III verfügt über drei Werkhöfe (Martinach, Siders, Brig) und einen Stützpunkt am Simplon. Auf der N21 (Martinach – Tunnelportal Grosser St. Bernhard) ist mit dem ASTRA und der Gemeinde Liddes der Bau eines weiteren Stützpunkts im Gespräch.

Tätigkeiten und Einsätze 2021

Hier die besonderen betrieblichen Vorkommnisse 2021:

- Die Kontroll- und Reinigungseinsätze in den Tunnels wurden separat ausgeführt. Dies ist von Vorteil, denn für die Elektriker ist es nicht einfach, während den Reinigungseinsätzen zu arbeiten. Ebenfalls eine Neuheit war, dass sämtliche Kontrollen in einer computergestützten Wartungsmanagement-Anwendung erfasst wurden.

- Am 31. Januar 2021 ging oberhalb von Ried-Brig, beim Rufgraben, eine Lawine auf die Simplonstrasse nieder, bedeckte auf einer Länge von mindestens sieben Metern die Brücke und belastete deren Pfeiler mit einem Druck von etwa 500 Tonnen. Aufgrund der anhaltenden Lawinengefahr blieb die Strasse bis zum 4. Februar 2021 gesperrt.
- Am 14. April 2021 um ungefähr 17.30 Uhr geriet ein Fahrzeug in der Galerie bei St-Maurice in Brand. Zuerst stoppte das Fahrzeug nur wegen einer Panne, nach etwa zehn Minuten stiegen die ersten Flammen auf. Dieser Unfall gab den Anlass zu einer vollständigen Funktionsanalyse des Notfallprozederes, bei welcher sich herausstellte, dass die Zeiten und Abläufe eingehalten wurden. Ein Debriefing wurde zwischen der Filiale, der Polizei, der Feuerwehr und der DGE III abgehalten.
- An der Furabrücke auf der A9 über den Simplon, südlich von Simplon Dorf, wurden am 22. Juni diverse Schäden festgestellt, welche eingehendere Untersuchungen erforderten. Dazu wurde eine einspurige Verkehrsführung eingerichtet. Bis die Untersuchungsergebnisse vorliegen, darf die Brücke zudem nur von einem Lastwagen auf einmal befahren werden.

RECHT UND GESETZ

Gesetzesvorlagen

Der Entwurf für das Gesetz über die Naturgefahren und den Wasserbau (kNGGW), welches das Gesetz über den Wald und die Naturgefahren ändern wird, wurde dem Grossen Rat in der Novembersession 2021 in erster Lesung vorgelegt. Der Vorentwurf für die Totalrevision des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr, welches das Gesetz über die Wege des Freizeitverkehrs ändern wird, wurde im Sommer 2021 in die Vernehmlassung geschickt. Die erste Lesung dieses Vorentwurfs ist für die Märzsession 2022 vorgesehen. Der Vorentwurf für die Teilrevision des Strassengesetzes wird Anfang Januar 2022 in die Vernehmlassung gegeben. Der Vorentwurf für die Revision des Gesetzes über den Natur- und Heimatschutz wird ebenfalls im Verlauf des Jahres 2022 in die Vernehmlassung gegeben. Der Vorentwurf für das Gesetz über die Georessourcen befindet sich in Ausarbeitung.

Besondere juristische Unterstützung

Die Bereiche des öffentlichen Baurechts, der Zweitwohnungen und der Raumplanung, namentlich die Genehmigungsdossiers für die Planungszonen und die erhebliche Zahl der zu behandelnden Einsprachen, erfordern einen grossen Einsatz der juristischen Ressourcen. Hinzu kommen die Realisierung des Programms eConstruction, welches eine regelmässige, und oftmals sehr kurzfristige, juristische Begleitung erfordert, ebenso wie die Oberaufsichtsdossiers, namentlich jenes der Gemeinde Val de Bagnes. Die Dossiers im öffentlichen Beschaffungswesen der Dienststelle für Immobilien und bauliches Erbe haben beträchtlich zugenommen. Der Verwaltungs- und Rechtsdienst des DMRU (VRDMRU) hat auch eine wachsende Zahl an Dossiers für Schutzbauten gegen Naturgefahren und für Gewässerräume zu bewältigen. Generell nimmt der juristische Unterstützungsbedarf in allen Bereichen immer mehr zu und verlangt vom VRDMRU einen substantiellen Beitrag.

Kantonales Bausekretariat und Baupolizei (KBS)

Mit den 4111 Gesuchdossiers, die bis zum 31. Dezember 2021 beim KBS erfasst wurden, war gegenüber 2020 eine Zunahme um 733 Dossiers (+21.70%) zu verzeichnen. Bei den Dossiers in kommunaler Zuständigkeit wurde eine Zunahme um 634 (+35.28%) und bei den Dossiers in kantonaler Zuständigkeit eine Zunahme um sechs Dossiers (+0.43%) registriert. Bei den baupolizeilichen Dossiers ausserhalb der Bauzone, die ebenfalls unter die kantonale Zuständigkeit fallen, war eine Zunahme von 93 Fällen (+46.27%) zu verzeichnen.

Ganzes KBS	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Registrierte Dossiers insgesamt	3061	3167	3581	3417	3217	3181	3378	4111
Baudossiers in kantonaler Kompetenz	1007	1151	1304	1267	1185	1124	1380	1386
Baupolizeiliche Dossiers (kantonale Kompetenz)	158	155	250	121	163	134	201	294
Dossiers in kommunaler Kompetenz	1896	1861	2027	2029	1869	1923	1797	2431
Kreis 1 - Oberwallis								
Registrierte Dossiers insgesamt	914	888	977	966	822	793	868	1050
Baudossiers in kantonaler Kompetenz	334	356	374	342	290	313	343	381
Baupolizeiliche Dossiers (kantonale Kompetenz)	72	50	49	43	31	24	41	36
Dossiers in kommunaler Kompetenz	508	482	554	581	501	456	484	633
Kreis 2 - Mittelwallis								
Registrierte Dossiers insgesamt	1042	1159	1281	1185	1139	1206	1222	1415
Baudossiers in kantonaler Kompetenz	284	355	391	400	413	440	524	489
Baupolizeiliche Dossiers (kantonale Kompetenz)	37	43	79	34	79	66	96	106
Dossiers in kommunaler Kompetenz	721	761	811	751	647	700	602	820
Kreis 3 - Unterwallis								
Registrierte Dossiers insgesamt	1105	1120	1323	1266	1256	1182	1288	1646
Baudossiers in kantonaler Kompetenz	389	440	539	525	482	371	513	516
Baupolizeiliche Dossiers (kantonale Kompetenz)	49	62	122	44	53	44	64	152
Dossiers in kommunaler Kompetenz	667	618	662	697	721	767	711	978
Total Unterwallis								
Registrierte Dossiers insgesamt	2147	2279	2604	2451	2395	2388	2510	3061
Baudossiers in kantonaler Kompetenz	673	795	930	925	895	811	1037	1005
Baupolizeiliche Dossiers (kantonale Kompetenz)	86	105	201	78	132	110	160	258
Dossiers in kommunaler Kompetenz	1388	1379	1473	1448	1368	1467	1313	1798

Das KBS stellte die Behandlung der Dossiers in Anwendung der Baugesetzgebung und deren Verfahren sowie unter Berücksichtigung der Kompetenzverteilung zwischen Kanton und Gemeinden sicher. Ausserdem leistete das KBS den Gemeinden und Privaten bei den Baugesuchdossiers die erforderliche Unterstützung.

Programm eConstruction (Plattform zur Digitalisierung der Baugesuche)

Die Implementierung der Plattform eConstruction begann im März 2021 und die wichtigsten Prozesse wurden entwickelt. Baugesetz und Bauverordnung wurden revidiert und im Februar 2021 vom Grossen Rat und vom Staatsrat genehmigt. Das Reglement für den Zugang und die Benutzung der Plattform eConstruction ist am 1. Januar 2022 in Kraft getreten. Diese drei Erlasse bilden somit den rechtlichen Rahmen für die Realisierung dieser Plattform zur Digitalisierung der Prozesse im öffentlichen Baurecht.

Sekretariat der Kantonalen Kommission für Strassensignalisation (SeKKSS)

Im Jahr 2021 betrug die Zahl der neu beim KKSS eingereichten Strassensignalisations- und reklamedossiers 921 (+5.38 % gegenüber 2020). Die Signalisationsdossiers nahmen um 119 (+19.22 %) zu, die Strassenreklamedossiers um 72 Dossiers (-28.23 %) ab.

Bei den Baustellensignalisationsdossiers erfasste das SeKKSS 4107 Gesuche, also eine Erhöhung um 399 Dossiers (+10.76 %).

Das SeKKSS hat der Bevölkerung, den Unternehmen sowie den verschiedenen kantonalen und kommunalen Behörden bei Strassenbauprojekten und bei Homologationsverfahren für vertikale oder horizontale Strassensignalisationen Hilfestellungen geleistet und hat mit ihnen zusammen gearbeitet. In denselben Bereichen hat sie auch ihre Überwachungsaufgabe wahrgenommen.

BAU DER 3. RHONEKORREKTION

Strukturelle Veränderungen

Im Januar 2021 wurde aus dem kantonalen Amt Rhonewasserbau (KAR3) die Dienststelle Hochwasserschutz Rhone (DHWR). Im August 2021 integrierte eine erneute strukturelle Anpassung die DHWR in die neue Dienststelle Naturgefahren (DNAGE).

Bedeutende Bauetappen

Bei der Prioritären Massnahme (PM) Visp wurden alle mit Benzidin belasteten Brunnen unterhalb der Deponie Gamsenried mit Filtern ausgestattet.

Der Grosse Rat hat zwei Verpflichtungskredite über 130 Millionen, mit denen die jeweils ersten Phasen der Sicherungsarbeiten an den beiden Prioritären Massnahmen Chablais und Sion-Vétroz finanziert werden sollen, bewilligt. Diese PM dienen dazu, die auf 2, beziehungsweise 3.8 Milliarden Franken geschätzten potenziellen Schäden zu verhindern.

Die Arbeiten an der Dammverstärkung (Vorgezogene Massnahme Ile Falcon) in Siders haben begonnen, um rund 600 Personen zu schützen und ein Schadenpotenzial von 57 Millionen Franken zu beseitigen.

Die Geschichte und die Zukunft der Rhone

Ein Informationszentrum über die Rhone hat in Lalden seine Tore geöffnet. Es bietet Projektinformationen auf unterschiedlichen Verständnisniveaus an und richtet sich somit sowohl an das breite Publikum als auch an Fachleute und Studierende.

20 Jahre nach dem Hochwasser vom Oktober 2000 gab die DHWR in Zusammenarbeit mit der Berufsschule für zeitgenössische Kunst (EPAC) ein Comicbuch über die Rhone heraus. Das zweisprachige Werk (Französisch und Deutsch) ist seit Januar 2021 in den Walliser Mediatheken und in über 60 Gemeinde- und Schulbibliotheken erhältlich. Versehen mit didaktischem Begleitmaterial wurde es auch den Lehrpersonen der Stufe 8H zur Verfügung gestellt.

RAUMENTWICKLUNG

Kantonaler Richtplan

Nachdem die Gesamtrevision des kantonalen Richtplans (kRP) vom Bundesrat am 1. Mai 2019 und am 30. April 2020 genehmigt wurde, liegt die Priorität jetzt bei der Vornahme der vom Bund bis 2023 verlangten Anpassungen. Für den Kanton geht es auch darum, die Ergebnisse der kantonalen Landschaftskonzeption und des kantonalen Klimaplanes, die in Ausarbeitung sind, im kRP umzusetzen, einschliesslich des Koordinationsblatts für Maiensässzonen, dessen Prüfung sistiert wurde.

Umsetzung auf kommunaler Ebene

Die Gemeinden hatten bis zum 1. Mai 2021 Zeit (mit Aufschub bis 1. September 2021, auf Antrag des Grossen Rates), um einen Entwurf für das Siedlungsgebiet auszuarbeiten und/oder im Hinblick auf die Revision ihres Zonennutzungsplans (ZNP) Planungszonen auszuscheiden. Im November konnte eine erste erfreuliche Bilanz gezogen werden, denn der Grossteil der Gemeinden hatte ihre Pflichten erfüllt, die übrigen vereinbarten mit der Kantonsverwaltung eine neue Frist. Eine detailliertere Bewertung der Ergebnisse wird Anfang 2022 im Rahmen des Monitoringberichts zu den Bauzonen vorgenommen.

Agglomerationsprogramme 4. Generation

Im Jahr 2021 fanden gleichzeitig die Ausarbeitung, die Genehmigung und die Einreichung der Agglomerationsprogramme 4. Generation (AP4) beim Bund statt. Solche Programme gibt es für die Agglo Brig-Visp-Naters, die Agglo Coude du Rhône (Martinach) und die Agglo Chablais (in Zusammenarbeit mit dem Kanton Waadt); die Agglo Valais central (Sitten und Siders) wartet noch die Etappe AP5 ab. Ferner sind in vielen Regionen des Kantons interkommunale Richtpläne in Ausarbeitung.

WALD, FLUSSBAU UND LANDSCHAFT

Wald

2021 hatten die Walliser Wälder ab Anfang Sommer starke Borkenkäferbefälle zu erleiden, eine Folge der Trockenheit 2018.

Die Waldeigentümer leisteten auf fast 2000 Hektaren Schutzwald Unterhalt. Die vom Staatsrat eingesetzte Arbeitsgruppe hat ihre Reflexion über die künftige Finanzierung des Schutzwaldes abgeschlossen. Der Schlussbericht befindet sich derzeit bei den Partnern in Konsultation.

Die durchgeführten Kontrollen ergaben einen nach wie vor starken Wilddruck auf die Waldverjüngung im ganzen Oberwallis, am linken Rhoneufer im Mittelwallis, im Entremont und im Val d'Illicz.

In den Bereichen Walderhaltung und Biodiversität im Wald wurden mehrere Reservatsprojekte, regionale Kompensationsprojekte und Förderprojekte für Waldweiden, Kastanienwälder oder prioritäre Zielarten realisiert.

Natur und Landschaft

Der Druck auf die Naturschutzgebiete ist hoch geblieben. Die Anwesenheit von Naturschutzaufsehern in den empfindlichsten Bereichen ermöglichte es, die Beeinträchtigungen zu begrenzen und die Besucher für die Besonderheiten der Orte und die Notwendigkeit ihrer Erhaltung zu sensibilisieren.

Im Rahmen der Ausarbeitung der kantonalen Landschaftskonzeption wurde das Interesse an Naturlandschaften als Kommunikationsträger für den Tourismus unterstrichen.

Bei den regionalen Naturparks wurde das Label des RNP Binntal für die nächsten zehn Jahre erneuert, der Parkvertrag des RNP Pfyn-Finges von den Parkgemeinden gutgeheissen und mit dem RNP Vallée du Trient ein neues Parkprojekt lanciert.

Im Kampf gegen die invasiven Neophyten konnten die Biomassen einige der problematischsten Arten reduzieren. Zum ersten Mal wurde die Anwesenheit der Tigermücke im Oberwallis nachgewiesen, während die Situation in Monthey stabil geblieben ist.

Die Arbeiten in den geschützten Biotopen wurden fortgesetzt, und über 100 weitere Hektaren Land wurden in Bewirtschaftungsverträge aufgenommen.

Naturgefahren

Aus Sicht der Schnee- und Lawinengefahr wurde das Jahr durch einen unsteten Winter mit langen Phasen erhöhter, oder sogar hoher Gefahr und starken Schneefällen in Höhenlagen im Mai gekennzeichnet. Die Bedrohung für die Infrastrukturen und Siedlungsgebiete konnte ohne grössere Schwierigkeiten gehandhabt werden, da der relativ kühle und feuchte Sommer die Schneeschmelze verzögerte.

Die Gewitter waren häufig, aber nur von geringer bis mittlerer Stärke, abgesehen von zwei Ereignissen im Juli, welche in den Seitengewässern und in der Rhone zu Hochwassern führten aber keine grösseren Schäden verursachten.

Bei den geologischen Gefahren ist der Felssturz bei Blasbiel (Raron) mit 300'000m³ Felsmaterial zu erwähnen, in dessen Folge zehn Wohnhäuser für mehrere Wochen evakuiert werden mussten, bis die Felswand saniert und ein Schutzdamm gebaut war.

Der Entwurf für das Gesetz über die Naturgefahren und den Wasserbau (NGWB) wurde im November 2021 dem Grossen Rat in erster Lesung vorgelegt.

UMWELT

Verstärkte Verschmutzung durch PFAS

Verschmutzungen durch per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS) – Stoffe, die ab den 1970er Jahren in der Herstellung zahlreicher Konsumgüter verwendet wurden – sind aufgrund ihrer Gefährlichkeit für die Gesundheit und ihrer schweren Abbaubarkeit in der Umwelt eine globale Herausforderung. Das Wallis gehört zu den ersten Kantonen der Schweiz, die Massnahmen ergriffen haben, um die Gefahr der Trinkwasserverschmutzung durch diese Stoffe zu bekämpfen. Im März, als bereits an fünf Standorten Massnahmen in Umsetzung waren, legte die Dienststelle für Umwelt (DUW) die Strategie zur Überwachung und zum Schutz vor PFAS fest. Ihre wichtigsten Ziele sind die Sicherheit der Bevölkerung, der Schutz des Trink- und Grundwassers sowie die Behandlung der Altlasten.

Neues Kompetenzzentrum Boden im Wallis

Ein hochwertiger Boden ermöglicht es, sich für Herausforderungen des Klimas und der Nachhaltigkeit zu wappnen. Für den Walliser Boden braucht es Massnahmen, die seine langfristige Erhaltung sicherstellen, vor allem in der Rhoneebene. Zu diesem Zweck wurde im Juni das kantonale Kompetenzzentrum Boden (KOBO – Wallis), unter Vorsitz der DUW-Chefin, geschaffen. Daraufhin haben die ihm angehörenden Dienststellen die prioritären Massnahmen definiert und geplant. Als Arbeitsgrundlage gilt es, die bodenkundlichen Informationen in einer alleinigen Datenbank zu zentralisieren. Weitere Aktionen werden kurz- und mittelfristig festgesetzt, so die Sensibilisierung für gute Praktiken im Umgang mit Boden und die Publikation von Richtlinien und Vollzugshilfen.

Präsidium

Staatsratspräsident	Frédéric Favre
Staatskanzler	Philipp Spörri
Rechtsdienst	Monique Albrecht
Information	André Mudry
Finanzinspektorat	Peter Schnyder

Departement für Finanzen und Energie (DFE)

Roberto Schmidt

Generalsekretär	Paul-Henri Moix
Kantonale Finanzverwaltung	Pierre-André Charbonnet
Kantonale Steuerverwaltung	Beda Albrecht
Dienststelle für Personalmanagement	Gilbert Briand
Dienststelle für Energie und Wasserkraft	Joël Fournier
Kantonale Dienststelle für Informatik	Claude-Alain Berclaz
Dienststelle für Immobilien und Bauliches Erbe	Philippe Venetz
Dienststelle für die digitale Verwaltung	Cédric Roy

Departement für Gesundheit, Soziales und Kultur (DGSK)

Mathias Reynard

Generalsekretär	Damian Mottier
Dienststelle für Gesundheitswesen	Victor Fournier
Dienststelle für Verbraucherschutz und Veterinärwesen	Elmar Pfammatter
Dienststelle für Sozialwesen	Jérôme Favez
Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Arbeitsverhältnisse	Nicolas Bolli
Dienststelle für Betreibungs- und Konkurswesen	Karla Z'Brun
Dienststelle für Kultur	Anne-Catherine Sutermeister
Kantonales Amt für Gleichstellung und Familie	Isabelle Darbellay Métrailler

Departement für Volkswirtschaft und Bildung (DVB)

Christophe Darbellay

Generalsekretär	Pierre-Yves Délèze
Verwaltungs- und Rechtsdienst für Bildungsangelegenheiten	Arsène Duc
Rechtsdienst für Wirtschaftsangelegenheiten	Martin Zurwerra
Dienststelle für Wirtschaft, Tourismus und Innovation	Eric Bianco

Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit	Peter Kalbermatten
Dienststelle für Landwirtschaft	Gérald Dayer
Dienststelle für Unterrichtswesen	Jean-Philippe Lonfat
Dienststelle für Berufsbildung	Tanja Fux
Dienststelle für Hochschulwesen	Yves Rey
Kantonale Dienststelle für die Jugend	Christian Nanchen

Departement für Sicherheit, Institutionen und Sport (DSIS)

Frédéric Favre

Generalsekretär	Olivier Beney
Rechtsdienst für Sicherheit und Justiz	Sophie Huguet
Kantonspolizei	Christian Varone
Dienststelle für zivile Sicherheit und Militär	Marie-Claude Noth-Ecoeur
Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt	Bruno Abgottspon
Dienststelle für Straf- und Massnahmenvollzug	Georges Seewer
Dienststelle für Bevölkerung und Migration	Jacques de Lavallaz
Dienststelle für innere und kommunale Angelegenheiten	Maurice Chevrier
Dienststelle für Grundbuchwesen	Sergio Biondo
Dienststelle für Geoinformation	Rainer Oggier
Dienststelle für Jagd, Fischerei und Wildtiere	Nicolas Bourquin
Kantonales Sportamt	Grégoire Jirillo

Departement für Mobilität, Raumentwicklung und Umwelt (DMRU)

Franz Ruppen

Generalsekretärin	Kathia Mettan
Verwaltungs- und Rechtsdienst	Adrian Zumstein
Dienststelle für Mobilität	Vincent Pellissier
Dienststelle für Gebietseinheit III	Nils Panchaud
Dienststelle für Wald, Flussbau und Landschaft	Jean-Christophe Clivaz
Dienststelle für Umwelt	Christine Genolet-Leubin
Dienststelle für Raumentwicklung	Nicolas Mettan
Dienststelle für Nationalstrassenbau	Martin Hutter
Dienststelle Hochwasserschutz Rhone	Tony Arborino

IMPRESSUM

Herausgeber: Staat Wallis, Staatsrat via Kanzlei (IVS)

Layout: Kanzlei (IVS)

Das vorliegende Dokument kann auf www.vs.ch/rapport-annuel heruntergeladen werden.

Sitten, März 2022